Ahauser Kreiszeitung

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Ahaus = Zentral-Organ für das nordwestliche Münsterland

verbunden mit Eper Volksblatt, Gronauer Volkszeitung, Nienborg-Heeker Zeitung, Stadtlohner Anzeiger, Vredener Volksblatt

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Monatlich 2 Goldmark ohne Bestellung.
Schriftleitung und Geschäftsstelle in Ahaus.
Tel.-Adresse Kreiszeitung Ahaus i. W. — Fernsprecher Nr 50 — Postscheckkonto Hannover Nr. 22739
Bankkonten: Kreis- und Stadtsparkasse Ahaus und Gewerbebank Ahaus

Wöchentliche Sonderbeilagen:
Erholungsstunden für das christliche Volk, Westdeutschland in Wort und Bild, Leserfrüchte, Welt und Wissen, Literatur und Kunst, Frauenwelt, Steuer und Recht, Sozialpolitik u. Standesfragen, Technik und Verkehr, Turnen, Spiel und Sport.

Anzeigenpreise: Das 30 mm breite mm 10 Goldpfennig. Bei Wiederholungen Rabatt nach festem Tarif. Reklamen: Das 80 mm breite mm 50 Goldpfennig
Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler wird Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 8 Tagen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.

Nummer 107 | Ahaus, Dienstag, den 20. April 1926. | 46. Jahrgang

Tagesfragen.

Der König von Schweden hat dieser Tage auf der Durchreise in Berlin geweilt und bei dieser Gelegenheit dem Reichspräsidenten von Hindenburg einen Besuch abgestattet. Es war kein offizieller Besuch, sondern ein inoffizieller, ein Besuch in strengstem Inkognito. Aber er hat fast eine Stunde gedauert. Nicht nur deswegen verdient er jedoch Beachtung. Er hat vielmehr aus dem Grunde Anspruch auf besondere Registrierung, weil es der erste Besuch war, den ein ausländischer Monarch dem Oberhaupte der deutschen Republik abstattete. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Schweden sind immer freundschaftlichster Natur gewesen. Sie sind auch durch den Weltkrieg nicht berührt worden. Die schwedischen Sympathien haben vielmehr in dieser Zeit deutlich sichtbar dem schwerringenden deutschen Volke gegolten. Wenn daher jetzt der Mann, der an der Spitze dieser befreundeten Nation steht, dem deutschen Reichspräsidenten, mag es auch nur in inoffizieller Form geschehen sein, seine Aufwartung gemacht hat, so darf das deutsche Volk darin mehr als einen reinen Höflichkeitsakt sehen, der der verehrungswürdigen Person des Generalfeldmarschalls aus dem Weltkriege und dem höchsten Beamten des Deutschen Reiches galt. Man wird berechtigt sein, diesen Besuch als ein nicht unwichtiges Moment in der außenpolitischen Wandlung zu betrachten, die Deutschland seit dem Abschluß des Dawes-Abkommens zu seinen Gunsten buchen kann.

★

Auf dem Stuttgarter Landesparteitag der Deutschen Volkspartei Württembergs hat der Reichsaußenminister Dr. Stresemann, nachdem er ein paar Wochen lang sich in dem ihm anscheinend lieb gewordenen Locarno von den Anstrengungen der letzten Zeit erholt hat, eine Rede gehalten, die nicht nur dadurch bemerkenswert ist, daß der Minister in ihr zum ersten Male öffentlich über die Verhandlungen mit Rußland sprach. Was er darüber sagte, verriet nichts bisher Unbekanntes. Da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, war es ihm ja auch wohl nicht möglich, eine eingehende Darstellung ihres Verlaufes und ihres Zieles zu geben. Er betonte, daß Deutschland sich in Locarno nicht auf eine Westorientierung festgelegt habe. Ebensowenig könne aber der Vertrag mit Rußland als Ostorientierung bezeichnet werden. Worauf es unserer auswärtigen Politik ankommt und ankommen muß, ist unter Anerkennung deutscher Gleichberechtigung eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen und auf der Grundlage des Friedens Deutschlands Fortentwicklung zu sichern. Darum ist es in der Tat nichts anderes als eine notwendige Konsequenz der bisherigen deutschen Außenpolitik, daß sie bereitwilligst auf die Anregung Tschitscherins eingegangen ist, das Abkommen von Rapallo durch einen Vertrag zu ergänzen, der, ohne im Widerspruch zu dem Vertrag von Locarno zu stehen, darauf ausgeht, daß Deutschland und Rußland sich verpflichten, sich einer aggressiven Handlung gegen einen der beiden Staaten nicht anzuschließen — im übrigen in wirtschaftlich-freundlichen und für beide Teile vorteilhaften Verhältnissen zu bleiben. Mit gutem Recht betonte Dr. Stresemann, daß dies ein Grundgedanke sei, den auch andere Staaten ihrem Verhältnis zu Sowjet-Rußland zugrunde gelegt haben. Inzwischen kann man denn auch feststellen, daß die Aufregung, die sich nach der sensationellen Veröffentlichung der „Times" über die deutsch-russischen Verhandlungen in einem Teile der englischen und französischen Presse zeigte, einer ruhigeren Betrachtung der Dinge gewichen ist. Man hat dort offenbar erkannt, daß, wenn Deutschland so ehrlich und offen war, über die Verhandlungen die Locarno-Mächte fortlaufend zu unterrichten, unmöglich von einer deutschen Intrige oder einem unfreundlichen Schachzug gesprochen werden kann. Die Rede Dr. Stresemanns dürfte diesen Eindruck verstärkt haben. Hoffentlich findet in Paris, London und an den anderen politischen Brennpunkten auch seine Bemerkung Beachtung, daß das System der Information, dessen sich die Wilhelmstraße bedient, der Gegenseite sehr zu empfehlen sei.

Auch andere Aeußerungen in dieser Rede verdienen dort offene Ohren zu finden. Als Außenminister, erklärte Dr. Stresemann, lege er größten Wert darauf, festzustellen, daß für die am Rheinpakt beteiligten Mächte die Situation derart sei, als ob Deutschland dem Völkerbund bereits angehöre. Vergeblich habe es aber auf die versprochenen Erleichterungen der Besatzung am Rhein gewartet. Von einer Verwirklichung der in der englischen Presse erwähnten Absicht, die Stärke der Besatzungstruppen auf 60 000 Mann herabzusetzen, ist noch nichts zu spüren, geschweige denn von einer Reduzierung der Truppenstärke auf das normale, der früheren deutschen Friedensstärke von 45 000 Mann entsprechende Maß. Und doch ist uns diese Herabsetzung seinerzeit in Locarno zugesagt worden. Noch immer stehen statt dessen 82 000 Mann englischer, französischer und belgischer Truppen in der zweiten und dritten Zone. In diesen Gebieten ist sogar die Belastung jetzt noch schlimmer als vor Locarno. In Wiesbaden, in Biebrich und zahlreichen anderen Orten sind beispielsweise seit der Räumung der Kölner Zone weit mehr Wohnungen beschlagnahmt. Ist es ein Wunder, daß man unter solchen Umständen im besetzten Gebiet den „Geist von Locarno" bespöttelt? Was nützt uns dieser von den Staatsmännern gepriesene Geist, wenn sie es nicht fertig bringen, ihn den Militärs einzuimpfen! Es wird allmählich Zeit, höchste Zeit, daß den schönen Worten die Taten folgen. Und der deutsche Außenminister wird nicht umhin können, seinen jetzigen offenen Worten stärkeren Druck folgen zu lassen, wenn er verhindern will, daß der Glaube an die ehrliche Absicht der Locarno-Partner wankend werde.

*

Weniger bemerkenswerte Ministerworte hat man in diesen Tagen in München gehört. Die Rede des Reichskanzlers, in der er auf die Rede des Ministerpräsidenten Dr. Held über die „bayrische Kultur" antwortete, entbehrte, so geistvoll sie war, des Reizes einer politischen Kundgebung, wie man sie in Bayern gewünscht hätte. Man hielt dort den Kanzler- und Reichsministerbesuch für eine willkommene Gelegenheit, um für die bekannten „eigenstaatlichen" Wünsche Bayerns einiges herauszuholen. In den politischen Besprechungen wird hierüber gewiß sehr eingehend geredet worden sein, zumal seit kurzem wieder eine in Berlin überreichte bayerische Denkschrift vorliegt, die das erste Memorandum vom Winter 1924 in Erinnerung bringt. Es ist bekannt, daß diese neue Denkschrift schärfere Betonung auf die finanzielle Selbständigkeit legt, als es in ihrer Vorgängerin geschehen ist. Hinter verschlossenen Türen dürfte man sich daher am Sonnabend in München wohl ausführlich über diese Bayern stark am Herzen liegenden Dinge unterhalten haben, aber Dunkel liegt über dem Ergebnis der Aussprache. In dem dürren Bulletin ist nur von Erörterungen „praktischer Fragen" die Rede. Einzelne bayerische Blätter, die offensichtlich mehr erwartet hatten, als wahrnehmbar geworden ist, lassen darum erkennen, daß der Kanzlerbesuch ihnen eine gewisse Enttäuschung bereitet hat. Mit Bedauern verzeichnen sie, daß Dr. Luther keine bedeutsamen politischen Erklärungen in seiner Rede abgegeben, daß er das Problem Länder und Reich nicht erörtert, keine neuen Möglichkeiten der Lastenverteilung angedeutet, nichts über die Verwaltungsvereinfachung gesagt und auch keine außenpolitischen Fragen aufgeworfen habe. Diese Enttäuschten übersehen, daß das, was ihnen vor allem am Herzen liegt, die Stärkung der „Eigenstaatlichkeit" der Länder, zu den diffizilsten Fragen der Innenpolitik gehört, daß daher der Kanzler, der das Interesse des Reiches wahrzunehmen hat, in dieser Frage zu besonders vorsichtiger und zurückhaltender Taktik gezwungen ist, und daß er sich in außenpolitischen Fragen schon deswegen stärkste Beschränkung auferlegen mußte, weil er ja mit dem verantwortlichen Ressortleiter, dem Reichsaußenminister, vorher keine Fühlung nehmen konnte. Würde Bayern zu dem Problem Länder und Reich nicht unter allen deutschen Ländern die extremste Stellung einnehmen, so würde man dort jetzt voraussichtlich weniger Anlaß zur Enttäuschung haben. Wer aber auf dem Standpunkt steht, daß das Reichsinteresse dem der Länder vorangeht, wird hoffen wollen, daß die Aussprache in München gerade dadurch, daß ihr Ergebnis vielleicht für Bayern nicht ganz befriedigend ist, doch dem großen Ganzen, dem Reich, nützlich gewesen ist. Die nach den Besprechungen gehaltenen Reden bieten jedenfalls keinen Anlaß zu Befürchtungen nach dieser Seite hin.

Volksentscheid über Aufwertung?

Auswüchse am Körper der Demokratie.

Das politische Leben Deutschlands scheint um eine neue Errungenschaft bereichert werden zu sollen. Eine Welle von Volksbegehren und Volksentscheiden droht nämlich über uns hereinzustürzen. Als die Sozialdemokraten mit den Kommunisten das bekannte Bündnis zur Herbeiführung eines Urteils des Volkes über die restlose entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser schlossen, war man allgemein der Annahme, daß das verfassungsmäßige Mittel in diesem einen Falle Anwendung finden werde, daß dann aber die Reichsgesetze wieder auf dem üblichen parlamentarischen Wege zustande kommen würden. Bevor der nun für Ende Juni zu erwartende Volksentscheid über die Fürstenenteignung vor sich geht, melden sich schon mit der Forderung nach dem Appell an das gesamte Volk die Aufwertungsverbände.

Im Rahmen des Möglichen begrüßen wir es, wenn von denjenigen, die ihr Vermögen durch die Inflation ganz oder zum Teil verloren haben, recht viele noch mehr erhalten, als ihnen die jetzt geltenden Gesetze garantieren. Die mit der Aufwertung verknüpften Fragenkomplexe wirtschaftlicher und politischer Natur sind jedoch derart verwickelt und so zart verästelt, daß die Entscheidung über eine 50 prozentige Aufwertung unter keinen Umständen in die Hände der breiten Masse gegeben werden kann. Auf die Gefahren, in welche das deutsche Wirtschaftsleben verstrickt wird, sofern der von dem völkischen Abgeordneten Best ausgearbeitete Gesetzentwurf zum Volksentscheid gebracht wird, hat Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius am Sonntag in seiner Mannheimer Rede hingewiesen. Selbst die Deutschnationalen können sich auch aus diesem Grunde mit einem Volksentscheid über eine weitere Aufwertung durchaus nicht befreunden, obwohl sie vor den Reichstagswahlen im Dezember 1924 den Mund mehr als voll genommen hatten.

Wir haben inzwischen die Erfahrung gemacht, daß die Welt der Tatsachen immer anders aussieht, als sie die Agitationsmache zur Erzielung einer möglichst hohen Zahl von Mandaten den Wählern vorgegaukelt hatte. Die Wirtschaft hat eherne Gesetze; wer mutwillig daran rüttelt, kann mit dem Einsturz des gesamten Gebäudes rechnen.

Auch vom rein politischen Standpunkt aus muß man dem um sich fressenden Volksentscheid-Bazillus ganz energisch zu Leibe rücken. Denn wenn das deutsch-demokratische Verfassungssystem vor die Hunde gehen soll, dann ist nur erforderlich, jedes Vierteljahr das Volk zu einem allgemeinen Volksentscheid über Einzelfragen aufzurufen. Vernunft wird dann zum Unsinn. Demokratie ist aber nicht Unvernunft; Demokratie ist nicht Herrschaft der Massen; Demokratie bedeutet nicht ein Abwälzen der verantwortungsvollen Entscheidung von den dazu berufenen Wenigen auf die unberufenen vielen Millionen. Das Volk hat durch Abgabe seines Stimmzettels seine auserwählten Führer ins Parlament geschickt. Wird nun die Masse aus jedem nur denkbaren Anlaß zur allgemeinen Entscheidung aufgerufen, so liegt in einer solchen Handhabung der einschlägigen Verfassungsbestimmung ein Mißtrauensvotum gegen das gewählte Parlament. Die Urteilsfähigkeit und der Gerechtigkeitssinn der Abgeordneten wird angezweifelt, das Parlament sinkt mehr und mehr in seinem Werte und als Endeffekt können wir die Vernichtung der Demokratie erleben. Denn darüber dürfen wir uns doch eins sein: Wird mit den Artikeln der Reichsverfassung weiter wie bisher Schindluder getrieben, so steht es übel um das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Unfehlbar folgt dann eine Diktatur.

Wir begrüßen daher die Ankündigung des Reichswirtschaftsministers, daß sich die Reichsregierung mit allen Mitteln und mit ihrer ganzen Autorität gegen das Volksbegehren in der Frage der Aufwertung stemmen wird. Die wahren Freunde des Volkes hat das Kabinett dann bestimmt auf seiner Seite.

Um die deutsch-russischen Verhandlungen.

Der Fragebogen Benesch'.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

)(Berlin, 19. April (Drahtb.)

Die Meldung der „Times", daß die englische Regierung mit einer besonderen Note ihre Befriedigung über das loyale Verhalten der Reichsregierung durch die Mitteilung über die schwebenden deutsch-russischen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht habe, trifft in dieser Form nicht zu. Es ist allerdings richtig, daß Chamberlain den Berliner amtlichen Stellen die Eröffnung machen ließ, Großbritannien erkenne es hoch an, daß die deutsche Regierung ehrlich und freimütig die übrigen Signatarmächte der Locarnoverträge von der bevorstehenden Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages unterrichtet habe. Allein es stimmt nicht, daß dieser Standpunkt, wie er hier zum Ausdruck gebracht wird, in einer besonderen Note fixiert und ein diplomatisches Schriftstück dieser Art an die deutsche Regierung geleitet worden ist. Im übrigen dürfte die Kundgebung Chamberlains erfreulicherweise dazu beitragen, auch in Paris etwaigen unbegründeten Besorgnissen den Boden zu entziehen. Ferner ist die Betrachtung nicht ohne Interesse, welche der „Observer" über die deutsch-russischen Verhandlungen anstellt. Dieses Blatt sieht nämlich in der deutsch-russischen Annäherung ein unvermeidliches Naturereignis, an welchem die Alliierten infolge des Versailler Diktats selbst die Schuld trügen. Deutschland und Rußland hätten heute schon zusammen 200 Millionen Einwohner und diese Zahl werde noch bei Lebzeiten der jüngeren Generation auf 300 Millionen steigen. Deutschland selbst werde sich in seiner Bevölkerung bald auf 70 bis 80 Millionen vermehrt haben; dazu komme der Anschluß Oesterreichs, der durch nichts verhindert werden könne. Man müßte doch einsehen, daß ein solches Volk nicht auf die Dauer unter die Diktatur fremder Mächte gestellt werden könne. Die Außenministerien in London und Paris sollten von der Wilhelmstraße lernen, selbst zu einer Verständigung mit Rußland zu gelangen, sonst würde ihre diplomatische Weltgeltung in den nächsten sieben Jahren noch mehr zusammenschrumpfen, als es bereits in den vergangenen sieben Jahren geschehen sei. Diese bemerkenswerten Darlegungen des „Observer" sind ein Beweis dafür, daß die in England ursprünglich entstandene Beunruhigung lediglich auf dem Gefühl beruhte, in der Russenfrage zu spät zu kommen. Die allgemeine Stimmung gegen Rußland hat sich jedoch seit dem Regierungsantritt der Konservativen langsam, aber stetig verändert, und es ist bezeichnend, daß jetzt sogar vier konservative Unterhausmitglieder zum Studium der Sowjetverhältnisse nach Rußland abfahren konnten.

Im Gegensatz zu England scheint sich aber in der Tschechoslowakei und in Polen eine starke Beunruhigung zu regen. Einer Londoner Meldung zufolge entfaltet der Prager Außenminister, der sich dabei in voller Uebereinstimmung mit seinem Warschauer Kollegen befindet, eine rührige Tätigkeit. Er habe eine Liste von Fragen zusammengefaßt, die nach fünf Gesichtspunkten geordnet sei und habe dieses Memorandum, welches die Frage nach den evtl. Auswirkungen der deutsch-russischen Verhandlungen aufwirft, den Unterzeichnern des Locarnopaktes zugestellt. Wir sind der Auffassung, daß, wenn man in London keinen Anlaß zu unnützer Aufregung wahrnimmt, auch Prag und Warschau keine Gespenster zu sehen brauchen

Schweden und Genf.

Von unserem schwedischen Korrespondenten.

Die Debatte im schwedischen Reichstage über die Tagung in Genf gehörte zu den dramatischsten, die dieses Haus seit langem gesehen hat. Die allgemeine Erregung, die auch in scharfen Artikeln in den führenden Zeitungen zum Ausdruck kam, galt in erster Linie der Frage nach der Instruktion, die die schwedische Delegation erhalten habe, um sich berechtigt zu fühlen, einen die hiesige Oeffentlichkeit so überraschenden und ihr unverständlichen Schritt zu tun, wie es das Aufgeben des schwedischen Ratssitzes war. Was die Instruktion betrifft, so wurde seitens der Regierung die bedeutungsvolle Mitteilung gemacht, daß den Delegierten zwei Aufgaben gegeben waren, eine positive — für Deutschland sofortige Aufnahme in den Völkerbund mit Sitz im Rat zu wirken —, und eine negative — sich allen Versuchen einer organisatorischen Veränderung des Rats während der Märzsession zu widersetzen. Die Regierung und die sozialdemokratische Partei billigten das Verhalten der Delegation in allen Punkten. Die Kritik der Opposition richtete sich teilts gegen die Regierung, teils und besonders scharf gegen die Delegation.

Sie führte aus, daß es von prinzipieller Bedeutung sei, daß das Gewicht des Vaterrechtes der kleinen Staaten nicht durch Nachgeben auf äußeren Druck hin illusorisch gemacht werde. Der rechtliche Schutz, den die kleinen Staaten in ihrem Vaterrecht sehen, gehe verloren, wenn dies Veto gegen einen sachlich als schädlich angesehenen Vorschlag zur Folge haben kann, daß der kleine Staat aus dem Rat herausgedrängt wird. Die Handlungsweise der Delegation habe das Gleichgewicht im Völkerbunde gelockert und die ganze Institution geschwächt, da nun ein Präzedenzfall dafür geschaffen sei, daß kleine Staaten dem Druck der großen nachgeben. Auf keinen Fall aber hatte sich die Delegation zu so einem Schritt, der die Machtlosigkeit der kleinen Staaten geradezu festlegt, von sich aus entschließen dürfen. Zu einem Schritt von dieser Tragweite dürfte nur die Regierung zusammen mit der Kommission für das Auswärtige sich entschließen, die zu Hause, fern vom heißen Kampfboden Genfs, ruhiger und kälter der Situation gegenüberstehen. Daß die Delegation ihr Angebot unter dem Vorbehalt der nachträglichen Billigung ihrer Regierung gemacht habe, die dann auch erfolgte, entschuldige ihre Handlung nicht, da so die Entschließung der Regierung nur einen bestätigenden und nicht einen beschließenden Charakter bekommen habe. Die Opposition gab zu, daß die Delegation einem unerhörten Druck ausgesetzt gewesen sei, und daß es sich hierauf erkläre, daß sie in der aufgeregten Atmosphäre von Genf nicht durchschaut hätten, was eigentlich hinter den Lamentationen von der drohenden Katastrophe stecke.

Der Staatsminister und der Außenminister beantworteten diese Angriffe der Opposition dahin, daß ihrer Meinung nach die Opferung eines wichtigen Prinzips nicht stattgefunden habe. Ein freiwilliger Austritt aus dem Rat einige Monate vor dem regulären Zeitpunkt müsse als ein geringes Opfer betrachtet werden. Die Instruktion der Delegation habe als ersten Punkt enthalten, für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu wirken. Es sei also instruktionsmäßige Pflicht gewesen, alles zu unternehmen, was hierzu führen könne. Da Gefahr im Verzuge gewesen sei, hätte eben alles versucht werden müssen, was zur Begegnung der Gefahr geschehen könne. Nur so habe die Delegation die Pflichten gegen ihr Land und gegen den Völkerbund erfüllen können und die Erwartungen gerechtfertigt, die man erfreulicherweise an Schweden als Ratsglied stelle.

Der Außenminister betonte dann noch besonders, daß es nicht zum geringsten Teil die Folge der Handlungsweise der schwedischen Delegation gewesen sei, daß trotz allem Mißerfolg in Genf die Locarnomächte ihren Pakt haben aufrecht erhalten können.

Die ganze Sitzung schloß dann aber, trotzdem die Opposition sich durch die Erklärungen der Regierungen keineswegs befriedigt zeigte, ohne besondere Folgen, die anfangs erwartet wurden. Inzwischen ist Zeit verstrichen und die Erregung hat sich gelegt. Die Auffassungen der Dinge im Ausland sind bekannt geworden, und besonders die in England haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Immer mehr und mehr gewinnt die Ansicht Raum, daß die Handlungsweise der Delegierten unter den gegebenen Verhältnissen die richtige war.

Spanien hält seinen Anspruch aufrecht.

Madrid, 18. April. Der Minister des Auswärtigen, Yanguas, hielt in der spanischen Akademie für Rechtswissenschaft in Anwesenheit der Mitglieder des diplomatischen Korps und zahlreicher andrer namhafter Persönlichkeiten einen Vortrag über den Völkerbund, über die Frage von Tanger und über die Beziehungen Spaniens zu Amerika.

Yanguas hob hervor, daß der spanische Anspruch auf einen dauernden Sitz im Völkerbundsrat nicht nur von den an der spanischen auswärtigen Politik beteiligten Kreisen, sondern auch von den Spaniern in ihrer Gesamtheit begrüßt worden sei. Hierauf gestützt sei die spanische Regierung sich ihrer Verantwortlichkeit voll bewußt, die darin zum Ausdruck gelange, daß der Minister des Auswärtigen nach Genf entsandt werde, um dort die von Spanien von seinem Recht gegen den Eintritt Deutschlands erhalten. Der Minister erinnerte daran, daß Spanien von seinem Recht gegen den Eintritt Deutschlands

in den Völkerbund Einspruch zu erheben, keinen Gebrauch gemacht habe. Es könne aber auch von seinen rechtmäßigen Ansprüchen nicht lassen, die zu gleicher Zeit sein Recht und seine Pflicht seien, um Spaniens Aufgabe, im Völkerbund ausgleichend zu wirken, auf die beste Art zu erfüllen. Wer die Haltung Spaniens gerecht beurteile, werde weder Hochmut noch unberechtigte Eigenliebe finden. Bei der Notwendigkeit, zwei Arten von Sitzen im Völkerbundsrat aufrechtzuerhalten, würde die Zustimmung Spaniens zu seiner Ausschließung von den dauernden Sitzen einen stillschweigenden Verzicht auf die Sonderstellung bedeuten, die ihm durch den englischen Minister des Auswärtigen selbst zuerkannt worden sei. Das würde die freiwillige Minderung seiner internationalen Stellung bedeuten. Wenn es früher zweckmäßig erschienen sei, daß Vertreter neutraler Staaten dem Rat angehören, so sei dies gegenwärtig zur Notwendigkeit geworden.

Bei der Besprechung der Haltung Deutschlands gegenüber der Auffassung Spaniens erwähnte Yanguas die jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers und des Reichsministers Stresemann und fügte hinzu, daß diese Erklärungen den Dank Spaniens verdienten. Darauf kam der Minister auf die geographische Lage Spaniens zu sprechen, durch die es von den Gebieten entfernt sei, in denen politische Mißverständnisse entstehen könnten. Die versöhnliche Einwirkung Spaniens könnte demnach sehr notwendig werden. In dem Genfer Ausschuß, der am 10. Mai zusammentritt, werde Spanien mit derselben Festigkeit und Kaltblütigkeit wie in der Versammlung vom März dieses Jahres auftreten. Im übrigen würden die internationalen Beziehungen Spaniens, wie auch seinen Ansprüchen begegnet werde, die gleiche Herzlichkeit bewahren, die das Verhältnis Spaniens zu allen Ländern, besonders zu seinen Nachbarn und europäischen Freunden, Portugal, Großbritannien und Frankreich zeigte. Diese Beziehungen und das brüderliche Verhältnis zu den Staaten Amerikas würden jederzeit bekunden, daß Spaniens Stellungnahme zu den internationalen Fragen niemals die Isolierung, sondern stets nur die freimütige Zusammenarbeit sein könne.

Im weitern Verlauf der Rede behandelte Yanguas die Tangerfrage und legte die Wünsche Spaniens dar, die seit langen Jahren in der Richtung geäußert wurden, daß Tanger in die spanische Zone einverleibt werde. Schließlich ging der Minister auf die Beziehungen Spaniens zu Amerika ein, deren noch engere Gestaltung in der jüngsten Zeit er hervorhob.

Ein Schritt Amerikas in der Abrüstungsfrage.

:: London, 19. April.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt:

In der letzten Woche hatten einige Regierungen, die wegen der Absage Rußlands für Aufschub der Abrüstungskonferenz sind, einen Ausweg erdacht, wonach die Kommission am 18. Mai zusammentrete, aber noch einen Meinungsaustausch beschließen sollte, die Ausarbeitung eines detaillierten Programms an den ständigen beratenden Rüstungsausschuß des Völkerbundes zu verweisen, zu dem Vertreter der amerikanischen und der deutschen Regierung eingeladen werden sollten. Das Weiße Haus und das amerikanische Staatsdepartement sehen aber darin einen neuen Versuch, die Stellung Amerikas zum Völkerbund zu gefährden durch Hinausziehen amerikanischer Vertreter in ständige Organe des Bundes. Wahrscheinlich erblickten Coolidge und Kellogg hierin einen neuen Plan zur Umgehung des Abrüstungsproblems. Infolgedessen wurden die britische, die französische und andere Regierungen, vermutlich auch Genf, auf dem normalen diplomatischen Wege davon verständigt, daß die amerikanische Regierung einem solchen Verfahren nicht zustimmen könne und daß diese Anregung Ueberraschung und Mißvergnügen in Washington hervorgerufen habe.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Die Frage der Millsbill.

⊠ Newyork, 19. April. Der demokratische Abgeordnete Garner erklärte im Repräsentantenhause, Mellon sei nicht nur Aktionär von fünf verschiedenen Firmen, die von der gemischten Kommission Beträge zu fordern haben, sondern zugleich der Ausarbeiter dieses Gesetzentwurfs. Der republikanische Abgeordnete Madden, der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses erklärte: Deutschland soll seine Schulden selbst bezahlen und Deutschland wird das auch tun. Nach der Sitzung erklärte Garner, die von ihm erwähnte Gesellschaft, in welcher Mills Aktionär und Vorsitzender ist, sei die Mergenthaler Linotype Company.

„Times" meldet aus Washington: Mills hatte nach dem Eintreffen Garners eine Besprechung mit Mellon über den Gesetzentwurf. Seine Stellungnahme ist nicht bekannt. Wie verlautet, wußte er nicht, daß die Gesellschaften, mit denen er in Verbindung stand, irgend welche Ansprüche gegen Deutschland hatte. Das Blatt ist der Ansicht, daß Mellon an der Pittsburg Plate Glaß Company beteiligt ist, deren Niederlassung in Belgien während des Krieges zerstört worden ist.

)(Newyork, 19. April. Aus Washington wird als Ergebnis der Entwicklung in der Frage der Millsbill gemeldet, daß der Gesetzentwurf keine Aussicht hat, vom Repräsentantenhause angenommen zu werden. Eine Reihe von Abgeordneten vertritt die Meinung, daß das Privateigentum deutscher Bürger schnell wiederhergestellt werden soll, aber sie sind nicht damit einverstanden, daß die Begleichung der von den Amerikanern gegen Deutschland geltend gemachten Ansprüche den amerikanischen Steuerzahlern aufgebürdet werden soll. Sie sind auch nicht damit einverstanden, daß Obligationen ausgegeben werden, durch die für die Zahlung dieser Beträge Vorsorge getroffen wird.

Die Wahrheit auf dem Marsche.

Wilson über die französische Nachkriegspolitik.

New York, 17. April. James Kearney, der Herausgeber des Trenton Sun, der ein vertrauter Freund Wilsons war, veröffentlicht ein Buch unter dem Titel „Die politische Erziehung Woodrow Wilsons". Darin berichtet er von einem Gespräch mit Wilson vom 7. Dezember 1922. Ungeheures Aufsehen hatte damals Wilsons Rede vom Vortage erregt, worin er erklärt hatte, daß Frankreich und Italien den Versailler Frieden zu einem Fetzen Papier erniedrigt hätten. Der frühere Präsident sagte wörtlich zu Kearney: „Ich möchte, daß die Deutschen den Franzosen gründlich die Jacke vollhauten (clean cup), und ich würde mich freuen, das Jusserand (dem damaligen französischen Botschafter in Washington) ins Gesicht zu sagen." Kearney erklärt, daß insbesondere der französische Einmarsch in das Ruhrgebiet Wilson aufs äußerste empört habe. Seine Bemerkung sei besonders auf den Abscheu zurückzuführen, den die französische Nachkriegspolik in ihm hervorgerufen habe, die er als „illoyal, undankbar und als von kleinlicher Rachsucht erfüllt" angesehen habe. Von den französischen Politikern habe keiner, außer Loucheur, ihm die Wahrheit gesagt. Einen ganz besonderen Widerwillen habe er gegen Poincaré gehabt.

Die Friedensverhandlungen in Marokko.

Die Besprechungen mit den Rif-Delegierten.

× Paris, 19. April. Nach der Rückkehr der französischen und spanischen Delegation nach Udsha wurde abends 10 Uhr folgender offizieller Bericht an die Presse gegeben:

Die französischen und spanischen Delegierten haben mit den Vertretern des Rif eine Zusammenkunft gehabt. Diese vorbereitende Besprechung hatte zum Ziele, festzustellen, in welchem Maße die bereits angekündigten Bedingungen als Basis für die Verhandlungen dienen können. Dieser Meinungsaustausch hat die Rifleute veranlaßt, um die Möglichkeit zu bitten, sich mit den Rifs in Verbindung zu setzen. Dieser Wunsch wurde ihnen sofort gewährt. Die Rifvertreter können sich im Flugzeug in das Rifgebiet begeben. Nach ihrer Rückkehr werden die vorbereitenden Besprechungen wieder aufgenommen. Dem Vertreter des „Matin" hat der Außenminister Abd el Krims, Azer Kano, eine Erklärung verlesen, in der es heißt, die Delegierten des Rif seien mit dem Verlangen zu den Verhandlungen gekommen, den Frieden abzuschließen. Sie hätten volles Vertrauen in den Erfolg ihrer Mission und bäten die französische und die spanische Mission, ihnen zu ermöglichen, in Freiheit und Sicherheit zu leben. Sie hätten die vorläufigen Friedensbedingungen bei Eröffnung der Verhandlungen zur Kenntnisgenommen und seien überzeugt, daß der Frieden möglich sei. Die Vertreter Abd el Krims seien zu den größten Zugeständnissen bereit. Abd el Krim spreche im Namen aller Stämme, deren Kaids er ernenne. Ueber die Annahme der französisch-spanischen Friedensbedingungen erklärte er, er glaube, daß er einen Aufschub von 5 Tagen verlangen müsse, um sich mit Abd el Krim zu besprechen.

„Petit Parisien" berichtet: Die erste Besprechung der französischen und spanischen Delegierten mit den Rifdelegierten hat gezeigt, daß das Programm der Abgesandten Abd el Krims sehr weit von den Waffenstillstands- und Friedensbedingungen der französischen und der spanischen Regierung abweicht. Schwierigkeiten wird vor allem die Frage der Entfernung Abd el Krims machen, sowie die der Vorverlegung der französischen Linien um 7 Kilometer, die vom französischen Kommando zum Schutz der französischen Truppen vor jeder Ueberraschung als unerläßlich bezeichnet wird.

Polnische Wirtschaftsfragen.

Menschen als Polens hauptsächlichster Exportartikel. — Das ausländische Kapital in der polnischen Wirtschaft.

Von unserem ostelbischen Mitarbeiter.

Kattowitz, 19. April.

Polnisch-Oberschlesien exportierte einst große Kohlenmengen. Jetzt ist sein hauptsächlichster Export, wie im übrigen Polen, der Mensch geworden. Das von den Vereinigten Staaten von Nordamerika vorgesehene Menschen-Kontingent an polnischen Auswanderern ist bereits wieder erreicht, einige hundert Auswanderer wurden sogar schon vom polnischen Konsulat in Rotterdam wieder nach Polen zurückgesandt. Neuerdings trägt man sich mit dem Gedanken, durch staatliche Institutionen eine Massenauswanderung nach Brasilien zu organisieren. Nur fehlt das Geld für diese Massenauswanderung, sodaß Frankreich nach wie vor der großzügigste Abnehmer des polnischen Menschenüberflusses ist. Man hat ausgerechnet, daß Frankreich in wenigen Jahrzehnten nur noch 30 Millionen Einwohner haben wird, Polen über 60 Millionen. Soeben soll eine polnische Studienkommission sogar die französischen Kolonien in Nord-Afrika bereisen, um zu untersuchen, ob und inwieweit dort gleichfalls polnische Auswanderer untergebracht werden können. Der Menschenexport nach dem europäischen Frankreich ist ständig im Steigen begriffen. In den Tagen vom 30. März bis zum 14. April dieses Jahres sind allein von der französischen Sammelstelle im ehemals deutschen Myslowitz 2831 Personen nach Frankreich abtransportiert worden. Zu gleicher Zeit sind in den letzten Wochen große Mengen von Landarbeitern nach Deutschland abgewandert, sodaß auch dort das von den beiden Regierungen vereinbarte Menschen-Kontingent erreicht sein dürfte. Schon mehrfach sind an der deutschen Grenze polnische Landarbeiter in den letzten Tagen zurückgewiesen worden, so z. B. vor wenigen Tagen 500 Arbeiter an der polnisch-oberschlesischen Grenze bei Lublinitz. Da die Arbeiter dort zur Landplage zu werden drohten, mußten sie auf Staatskosten in ihre polnischen Heimatsdörfer zurücktransportiert werden.

Abgesehen von den Landarbeitern interessiert sich das Ausland vornehmlich für gelernte Arbeitskräfte, von deren Abwanderung besonders die Veredelungsindustrie in [illegible] betroffen wird. Das hat dazu geführt, daß der Arbeitgeberverband vor wenigen Tagen auf diese Gefahr in einem Rundschreiben an seine Mitglieder aufmerksam machte und dabei wörtlich sagte, daß in ganz absehbarer Zeit der Mangel an gelernten und fachmännisch ausgelernten Arbeitern katastrophale Wirkungen zeigen müsse. Will man Oberschlesiens Wirtschaft nicht völlig preisgeben, wird man, wie auch der Arbeitgeberverband betont, schleunigst dieser Gefahr begegnen müssen. Einstweilen besteht jedoch infolge der großen und lähmenden Wirtschaftskrise dazu allerdings wenig Aussicht.

Sehr interessant ist ein Blick auf die Entwicklung der Kapitals-Investierungen in Polen im allgemeinen und in Polnisch-Oberschlesien im besonderen. Die politische Entwicklung der letzten Jahre hat es mit sich gebracht, daß das in Polen angelegt deutsche Kapital von Jahr zu Jahr geringer geworden ist. Auch aus Polnisch-Oberschlesien wurde es immer mehr zurückgezogen, teilweise auf polnischem Druck hin, teilweise freiwillig. Dagegen wurde die Beteiligung Frankreichs, das schon unter russischer Herrschaft, besonders im Dombrower Gebiet, starke Kapitalseinlagen in Polen hatte, ständig größer. So sind allein in Kattowitz zwei polnisch-französische Banken mit einem anschaulichen Kapital tätig. In der Industrie ist das französische Kapital am stärksten bei der polnisch-französischen Pachtgesellschaft Skarboferme mit dem Sitze in Königshütte vertreten. Eine ständige Verstärkung erfuhr auch das tschechische Kapital in Polnisch-Schlesien und schließlich auch, wenn auch nur in geringem Umfange, das italienische.

Das amerikanische Kapital, nach dem ganz Europa Ausschau hält, interessiert sich erst in neuerer Zeit für Investierungen in Polen. Die von Dillon, Read und Co. vor stark einem Jahre dem polnischen Staate gewährte Anleihe hat noch nicht die so ersehnte Nachfolgerin bekommen. Dagegen verlautet, daß demnächst der volkswirtschaftliche Berater dieses Konzerns, Professor Kämmerer, erneut nach Polen kommen wird, um über finanzielle Fragen zu verhandeln. Als erste der polnischen Städte hat der bekannte polnische Wallfahrtsort Czenstochau vor einigen Wochen eine amerikanische Anleihe erhalten. Jetzt sollen acht verschiedene polnische Städte von dem amerikanischen Uden und Co.-Konzern eine Anleihe von rund 10 Millionen Dollar für den Ausbau von Licht- und Kraftwerken erhalten. Von äußerster Zurückhaltung hat sich das amerikanische Kapital dagegen bisher gegenüber der polnischen Industrie gezeigt. Verbindungen wurden mehrfach angeknüpft, sie führten bisher aber nie zu Erfolgen. Die klugen amerikanischen Geschäftsleute weichen ängstlich vor einer Kapital-Investierung in jedem Industriezweige ab, der von der Weltwirtschaftskrise irgend wie betroffen wird. Das gilt besonders auch vom Bergbau. Man weiß aber dort tatkräftig zuzugreifen, wo ein rentabler Gewinn sicher ist. Das hat die Beteiligung des Harriman-Konzerns bei den Zinkunternehmungen von Giesches Erben bewiesen. Um die Rentabilität von vornherein in erhöhtem Maße zu sichern, mußte der polnische Staat dem Unternehmen die von diesem dem Staate geschuldeten 30 Millionen Zloty an Vermögenssteuern schenken, was sich nur auf dem Wege über eine besondere Gesetzesvorlage erledigen ließ. Erst wenn diese Schenkung völlig gesetzlich erledigt ist, wird sich der amerikanische Konzern mit nicht weniger als 10 Millionen Pfund Sterling, zur Zeit fast eine halbe Milliarde polnische Zlotys, an dem Unternehmen beteiligen. Die Zinkindustrie Polnisch-Oberschlesiens ist zu 95 Prozent eine Export-Industrie, bei der ein jedes Risiko ausgeschlossen ist. Bis jetzt produzierte das Unternehmen 3000 To. Zink pro Monat bei einer Belegschaft von 8100 Arbeitern. Nach den Plänen der Harriman-Gruppe soll diese Produktion auf 8000 To. monatlich gesteigert werden. Obwohl diese Steigerung in erster Linie durch eine Modernisierung der Betriebe herbeigeführt werden soll, dürfte sich doch auch die Belegschaftsziffer um 50 Prozent vermehren. Mit Naturnotwendigkeit werden dann au chdie übrigen polnisch-oberschlesischen Zinkhütten wie Hohenlohewerke, Donnersmarck- und Lipine ihre Betriebe modernisieren müssen, wenn sie nicht von Harriman-Giesche erdrosselt werden wollen. Die nicht schnell genug einsetzende Zufuhr von ausländischem Kapital für die übrigen Zinkhüttenbetriebe Polnisch-Oberschlesiens würde wesentlich dazu beitragen, daß Amerika nahezu ein Weltmonopol für Zinkerze erhält.

★

Starker Rückgang des Zloty.

— Danzig, 19. April. Im Zusammenhang mit der innerpolitischen Lage in Polen und den angekündigten Maßnahmen des Finanzministers, hat der Zloty an der heutigen Börse eine starke Senkung erfahren. Er ging von 56½ Gulden für 100 Zloty auf 52½ zurück.

Die polnische Kabinettskrise.

:: Warschau, 18. April.

Die Versuche, innerhalb der Regierungskoalition zu einer Einigung zu kommen, sind mißglückt. Heute abend fanden im Landtagsgebäude, in der Wohnung des Sejmmarschalls Rataj in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Grafen Skrzynski Beratungen der Vertreter der Koalitionsparteien statt, die durch die Vorlage eines neu gefaßten Programms durch den national-demokratischen Finanzminister Zdziechowski eröffnet wurden. Der sozialdemokratische Einspruch gegen die Pläne Zdziechowskis, die von den Nationaldemokraten, Christlichdemokraten und Piasten unterstützt werden, ließ sich jedoch nicht überwinden. Nach längerer fruchtloser Debatte erklärte der sozialistische Abgeordnete Daszynski, daß die Sozialdemokratische Partei aus der Koalition austrete. Als Beweggrund für diesen Beschluß bezeichnet er nicht [illegible] auch die unbefriedigende Minderheitenpolitik der Regierung und ihre Haltung in der Frage der Rückkehr [illegible] in den aktiven Heeresdienst. Mit dieser sozialdemokratischen Erklärung, die den tatsächlichen Ausbruch der Krisis bedeutet, wurden die Beratungen geschlossen.

Morgen tagt der Ministerrat, um zur neuen Lage Stellung zu nehmen. In politischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß in dieser Sitzung der Beschluß einer Gesamtdemission des Kabinetts fallen werde.

Eine Rede des Ministers des Innern Dr. Külz.

⊠ Zittau, 19. April.

Reichsinnenminister Dr. Külz hielt heute in einer Versammlung in Zittau eine Rede, in der er zunächst außenpolitische und wirtschaftliche Fragen streifte. In der Innenpolitik, so führte der Minister dann weiter aus, spiele gegenwärtig eine bedeutsame Rolle die Frage der Fürstenabfindung. Es sei zu wünschen, daß es recht bald gelinge, ein dem Volksempfinden und den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechendes Gesetz im Reichstage zustande zu bringen und die parlamentarische Gesetzgebung sei immer die primäre, die plebiszitarische Gesetzgebung durch Volksentscheid müsse immer die sekundäre bleiben. Die Wahlreform werde in weiten Kreisen des deutschen Volkes als eine Notwendigkeit empfunden. Die Mängel des gegenwärtigen Systems lägen klar zu Tage. Sie beständen in der Entpersönlichung des Verhältnisses zwischen Wählern und Abgeordneten und in der zum Teil ganz undemokratischen Foerm der Wahl, wie sie vor allem in den sogenannten Reichslisten verkörpert sei. Das Reichsschulgesetz werde ebenfalls von weiten Kreisen der Bevölkerung dringend gefordert, um die Unruhe zu bannen, die in der Entwickelung des Volksschulwesens eingetreten sei. Beide Gesetze müßten mit besonderer Vorsicht und unter Ausnutzung der Lehren der Vergangenheit, aber auch mit dem Nachdruck betrieben werden, der ihrer Bedeutung zukommen. Die gegenwärtige Regierung habe eine geschlossene Mehrheit des Reichstages nicht hinter sich. Sie gehe ihren Weg geradeaus in der Richtung, wie sie durch das Wohl des Vaterlandes für geboten halte, und die Unterstützung bei ihrer praktischen Arbeit sei ihr von gleichem Werte, ob sie von rechts oder ob sie von links komme. Und von diesem Standpunkt aus fühle er sich durchaus nicht als Minister einer schwachen, sondern einer starken Regierung.

Der Reichspostminister über das Berufsbeamtentum.

() Berlin, 19. April.

Reichspostminister Dr. Stingl eröffnete heute in der Berliner Universität die 5. post- und telegrafenwissenschaftliche Woche. Er begrüßte die große Zahl der erschienenen deutschen und ausländischen Postbeamten aller Grade. In der zahlreichen Teilnahme aller Beamtengrade zeige sich das Entstehen des erforderlichen Gemeinschaftsgeistes. Der Minister bekannte sich als Anhänger des Berufsbeamtentums, das aber voll auf der Höhe seiner Zeit stehen müßte. Der Berufsbeamte dürfe sich nicht in enger Auffassung seiner Stellung vom Volk absondern wollen, er müsse seine Kräfte uneingeschränkt in den Dienst des Volkes stellen. Die alten Vorrechte des Berufsbeamten wie gesicherte Lebensstellung und Versorgung legen den Beamten heilige Pflichten im Sinne einer Förderung des Volkswohles auf. Die Post sei mit ihrem Personal von über 300 000 Köpfen dazu berufen, die Förderin und Wegbereiterin zu sein für ein neuzeitliches Berufsbeamtentum.

Ein Reichsbannermann im Wahllokal.

Preußisches Wahlprüfungsgericht.

Berlin, 19. April. Vor dem preußischen Wahlprüfungsgericht, das heute unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Prof. Dr. Fürstenau zusammentrat, fand die Prüfung der am 7. Dezember 1924 im Wahlkreisverband 2 (Brandenburg 1) erfolgten Wahlen zum preußischen Landtag für die zweite Wahlperiode (von 1925 ab) statt. In der Verhandlung kam u. a. eine Beschwerde mehrerer Berliner Wähler zur Sprache, wonach in einem Berliner Wahllokal sich dauernd ein Reichsbannermitglied in Uniform aufgehalten hatte, was von den Beschwerdeführern als Beeinflussung empfunden wurde. Der Landeswahlleiter hatte diesen Einspruch als nicht berechtigt zurückgewiesen. In der Beurteilung der Wahleinsprüche hat sich das Wahlprüfungsgericht den Feststellungen der Wahlleiter angeschlossen. Es könnte ein Mangel nicht daraus hergeleitet werden, daß sich ein Mitglied des Reichsbanners in Uniform in einem Wahllokal aufgehalten hat. Daraus, daß er in Uniform erschienen war, kann nicht angenommen werden, daß dadurch etwas Unzulässiges geschehen ist. Ferner ist auch der Wahlprotest nicht für begründet erachtet worden, daß eine Wahlzelle von Neukölln von außen her hätte eingesehen werden können. Die am 7. Dezember 1924 im Wahlkreisverband 2 (Brandenburg I), bestehend aus den Wahlkreisen 2 (Berlin) und 3 (Potsdam), stattgehabten Wahlen sind für gültig erklärt.

Deutsches Reich.

Die Schulgelderhöhung.

?:? Berlin, 19. April. Der preußische Kultusminister hat auf eine Zentrumsanfrage über die Schulgelderhöhung nachstehende Antwort erteilt:

Zur Milderung der gefürchteten Auswirkungen der Schulgelderhöhung stehen 20 v. H. des Schulgeldaufkommens zur Verfügung, die zu Schulgeldermäßigungen für kinderreiche Familien und zur Förderung begabter bedürftiger Schüler bestimmt sind. Darüber hinaus, ungünstigen Folgen der Schulgelderhöhung entgegenzuwirken, ist bei der gespannten Finanzlage des Staates und der Gemeinden leider [illegible] private höhere Schulen sind nicht genötigt, ein über die staatlichen Sätze hausgehendes Schulgeld zu erheben.

Ein preußischer Notetat für Bauzwecke.

:: Berlin, 17. April. Ueber die Verwendung des vom Staatsrat bewilligten Notetats in Höhe von 200 Millionen Mark hören wir, daß die Summe fast ausschließlich für staatliche Bauzwecke verwendet werden soll. Der preußische Staat hat bekanntlich etatmäßig die Ausführung einer großen Reihe staatlicher Bauten vorgesehen, und mit Rücksicht auf die herrschende große Arbeitslosigkeit soll die Inangriffnahme dieser Bauten möglichst schnell erfolgen. Der Notetat wird sofort dem Landtag zugeleitet werden. Mit den Reichs- und preußischen Krediten für den Wohnungsbau haben diese Gelder nichts zu tun.

Unbegründae Putschgerüchte.

:: München, 19. April. Die „Münchener Post" meldet heute an leitender Stelle, daß bei Anhängern der völkischen Diktatur und überhitzten Monarchisten für Mai ein Putsch geplant sei. Es handele sich nicht nur um die Hitlerleute, sondern auch um andere Gruppen der äußersten Rechten. Man wolle die Taktik vom 1. Mai 1923 mit besserem Erfolg wiederholen. Wie dem Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros hierzu mitgeteilt wird, liegen der Regierung keinerlei Anhaltspunkte für Putschabsichten vor. Es sei daher kein Anlaß zu Befürchtungen gegeben.

Von Nah und Fern.

Der Hungerrekord gebrochen.

!! Berlin, 19. April. Die beiden Schauhungerer Harry und Fastello, die ihre Glaskästen in einem Restauram in der Chausseestraße in Berlin aufgeschlagen hatten, haben heute Nachmittag 3 Uhr ihre Fastenzeit beendet und damit den Hungerrekord Jollys um einen Tag geschlagen. Finanziell soll ihre Schaustellung aber ein erhebliches Defizit ergeben haben. — In einem Restaurant in der Friedrichstraße soll von heute abend ab mit einem neuen Rekordversuch im Wachbleiben begonnen werden. Ein gewisser Rolando will dort 27 Tage und Nächte ohne den geringsten Schlaf verbringen.

Großfeuer.

:: Magdeburg, 19. April. In der Nacht zum Montag brach in der Chemischen Fabrik in Calbe a. d. Saale ein Großfeuer aus. In kurzer Zeit stand der Hauptbau mit Schneideraum, der Trocknung, dem Gelatine-Lager mit Fertigfabrikaten, dem Abnahmeraum und der Mühlenanlagen in Flammen. Die brennenden Gebäude wurden vollkommen zerstört und müssen niedergelegt werden.

Eine unglaubliche Rohheit.

+ Berlin, 19. April. Es ist der Kriminalpolizei gelungen, eine im Oktober vorigen Jahres in Hohenschönhausen verübte Brandstiftung, die mit einer in der Kriminalgeschichte einzig dastehenden Gemeinheit ausgeführt wurde, aufzuklären und die Täter zu verhaften. Der Bäckermeister Platow hatte seinen 19 Jahre alten Gesellen zu einer Brandstiftung veleitet, um die Versicherungssumme für ein altes Pferd zu erhalten. Der Geselle mußte den Stall säubern, frisches Stroh hineintun, damit es besser brannte, und das Pferd mit Benzin einreiben. Dann legte er Feuer und das Tier verendete unter fürchterlichen Qualen.

Selbststellung in der Fememordangelegenheit Wilms.

)(Berlin, 19. April. Der ehemalige Angehörige der Schwarzen Reichswehr, Oberleutnant Fuhrmann, der zu dem von der Polizei wegen eTilnahme an dem vermutlichen Fememord an Oberfeldwebel Wilms gesuchten Personenkreis gehört, hat sich gestern in Moabit dem Untersuchungsrichter gestellt, der ihn in Haft genommen hat.

Schwerer Motorradunfall.

:: Riesky (Oberlausitz), 19. April. Der Verwalter Lehmann aus Oedernitz bei Riesky unternahm am Sonntag eine Motorradfahrt mit 2 Bekannten. In einer Kurve fuhr er gegen einen Baum. Lehmann erlitt einen doppelten Schädelbruch, die beiden anderen trugen Kopfverletzungen davon, und die Maschine wurde vollständig zerstört.

Ein dänischer Flieger in Ostasien vermißt.

— Schanghai, 19. April. Der auf einem Fluge Kopenhagen-Tokio befindliche dänische Flieger Botved wird vermißt. Botved ist gestern von Kanton abgeflogen, erreichte um 2,30 Uhr nachmittags Fuschau und hätte um 5 Uhr nachmittags in Schanghai eintreffen müssen.

Eine Ortschaft durch Lawamassen zerstört.

)(Newyork, 19. April. (Telunion.) Die Ortschaft Hoopulo in Südwest-Hawai ist durch Lawamassen des Vulkans Mauno Loa, der bereits seit einer Woche ununterbrochen Lawamassen ausstößt, völlig zerstört worden. Amerikanische Militärflieger wollten nähere Feststellungen über die Art und Ausdehnung der Katastrophe machen, was ihnen jedoch nicht gelang, da in Tausend Meter Höhe noch eine derartige Hitze herrschte, daß sie zur Umkehr gezwungen wurden.

Handel ⚙ Wirtschaft ⚙ Börse

Die Eisen- und Stahlwarenindustrie im Monat März.

Die schwierige Lage der deutschen Eisen- und Stahlwaren-Industrie hat sich nach dem Monatsbericht des Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes auch im März nicht gebessert; im Gegenteil, in verschiedenen Bezirken ist eine erhebliche Verschlechterung der Wirtschaftslage festzustellen.

Im einzelnen wird aus verschiedenen Industriezweigen wie folgt berichtet:

Die Lage der Märkischen Kleineisenindustrie hat sich im Monat März noch gegen den Februar verschlechtert. Die Ziffern der Arbeitssuchenden sind z. B. im Kreise Hagen und Schwelm von 15 550 Ende Februar auf 17 590 am 20. März gestiegen. Dazu sind die Betriebseinschränkungen unvermindert bestehen geblieben, ja haben sich in einigen Zweigen noch vermehrt. Die durch die Stillegungsverhandlungen vor dem Demobilmachungskommissar im Januar und Februar angebahnten Stillegungen mußten bedauerlicherweise zum größten Teil Wirklichkeit werden, obwohl die Fabrikanten sich bemüht haben, die Folgen der Stillegungsverhandlungen möglichst zu vermeiden.

Das Inland zeigt in fast allen Zweigen der Kleineisenindustrie eine außerordentlich starke Zurückhaltung. Im Auslande sind die Preise allenthalben nicht zum wenigsten durch den Einfluß der Länder mit entwerteter Valuta so stark gedrückt, daß Auslandsaufträge nur hereingenommen werden können, um überhaupt noch einen bescheidenen Grad von Beschäftigung zu schaffen. Der Mangel an Geld und die von manchen Käufern unverantwortlich hinausgeschobenen Zahlungsziele haben fast alle Werke der Kleineisenindustrie in eine äußerst schwierige Lage gebracht. Die Vorräte an Vorprodukten und vorbearbeiteten Erzeugnissen sind auf der ganzen Linie aufgebracht. Die Betriebe können nur im geringsten Materialien beziehen. So kommt der sonderbare Zustand, daß auch bei ganz kleinen Aufträgen hier und da lange Lieferfristen erscheinen, die sich nur daraus erklären, daß die Beschaffung des Materials für solche Aufträge nicht mehr von den Lägern, sondern gewissermaßen tropfenweise von den Händlerfirmen der Eisen schaffenden Industrie erfolgen muß.

Die Kleineisenindustrie des westfälisch-märkischen Landes hat in den letzten Jahren fortschreitende wesentliche Absatzgebiete in Mittel-, Ost- und Süddeutschland verloren und fürchtet, diese nicht wieder gewinnen zu können. Auf der Wirtschaft der Mark lastet die ungeheure Sorge, ob es überhaupt wieder möglich sein wird, stillgelegte Werke in Gang zu bringen, oder für stillgelegte Betriebsabteilungen Aufträge hereinzubringen. Der Druck der Arbeitslosigkeit, gegen dessen Milderung sich gar keine Besserung zeigt, hält die Kleineisenindustrie Südwestfalens dauernd in Sorge. Die nächste Zeit muß lehren, ob die Ausdehnung der Herstellung von Fertigfabrikaten in Frankreich, Belgien, Schweden, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Polen endgültig eine Standortsverschiebung der Erzeugung von Fertigwaren bedeutet oder ob der Bedarf des deutschen Inlandes und der Weltmarktbedarf doch noch eine Wiederbeschäftigung der jetzt Erwerbslosen bringen wird.

Es wird fortgesetzt tief beklagt, daß die Regierung nicht auch einmal diesen außerordentlich notleidenden südwestfälischen Bezirk ihre besondere Aufmerksamkeit zuwendet, denn man ist überzeugt, daß bei den optimistischen Lageberichten aus anderen Bezirken die ganz besonders schlechte Lage der Märkischen Kleineisenindustrie klar werden müßte. Die in der Kleineisenindustrie bestehende Krise greift einschneidend auch auf die anderen Erwerbszweige über, sodaß zunehmend ein Zusammenrücken der wirtschaftlichen Berufe zu beobachten ist.

In der Baubeschlag- und Schrauben-Industrie hat sich die auf das Frühjahr gesetzte Hoffnung nicht erfüllt und ist die Saisonbelebung bisher vollkommen unwesentlich.

Die Lage der Werkzeug-Industrie von Remscheid und Umgegend ist unverändert schlecht. Eine Belebung ist nicht wahrzunehmen. Remscheid steht in der Zahl der Erwerbslosen mit 81,8 Hauptunterstützungsempfänger auf 1000 Einwohner an der Spitze der Städte der Rheinprovinz. Die Klagen über gegenseitige sinnlose Unterbietungen, Notverkäufe zu Schleuderpreisen und dergl. gehen weiter. Bei dem mangelnden Abkan und dem Ueberangebot von Waren kann man zweifellos von einer Wareninflation sprechen.

Die Zusammenschlußbewegung in der Eisenindustrie macht sich an einem Anziehen der Eisenpreise bemerkbar. Die Belastung durch Steuern, Abgaben und Soziale-Lasten ist weiter gegenüber der Auslandskonkurrenz nachteilig fühlbar.

In der Velberter und Radevormwalder Schloß- und Beschlag-Industrie liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Hoffnung auf eine Belebung des Inlandsmarktes durch Einsetzen der Bautätigkeit ist bisher nicht eingetreten.

Im Schmalkalder Industriebezirk ist im Monat März eine wesentliche Aenderung in den Verhältnissen gegenüber dem Vormonat nicht eingetreten. Es haben in einigen Werken wohl die Aufträge etwas zugenommen; nirgends aber hört man deswegen von Vermehrung der Belegschaft oder Verlängerung der Arbeitszeiten. Im Gegenteil, eine Anzahl Werke haben erneut Arbeiterentlassungen vornehmen müssen. Es fehlt eben der Lebensnerv — das Betriebskapital. Immer wieder kommen Konkurse und Geschäftsaufsichten. Die selbst älteste und solventeste Firmen betreffen. Unter diesen Umständen können die Preise für einzelne Artikel, so sehr dieses erwünscht wäre, nicht besser werden. Vereinzelt hört man immer wieder von Auslandskrediten, aber es bleibt beim Hörensagen, — von Verwirklichung ist noch in keinem Fall etwas bekannt geworden. Die eingeschränkte Betriebsweise wird daher wohl auch für die nächste Zeit noch beibehalten werden müssen.

Essener Börse

Essen, den 19 April 1926

im heutigen Verkehr ermittelte Kurse, mitgeteilt vom

Bankhaus Ohnesorge, Pasel Wolff & Co. Dortmund.

in Billionen Mark bezw. Billionen Prozent
bei Aktien ohne Börsennotiz in Milliarden Prozent

Kohle	Nachfr.	Angeb.
Admiral	9.0	—
Alte Haase	—	—
Beharrlichkeit	—	—
Caroline	875	97.
Carolus Magnus	4600	4700
Constantin	—	—
Deutschland	50	60
Diergardt	22.0	23 0
Ewald	3b500	3/000
Glückh Fried.	—	—
Glückauf Sezen	—	1:00
Gottessegen	600	650
Graf Bismarck	—	—
Graf Schwerin	4/00	5000
Heinrich	8100	8300
Hermann I-III	—	—
Joh. Deimelsb	—	—
Kaiser Ludwig	25:00	27:00
Langenbrahm	127.0	14000
Richard I	—	—
Schürb & Charl	—	—
Trappe	—	—
Trier I-III	—	—
Viktoria b. K.	—	—
Westfalen	—	2800
Wilh Mevissen	2600	2900
Adler Actien	28	31.
Blankenb- Act.	—	—
Carl-Fried.-Act.	—	—
Dahlbusch	6 .5	6/..
Lothring.-Act.	57.5	5825
Montania	—	—
Niederrh. Bergb	37	38.5
Präsident	—	—
Wstf. Bgb.-Act.	—	—

Braunkohle und Verschiedene		
Bellerhammer	1100	12 0
Bruckd Nielleb.	—	4800
Glimmerode	—	—
Gute Hoffnung	2150	2400
Leonhardt	5000	5400
Lucherberg	—	—
Michel	1000	—
Oskarssegen	—	200
Ostheim	—	—
Vesta	3100	3300
Zukunft Actien	115	119
Bernhardshall	1300	1.00
Christine	—	—
Elsa-Cemt	83.5	87
Mansfeld. Act	—	—

Erze		
Apfelbaumer	—	—
Bliesenbach	—	—
Flick	—	—
Henriette	—	—
Wolfram	—	—

Kali-Aktien		
Adler. Stamm	48.	—
Deutsch. Kali	—	—
Friedrichshall-N	—	—
Hallesche Kali	116	119
Hannov. Kali	49	—
Heldburg Vorz	68	71
Kali-Industrie	139	141
Krügershall	101	102.
Niedersachsen	61	63
Ronnenberg	65.	67.
Salzdetfurth	—	167
Sigmundshall	—	—
Steinförde	—	—
Teutonia	—	—
Wittekind	78.	81.
Bank f. Landw	80	—

Kali	Nachfr.	Angeb
Alexandershall	6000	61 0
Alicenhall	200	-
Asse	2850	3000
Beienrode	875	92
Bergmannssegen	7900	8200
Bernsdorf	—	600
Braunschw.-Lbg	1275	1400
Burbach	2400	2500
Burggraf	—	600
Carlsfund	13.0	1400
Carlshall	650	72
Desdemona	2850	3050
Einigkeit	—	1300
Ellers	—	—
Erichssegen	2550	2700
Felsenfest	—	1128
Friedrichsroda	1600	1900
Fürstenhall	—	—
Gebra	2100	2200
Glückauf b. S	5500	5600
Groß W Ernst	—	—
Günthershall	1050	1150
Habighorst	—	700
Hansa Silberbg.	2500	2650
Heiligenmühle	7u	—
Hedwigsburg	200	200
Heilsenroda	4900	5100
Heimholdshaus.	500	800
Heldrungen I	150	170
Heldrungen II	800	850
Herfa	1050	1120
Heringen	—	—
Hermann II	—	—
Hildasglück	675	700
Hindenburg	4500	4800
Hohenfels	1700	2000
Hope	1000	—
Hüpstedt	6500	6500
Hugo	90	110
Ilsenburg	900	1000
Immenrode	—	400
Irmgard	800	850
Johanneshall	9500	9900
Kaiseroda	7000	7400
Königshall	1800	1900
Mariaglück	—	—
Marie	40	60
Marie Louise	—	—
Max	—	—
Meimerhausen	200	—
Neurode	800	850
Neusolstedt	950	1000
Neustaßfurt	—	—
Oberhof	1500	1650
Ransbach	800	—
Rastenberg	8.0	1000
Reichskrone	400	—
Reichsland	20	30
Reinhardsbrunn	1400	1620
Richard	600	—
Rössing-Barntet	4200	—
Rothenfelde	—	—
Sachs. Weimar	—	3350
Salzmünde	350	400
Schwarzburg	620	670
Siegfried I	—	—
Siegfr.-Giesen	700	1000
Thüringen	600	700
Volkenroda	2500	2620
Walbeck	400	450
Walter	4500	4600
Wilhelmshall	—	—
Wilhelmshall Ö.	670	780
Winterhall	4700	—
Wintzingerode	—	—

Bankhaus Ohnesorge Pasel Wolff & Co.,

DORTMUND, Burgwall 24

Reichsbank-Giro-Konto — Postscheck-Konto
Anruf 5500—5505 — Dortmund 12300

Annahme v. Depositengeldern zu kulanten Sätzen

Beratung bei Anlagewerten

Berliner Börse.

Berlin, den 19. April 1926

Die Kurse lauten auf Prozente des Nennwertes in Reichsmark.
* = Goldmark.

	19. 4	16. 4
Dollarschatzanw.	—	—
2½% D Reichsanl	0.40	0.43.7
Benz	—	—
Kabelw Rheydt	3.3	2.6
Schantung	4.3	4.4
Ham Am Paketf.	132.2	142.2
Hansa Dampfsch	132.	142.5
Nordd Lloyd	12.,12b	143.37.
Barm Bankverein	88.2	87.2
Comm u Priv B	114.2	114
Darmst u.Nat B	138	137.
Deutsche Bank	126.	127.
Disk Kommandit	122.5	122.2
Dresdener Bank	112.	111.2
Reichsbank	141.25	142
Bochumer Viktoria	68	69
Dortmund Aktien	143.	143
Dortmund Union	1.1.5	150
Glückauf Gelsenk	79.5	77
Müser Langendr	45.	44.
Ritterbrauerei	168	162.5
Schlegel Bochum	120	114
Aktienges. f. Verk	11	118.5
Accumulat.-Fabr	115.625	11 .5
Kerwerke	55.	6
A. G. f. Anilinfabr	—	—
Aexanderwerk	80.75	81
Allg. Elektr.-Ges	104.25	104
Anglo-Cont. Guano	85	82.25
Annener Gußstahl	42.5	45.5
Augsb Nürnb. M.	83.	85
Balcke Maschinen	—	—
Bamag	—	42
Baroper Walzw	12.5	12
Bemberg J P	119.25	119.5
Bergmann Elektr	97.125	95
Berl Karlsr. Ind	67	69
Berl Maschinenb	74.5	76.2
Bochumer Gußstal	91.125	92
Braunk u Brikett	103.7	103.5
Buderus Eisen	61.-	62.25
Busch Lüdensch	55.	54
Chem Ind Gelsk	57.	59
Daiml Motoren	67	67
D Lux Bergbau	66.5	97.5
D. Eisenh. Sigw	63.	66
Deutsche Erdöl	93.	94.25
D. Kaliwerke	118.5	120
D. Maschinen	62.	63.5
D. Schachtbau	—	83.5
Deutsche Wolle	43	45.25
Dürkoppwerke	18.75	19
Dynamit A. Nobel	84.75	84.87
Elektr. L. u. K.	111	113
Eschweil Bergw.	149	150
Essener Steinkoh.	99.	97.5
Farbenindustrie	144.-	142.25
Friedrichsh Kali	97.75	96
Felt & Guilleaume	117.	118.87
Gelsenk Bergw	96.2	99.37
Gelsenk Gußstahl	31.	31
Germania-Portl	130	128.75
Ges. f elektr. Unt	114.	142.75
Glockenstahlwerk	46.5	47.37
Goldschmidt	81.75	82.25
Görlitz. Waggon	36	37.5
Goth Waggon	55.	56
Hackethal Draht	68	69
Hammersen	97.	98
Hannov. Maschin	64.	65.25
Hannov. Waggon	20.25	22.5
Harb. Wiesl Gummi	64.	65.5
Harpener Bergbau	105.625	107.75
Hartmann Masch	44	42.5
Held & Franke	5 .	53.7
C. Heckmann	87.25	68.5
Hirsch Kupfer	89	89.5
Hösch Stahlw	95.25	96.
Hohenlohe Werke	18.6	19
Hotelbetrieb	99.50	100
Humboldt Masch	1.50	52.50
Hutschenreuther	50.50	47
Ilse Bergb.	109. 0	108.5
Kaliw. Aschersleb	127.7	128.5
Karstadt	167.5	—
Kattowitz Bergb	13.25	13.7
Klöckner-Werke	78.25	80.
Köln-Neuess Bgw	96.125	97.2
Köln-Rottweiler	87.7	88.5
Köln. Gas u. Elek	84.25	89.2
Körting Gebr.	88.37	89.7
Kronprinz Met	82	88.2
Lahmeyer & Co	95.25	97.2
Laurahütte	39.5	39.75
Lindes Eismasch	145.	140.
Lindenberg Stahl	—	—
Linke-Hofm. W.	87.87	88.2
Lorenz C.	101.5	103.
Lothringer Bergb	—	—
Lüdenscheid Met.	86.	85.
Luther Maschinen	83.5	84.
Mannes mann	88.5	91.
Masch. u. Kranbau	26.	2 .5
Maschinenf. Baum	—.	—.
Mix & Genest	9 .	94.75
Mülh. Bergw. V.	99.5	97.
Nat. Automobile	76.5	76.5
Oberschl. Eis. Bed	5.	53.
Oberschl. Eis. Ind	58.	57.5
Oberschl. Koks	78.875	79.5
Oeking Stahl	43	45.
Orenstein & Koppel	80.75	82.
Phönix Bergbau	79.	80.7
Pöge Herm.	61.	60.7
Reisholz Papier	140.	141
Rhein. Braunkohl.	135	137.2
Rh. Metallw. V.-A.	27.125	27.
Rh. Nass. Bergw.	—.	—
Rhein. Stahlwerk	94.	94.7
Roddergruben	342.25	341.
Rombacher Hütte	35.125	37.
Rütgerswerke	66.12	64.
Sachsenwerk	38.25	68.
Sarotti Schokolade	103	1 8.2
Schl. Bergb. u. Zink	98.	1 0.
Schloßfabr. Schultz	17.5	18.5
Schneider Hugo	61	59
Schött Herm.	61	64.5
Schuckert & Co.	—.	91.
Siemens Elek. Btr.	—.	—.
Siemens & Halske	—.	121.25
Stahl Chem. Pbr.	57.	58.
Stett. Vulkan	43.62	44. 0
Stinnes Rh. Mont.	95.	95.75
Stöhr Kammgarn	125.5	136.
StöwerNähmasch.	92.25	91.
Telephon Ber.	75.25	74.5
Thale Eisenhütte	—	—
Thüri's Ver. Gels.	62.	62.5
Tucht. Aachen	5.87	14.5
Ver. Dtc. Nickelw.	122.	123.
Ver. Glanzst. Fbr.	271.	284.5
Ver. St. u. d. Zypen	124.	125.
Vogel Telegr. Dr.	7 .	7 .
Wanderwerke	122.	125.
Warstein Gruben	142	144
Wegelin & Hübner	11 .12	50.25
Wessel Porzellan	53.75	52.
Westeregeln Alk.	—.	11 .25
Westeregeln Vor.	—	—
Westf. Eisen Draht	46.25	4
Westf. Kupferw.	3.25	6.75
Wicking Zement	103.87	102.75
Wittener Guß	45.50	
Zellstoff Waldhof	124.50	

Märkte.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

× **Dortmund**, 19. April. Zum heutigen Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben: 463 Stück Großvieh, 716 Kälber, 126 Schafe, 2473 Schweine. Für 100 Pfd. Lebendgewicht wurde bezahlt: Ochsen: a) 56—58, b) 52 bis 55, c) 44—51, d) 35—43, Bullen: a) 53—56, b) 45 bis 52. c) 38—44, Färsen und Kühe: a) 56—58, b) 52 bis 54, c) 40—51, d) 30—39, e) 20—29, Kälber: b) 76 bis 80, c) 68—75, d) 50—67, e) 30—49, Weidemastschafe: a) 46—50, b) 30—45, Schweine: a) 68—70, b) 68—69, c) 66—67, d) 64—65, e) 62—63. Marktverkauf: Großvieh und Kälber mittel, Schweine schleppend.

Essener Viehmarkt.

× **Essen**, 19 April. Aufgetrieben waren: 267 Stück Großvieh, hiervon 47 Ochsen, 49 Bullen, 134 Färsen u. Kühe, 37 Jungvieh, 907 Kälber, 29 Schafe, 3282 Schweine. Es kosteten im Großhandel 100 Pfd. Lebendgewicht für Ochsen: a) 57—61, b) 51—55, c) 45—48, d) 40—43, Bullen: a) 51—54, b) 46—50, c) 40—45, Färsen und Kühe: a) 54—57, b) 48—51, c) 42—46, d) 36—40, e) 26—33, Jungvieh: 36—42, Kälber: a) 90—105, b) 68 bis 78, c) 48—65, d) 37—45, Weidemastschafe: a) 45—52, b) 30—40, Schweine: a) 70—71, b) 68—69, c) 65—67, d) 63—65, e) 60—62, f) 60—65. Tendenz: Das Geschäft verlief langsam.

Kölner Viehmarkt.

× **Köln**, 19. April. Zum Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben: 1065 Stück Großvieh, darunter 438 Ochsen, 749 Bullen, 578 Färsen u. Kühe, 1804 Kälber, 88 Schafe, 4686 Schweine. Es kosteten im Großhandel 100 Pfd. Lebendgewicht für Ochsen: a) 54—58, b) 52—56, c) 45 bis 50, b) 30—41, Bullen: a) 50—53, b) 43—50, Färsen und Kühe: a) 52—54, b) 50—52, c) 47—48, d) 32—40, e) 18—25, Kälber: a) 80—100, b) 65—70, c) 50—60, d) 35—45, Schweine: a) 63—66, b) 66—70, c) 65—70, d) 60 bis 65. Tendenz: Großvieh beste Tiere gesucht und auch höher bezahlt, ruhig und geräumt.

Duisburger Getreidebörse.

÷ **Duisburg**, 19. April. An der Duisburger Getreidebörse wurden notiert: Inl. Weizen 29,50—30,50, inl. Roggen 21—75, ausl. Weizen 31—34, ausl. Roggen 23,50—25,50, ausl. Hafer 20—24, ausl. Gerste 19—21, La Plata-Mais 18,50, Cinquantino-Mais 21, Weizen-Bäckermehl 40,75—42, Roggenmehl 30,50—31,50, Weizenbollmehl 12—13,50, Roggenkleie 10,50, Steffen-Zuckerschnitzel 14,50 R.-M für 100 kg franko Duisburg. — Tendenz: Der Markt schließt sehr fest.

Essener Getreidebörse.

× **Essen**, 19. April. Es wurden notiert: Inl. Weizen 30—30,75, inl. Roggen 20,75—21,25, ausl. Weizen 31—34,50, ausl. Roggen 23,50—24,50, ausl. Hafer 20,25 bis 24, ausl. Gerste 19,25—21,50, runder Mais 22, Weizenmehl 39—40, Weizen-Bäckermehl 41—42, 70proz. Roggenmehl 31—31,50, Weizenkleie 10,50—13, Weizenbollmehl 12—14, Steffen-Zuckerschnitzel 14,50—15,50 R.-M für 100 kg franko Essen. — Tendenz: Das Angebot ist sehr klein, infolgedessen die Stimmung sehr fest.

Berliner Produktenmarkt.

÷ **Berlin**, 19. April. Die weitere Haussebewegung am Weltmarkt ließ auch hier die Preise weiter anziehen. Das Weizenangebot aus dem Inland fehlt nach wie vor. Die Preise waren etwa 3 M fester gehalten. Auch das Roggenangebot blieb spärlich; der Preis stieg um 2 M. Im Lieferungsgeschäft waren die Preise für Weizen 3—3,50 M höher. Septemberweizen, der nur 2 M höher angesetzt hatte, konnte sich im Verlaufe noch weiter befestigen. Roggen auf Lieferung stellte sich 2 bis 4 M höher. Weizenmehl war um etwa 50, Roggenmehl um etwa 25 Pfg. in den Forderungen erhöht, das Geschäft gestaltete sich aber ziemlich schwierig. Gerste und Hafer waren reichlicher offeriert, besonders für Gerste halten die Käufer zurück.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 19. April 1926.

(Für Getreide je 1000 kg, für die übrigen Artikel je 100 kg.)

	Vorige Notierungen	Heutige Notierungen		Vorige Notierungen	Heutige Notierungen
Weizen, märk.	290 293	293-298	Raps	—	000 — 000
Roggen, märk.	170-180	177-182	Viktoriaerbsen	32.00-39.00	32.00-39.00
Sommergerste	200-217	200-216	Kleine Erbsen	26. 0-28.00	27.50-30.00
Hafer, märk.	195-205	195-20	Futtererbsen	22.00-24.00	23.00-27.00
pommerscher	—	—	gelbe Lupinen	14.00-14.50	14.00-14.50
Mais LaPlata	—	—	Sarabella, neu	38.00-43.00	38.00-42.00
ab Hamburg	—	—	Rapskuchen	14.50-15.00	14.50-15.00
Weizenmehl	37.75-40.00	38.25-44.00	Leinkuchen	18.90-19.30	18.80-19.20
Roggenmehl	25.00-27.25	26.00-27.50	Trock. Schnitz.	9.70-10.00	9.70-10.00
Weizenkleie	11.25-00.00	11.25-00.00	Torfmelasse	—	—
Roggen	12.00-00.00	12.00-12.10	Kartoffelflock.	16.20-16.60	16.30-16.60

Bremen: Baumwolle.

	19. 4. Brief	Geld	bezahlt	16. 4. Brief	Geld	bezahlt
Mai	18.28	18.20		18. 8	18.4.	—.—
Juli	18.25	18.16	18.21	18.62	18.48	—.—
September	18.16	—.—		18.37	18.29	—.—
Oktober	17.70	17.64	17.67	18.04	17.98	18.1/
November	—.—	—.—	—.—	—	—	—.—
Dezember	17.50	17.46	17 49	17.86	17.41	—.—
Januar	17.43	17.39	—.—	17.78	17.73	17.7.
März	17.87	17.74	17.78	18.27	18.17	—

Chicago:	19. 4.	16. 4.		19. 4.	16. 4.
Weizen Mai	167½	165/8	Mais Mai	73½	73⅜
Juli	143⅞	145⅞	Juli	76⅜	77½
September	136½	134	September	80⅜	80½
Tendenz	matt	stetig	Tendenz	schwach	stetig
Hafer Mai	41½	42½	Roggen Mai	92½	90½
Juli	43¼	42⅝	Juli	94⅝	91⅞
September	43⅜	43½	September	95⅜	9.⅜
Tendenz	kaum stet.	stetig	Tendenz	willig	kaum stet.

New-York: Baumwolle.

	19. 4.	16. 4.		19. 4.	16. 4.
loco	19.00-00	19.15-00	September	17.07-00	17.17-17
April	0.00-00	—.—	Oktober	17.17-00	17.1 -1
Mai	18. 3-57	18.64-65	Dezember	16.71-72	16.79-8
Juli	18.00-02	18.08-09	Januar	16.62-62	16.78-7
August	17. 0-55	17.63-63	März	16.74-74	16.84-8

Zufuhren:	19. 4.	16. 4.
Nach dem Atlantic	14000	24000
Nach dem Inland	4000	4000
Nach Großbritannien	2000	1000
Nach dem Kontinent	7000	19000

Tendenz: stetig — Tendenz: stetig.

Liverpool: Baumwolle.

	19. 4.	16. 4.		19. 4.	16. 4.
loco	9.9	10.1	Oktober	8.87	9.02
April	9.31	9.52	November	8.78	8.9
Mai	9.27	9.47	Dezember	8.78	8.83
Juni	9.17	9.37	Januar	8.78	8.82
Juli	9.14	9.34	Februar	8.77	—
August	9.04	5.23	März	8.78	8.81
September	8.94	9.10			

	19. 4.	16. 4.
loco Baumwollumsatz	6000	000
Import	—	1800
Export	2000	2000

Berliner Börse.

÷ **Berlin**, 19. April.

Da der im Kongreß zur Beratung stehende bekannte Gesetzentwurf nach den vorliegenden Nachrichten aus Amerika stark gefährdet erscheint, reagierte die Börse und die Spekulation mit starken Rückgängen die besonders bei den betroffenen Werten zu beobachten waren. Von Schiffahrtsaktien stellten sich Paketfahrt um 11 und Nordd. Lloyd zeitweise um 14 Proz., die anderen Schiffahrtsaktien um 6 bis 7 Proz. niedriger. Auch die anderen Freigabenpapiere, wie Chem. Heyden, Stöhr Kammgarn verloren je 10 Proz., Orenstein und Koppel, sowie Berliner Handelsanteile 4 bis 5 Proz. Die allgemeine Verstimmung ergriff auch die anderen Marktgebiete und bewirkte Einbußen von durchschnittlich 2 bis 3 Proz. und vereinzelt auch 4 bis 5 Proz. Die rückläufige Kursbewegung vollzog sich aber in aller Ruhe und ohne Erregung. Immerhin sind auch für einige wenige Papiere, wie Held und Franke und Schultheiß Patzenhofer leichte Kursbesserungen festzustellen. Am Rentenmarkte reagierte Kriegsanleihe stärker auf den Umschwung und auch die übrigen Vorkriegsanleihen der Länder waren meist etwas niedriger. Wenig veränderten sich wertbeständige Anleihen, wie landschaftliche und Hypothekengoldpfandbriefe, sowie Roggenpfandbriefe. Vorkriegshypothekenbankpfandbriefe gaben 20 bis 30 Pfg. nach. Auf den Aktienmärkten blieb die Kursbildung überwiegend nach unten gerichtet, sodaß meist noch Rückgänge um 1 Proz. eintraten. Der Geldstand ist bei unveränderten Sätzen sehr leicht geblieben. Der Privatdiskont wurde auf 4¾ Proz. für beide Sichten ermäßigt. Am Devisenmarkt stellten sich Brüssel und Paris um 13 bis 14 Pfg. höher.

Wiederaufbau der Viehwirtschaft.

Die Lage der deutschen Viehwirtschaft scheint im letzten Jahr einer Gesundung beträchtlich näher gekommen zu sein. Wenn auch das Angebot auf den maßgebenden Märkten noch immer sehr unterschiedlich ist, und wenn es auch verfrüht wäre, von einer dauernden Stabilisierung der Preise zu sprechen, so haben doch die wilden Schwankungen, welche das Charakteristikum der Nachkriegszeit bildeten, ziemlich aufgehört. Vergleicht man die derzeitigen Preise mit denen vor 1914, so kann man sagen, daß sich die Rindvieh-Notierungen kaum geändert haben, während die Notierungen für Schweine noch immer durchschnittlich 50 Proz. höher als vor dem Kriege sind.

Diese Erscheinung findet ihren hauptsächlichsten Grund in der Entwickelung der Geschmacksrichtung des Publikums und der sich daraus ergebenden Nachfrage in den letzten 2—3 Jahren. Der sich schon bald nach Aufhebung der Blockade bemerkbar machende Hunger der Bevölkerung nach Qualitätsware nahm nach Stabilisierung der Währung ungeahnte Dimensionen an. Er führte zu den bekannten Erscheinungen auf fast allen Gebieten des Lebensmittelhandels, indem die billigeren Waren und Sorten vernachlässigt blieben und die teuren Qualitäten stürmisch begehrt wurden. Im Vieh- und Fleischgeschäft führte dies dahin, daß das weniger beliebte Rind im allgemeinen nur ruhige Märkte hatte, während Schweine deren Fleisch die bevorzugte Nahrung der Massen der Bevölkerung bildet, so lebhafte Frage aufwiesen, daß der Bedarf kaum gedeckt werden konnte.

Unglücklicherweise fiel dieser starke Begehr nach Schweinen in eine Zeit, in welcher die Produktion erst im Wiederaufbau begriffen war und ihre volle Leistungsfähigkeit noch nicht wiedererlangt hatte. Im natürlichen Weitergang der Dinge konnte bei mindestens stets gleichbleibender Nachfrage die Erzeugung mit dem Bedarf nicht Schritt halten. Die Folge davon ist, daß auch heute noch der Schweinestand um mindestens 30 % hinter der Vorkriegshöhe zurückgeblieben ist, während der Rinderstand sich den früheren Verhältnissen besser anzugleichen vermochte. Im übrigen ist es interessant, zu beobachten, daß der verfeinerte Geschmack des Publikums noch weiter im Fortschreiten begriffen ist. Dies äußert sich zurzeit in einer vermehrten Frage nach mageren Schweinen. Während früher das 3-Zentner-Schwein der Standard-Typ der deutschen Viehmärkte war, werden heute am liebsten Tiere gekauft, deren Gewicht über 2½ Zentner nicht hinausgeht. So erleben wir die merkwürdige Tatsache, daß Schweine dieser Klasse — also relativ magere Tiere — höher bewertet werden als die früher höchstbezahlten Vollfettschweine.

Von größter Bedeutung für die künftige Preisentwicklung wird der niedrige Roggenpreis sein, den die Produktenbörsen seit Beginn des laufenden Erntejahres bis in den Februar hinein notierten. Dieser ermöglichte eine verstärkte Mast zu geringen Kosten, was eine erhöhte Einstellung von Masttieren zur Folge hatte. Die Auswirkung dürfte sich unter Umständen schon bald, bestimmt aber im Laufe des Jahres, bemerkbar machen. Und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß das vermehrte Angebot einen spürbaren Druck auf die Preislage der Schweinemärkte ausüben wird.

Zum Zwecke einer solchen Preissenkung bedarf es also keineswegs noch stärkerer Importe vom Auslande. Im Gegenteil, diese können leicht unerwünschte Folgen zeitigen. Wird durch eine unnötig starke Einfuhr der Preisdruck gar zu stark, so kann sehr wohl dem Landwirt die Mästung wieder unrentabel erscheinen, was zu verminderter Mast und demnach zu geringeren Angeboten und neuen Preissteigerungen in einer späteren Zeit führen müßte. Im übrigen bleibt das Einfuhrgeschäft noch weiter irregulär. Die Sperrung der deutschen Grenzen gegen Polen hatte zur Folge, daß die polnischen Exporteure sich in Wien Absatz für ihre Ware suchten. Dort verdrängte das polnische Schwein seinen ungarischen Wettbewerber. So kommt es, daß wir allwöchentlich ziemlich beträchtliche Zufuhren an ungarischen Schweinen auf den deutschen Märkten zu verzeichnen haben. Allerdings sind diese für den Geschmack der deutschen Verbraucher zu alt; sie finden daher als Frischfleisch nur wenig Verwendung und wand

Die Kathedrale von Reims.

Paris, 17. April. Die linksstehende halb satirische, halb ernsthafte Zeitschrift „Le Carnet de la Semaine" macht aufmerksam auf eine Stelle in dem Roman Sabordage des Schriftstellers Albert Touchard. Dieser spricht von der Beschießung von Reims und seiner Kathedrale, einem Vorwurf, der in den bittersten Ausdrücken und oft mit ehrlicher Ueberzeugung hier immer wieder gegen uns erhoben wird. Albert Touchard ist in in der neuern französischen Literatur anerkannter Schriftsteller; er hat u. a. den großen Balzacpreis bekommen. Was aber in diesem Falle wichtiger ist: er kennt Deutschland auf Grund einer längeren Studienreise, ist der Sohn eines bekannten französischen Admirals und konservativen Politikers und hat als ehemaliger Seeoffizier bei den Kämpfen um Reims eine Batterie Marineartillerie befehligt. Er schreibt:

Du lieber Gott! Hat man uns endlich genügend gefoppt mit dieser Kathedrale von Reims und dieser Märtyrerstadt. . . . Aber, meine lieben verdutzten und entzückenden Franzosen, wenn ihr eure königliche Stadt nicht zugrunde richten lassen wollt, warum habt ihr sie denn mit Batterien gespickt? Schaut doch einmal: auf diesem Hügel, 300 Meter von Saint Rémy, 900 Meter von der Kathedrale — man muß immerhin mit der Streuung rechnen — da steht ein weittragendes Marinegeschütz aufgerichtet, das erkundet ist, durch eine Gegenbatterie bekämpft wird und auch getroffen ist, aber immer weiter schießt, mitten in dem Stadtteil, der dadurch zugrunde gerichtet wird. . . . Dort selbst aber auf dem ganzen Augang des Hügels ist alles voll von Kanonen und Kasematten, ganz abgesehen von den Batterien, die längs des ganzen Kanals eingebaut sind.

Diese Bemerkung steht auf Seite 29 des Romans, und das Carnet de la Semaine macht dazu folgende Bemerkung:

Die Deutschen haben mit andern Worten gesagt, nicht auf die Kathedrale von Reims geschossen, sondern auf die Artillerieparks, mit denen sie unser kluger Generalstab umgeben hat. Die Kathedrale ist das Opfer der Kriegsbarbarei geworden, denn, wie das André Lornet in seinem Buch „Deutsche Barbarei" zeigt, gibt es weder eine deutsche noch eine französische Barbarei, sondern ausschließlich eine allgemeine Kriegsbarbarei. Man muß Albert Touchard danken und ihn dazu beglückwünschen, daß er die historische Wahrheit festgestellt hat. Nur so wird man die Haßgefühle unter den Völkern auslöschen können.

Jeder anständige Europäer wird sich diesen Worten der französischen Zeitschrift anschließen können.

Invalidenversicherung.

Die beteiligten Kreise werden nochmals darauf hingewiesen, daß durch Reichsgesetz vom 28. 7. 1925 mit rückwirkender Kraft folgende Lohnklassen und Beiträge eingeführt worden sind:

Lohnkl. 1 bei einem wöchentl. Arbeitsverdienst bis zu 6 RM, Wochenbeitrag 25 ₰,
Lohnkl. 2 bei einem wöchentl. Arbeitsverdienst bis zu 12 RM, Wochenbeitrag 50 ₰,
Lohnkl. 3 bei einem wöchentl. Arbeitsverdienst bis zu 18 RM, Wochenbeitrag 70 ₰,
Lohnkl. 4 bei einem wöchentl. Arbeitsverdienst bis zu 24 RM, Wochenbeitrag 100 ₰,
Lohnkl. 5 bei einem wöchentl. Arbeitsverdienst bis zu 30 RM, Wochenbeitrag 120 ₰,
Lohnkl. 6 bei einem wöchentl. Arbeitsverdienst von mehr als 30 RM, Wochenbeitrag 140 ₰.

Es scheint ferner immer noch nicht allgemein bekannt zu sein, daß die Altersgrenze von 16 Jahren schon seit dem 1. 1. 1923 weggefallen ist. So sind z. B. für Lehrlinge schon vom Beginne der Lehrzeit an Invalidenversicherungsmarken zu verwenden wenn ihnen vom Lehrherrn eine bare Vergütung in gewisser Höhe gezahlt wird, sei es neben Gewährung von Kost und Wohnung, sei es ohne diese. In letzterem Falle wird die Vergütung meistens als Kostgeld oder dergl. bezeichnet, diese Bezeichnung ist aber für die Frage der Versicherungspflicht ohne Bedeutung. Als Grenze für den Eintritt der Versicherungspflicht gilt bei Gewährung von Kost und Wohnung 1/6, ohne diese Sachbezüge 1/3 des für Jugendliche festgesetzten Ortslohns. Demnach sind, wenn Kost und Wohnung gegeben wird, männliche Lehrlinge bei einer daneben gewährten wöchentl. Barvergütung von mehr als 1,60 RM, weibliche Lehrlinge bei einer daneben gewährten wöchentl. Barvergütung von mehr als 1,20 RM versicherungspflichtig. Wird an Stelle von Kost und Wohnung eine Barentschädigung gewährt, so tritt Versicherungspflicht ein, wenn die gesamte wöchentliche Barvergütung bei männlichen Lehrlingen mehr als 3,20 RM, bei weiblichen Lehrlingen mehr als 2,40 RM beträgt. Dabei ist es belanglos, ob die Barvergütung den Wert der Kost und Wohnung nicht übersteigt oder gar nicht einmal erreicht. Wird nur Kost und Wohnung gegeben, so besteht keine Beitragspflicht zur Invalidenversicherung.

Für Hausgehilfen und landwirtschaftliche Gehilfen erfolgt die Beitragsleistung vielfach nicht in richtiger Höhe. Um das Finden der richtigen Lohnklasse zu erleichtern, seien folgende Zahlen mitgeteilt: Der Wert der vollen Tageskost nebst freier Wohnung ist in Westfalen einheitlich festgesetzt

a) für männliche Versicherte (ausschl. Lehrlinge) auf 1,30 RM tägl.,
b) für weibliche Versicherte (einschl. aller Lehrlinge) auf 1,10 RM tägl.

Danach sind bei Gewährung dieser Sachbezüge zu versichern:

a) Männer (ausschl. Lehrlinge)
bei einem monatl. Barlohn bis zu 12,57 RM in Lohnkl. 2, Wochenbeitrag 50 ₰,
bei einem monatl. Barlohn bis zu 38,57 RM in Lohnkl. 3, Wochenbeitrag 70 ₰,
bei einem monatl. Barlohn bis zu 64,57 RM in Lohnkl. 4, Wochenbeitrag 100 ₰,
bei einem monatl. Barlohn bis zu 90,57 RM in Lohnkl. 5, Wochenbeitrag 120 ₰,
bei einem monatl. Barlohn von mehr als 90,57 RM in Lohnkl. 6, Wochenbeitrag 140 ₰.

b) Frauen (einschl. aller Lehrlinge)
bei einem monatl. Barlohn bis zu 18,63 RM in Lohnkl. 2, Wochenbeitrag 50 ₰,
bei einem monatl. Barlohn bis zu 44,63 RM in Lohnkl. 3, Wochenbeitrag 70 ₰,
bei einem monatl. Barlohn bis zu 70,63 RM in Lohnkl. 4, Wochenbeitrag 100 ₰,
bei einem monatl. Barlohn bis zu 96,63 RM in Lohnkl. 5, Wochenbeitrag 120 ₰,
bei einem monatl. Barlohn von mehr als 96,63 RM in Lohnkl. 6, Wochenbeitrag 140 ₰.

Marken 1. Lohnklasse dürfen also bei Gewährung von Kost und Wohnung in keinem Falle verwendet werden. Auch Lohnklasse 2 wird nur in verhältnismäßig wenigen Fällen genügen.

Zum Barlohn rechnen auch Trinkgelder, Weihnachtsgeschenke und sonstige besondere Vergütungen sowie vom Arbeitgeber übernommene Arbeitnehmerteile an Versicherungsbeiträgen und Lohnsteuerbeträge.

Freiwillige Beiträge sind in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden oder einer höheren Lohnklasse zu entrichten. Für Versicherte ohne eigenes Einkommen oder mit einem Einkommen bis zu 6 RM wöchentlich sind freiwillige Beiträge mindestens in der Lohnklasse 2 zu entrichten.

Westfalen und Nachbarprovinzen.

△ **Schwerte**, 19. April. **Zusammenstoß.** Gestern nachmittag ereignete sich an der Ecke Hohenzollern-Hörderstraße ein folgenschwerer Zusammenstoß. Ein aus der erstgenannten Straße kommender Kraftfahrer mit Beiwagen stieß mit einem die Hörderstraße herunterkommenden Auto zusammen. Beide Fahrzeuge wurden schwer beschädigt und einer der Insassen des Autos derart verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

+ **Wickede** (Ruhr), 19. April. **Unfall.** Im Betriebe der Rheinischen Stahlwerke geriet am Samstag der Schreinerlehrling Heinrich Stroer beim Hobeln eines Holzstückes mit der linken Hand in die Messerwelle der Abrichtmaschine, so daß ihm der 3. und 4. Finger zerfetzt wurden.

X **Hagen**, 19. April. **Hinausschiebung der Verstaatlichung der Polizei.** Nach einer bei der Stadtverwaltung eingegangenen Mitteilung des preußischen Innenministeriums ist mit einer Verstaatlichung der Hagener Polizei im Laufe dieses Rechnungsjahres nicht mehr zu rechnen. Es sollen zunächst die Städte des besetzten Gebietes berücksichtigt werden. Die zur Zeit der Etatsberatung um 300 000 Mark verkürzten Ausgaben für Polizeizwecke müssen in den Etat eingesetzt werden, für deren Deckung die Stadt Hagen zu sorgen hat. — In der Finanzkommission ist die Einführung einer Rundfunksteuer im Hagener Stadtbezirk angeregt worden. Die Verwaltung wurde mit der Beschaffung von Unterlagen für eine derartige Steuer beauftragt.

Münster, 19. April. **Brand aus Unvorsichtigkeit.** Am Donnerstag abend brach in der Altstadt ein Brand aus, der infolge der primitiven Bauart und der gedrängten Lage der Nachbarhäuser leicht größeren Umfang hätte annehmen können. Durch das schnelle Eintreffen und das tatkräftige Eingreifen der Berufs- und der freiwilligen Feuerwehr wurde das Feuer auf seinen Entstehungsherd beschränkt. Als Ursache kommt das unvorsichtige Hantieren eines jungen Mannes mit offenem Licht an einem Motorrad in Frage. Zahlreiche Wäschestücke einer Reinigungsanstalt, Holzvorräte und lebendes Federvieh, Kaninchen, sowie eine wertvolle Taubenzüchterei fielen den Flammen zum Opfer.

)(**Münster**, 19. April. **Herrn Domkapitular Wildermann**, der sich vor einiger Zeit am rechten Fuß ein Leiden zugezogen hatte, wurde am gestrigen Sonntag im kathol. Krankenhaus zu Lörrach bei Basel der Fuß durch den Baseler Chirurgen Prof. Dr. Iselin abgenommen. Der günstige Verlauf der Operation bestätigt die Hoffnung, daß dem Schwerverletzten das Leben erhalten werde.

V **Bentheim**, 20. April. **Bekämpfung des internationalen Verbrechertums.** Zwei höhere Berliner Kriminalbeamte sind nach einer Meldung des „Lok.-Anz." nach hier entsandt worden, wo sie Besprechungen mit holländischen Polizeibeamten über die Bekämpfung der internationalen Taschendiebe in den D-Zügen hatten.

Detmold, 19. April. **Aus dem Fenster gestürzt.** Beim Fensterputzen stürzte eine Hausangestellte aus dem 1. Stock einer Wohnung in der Alleestraße und mußte wegen innerer Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Minden, 19. April. **Ueberfahren.** Auf der Marienstraße ist an einer Kreuzung ein 19jähriges Fräulein Hentschel von hier auf einem Fahrrade mit einem Postauto zusammengestoßen. Die Unglückliche wurde so schwer überfahren, daß der Tod gleich darauf eintrat. Die Schuldfrage muß noch geklärt werden.

Duisburg, 19. April. **Großfeuer** brach Samstag abend kurz nach 8 Uhr im Obergeschoß eines Lagerschuppens der Rohlmannwerke A.-G. in der Pap-

Statt Karten.

Johann Wigger
Klara Wigger
geb. Weißenfels
Vermählte

Gronau i. W. Krey b. Essen
den 20. April 1926

Husten, Atemnot, Verschleimung

Schreibe allen gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von ihrer Qual befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.

Walther Althaus
Hellgansstadt (Eichsfeld) A17

Adreßbuch für den Kreis Ahaus

Nach amtlichen Material hergestellt
Ein Nachschlagewerk für jeden Geschäftsmann

Preis 3.00 Mk.

Zu beziehen durch den Verlag

Gebr. Lensing, Ahaus

Rathenower Brillen
nach ärztlicher Verordnung
kauft man
ohne vorherige Gutachten
bei
Martin Roßkamp
Gronau Fernruf 347.

Schwerhörige!

Endlich Rat und Hilfe.

Ein neuer Sieg der Technik. Die Erfindung eines Ingenieurs, der selbst sehr schwerhörig war, wird praktisch vorgeführt. Kein Mo[illegible]artikel, kein umständlicher Apparat. Ohne elektr. Strom. D. R. P. Notariell beglaubigte Dankschreiben aus allen Kreisen. Jeder kom[illegible] seinem Interesse selbst. Unsere Vertretung befindet sich am Dienstag, den 20. April in Gronau, im Hotel zur Post. Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr abends.

Hörkapsel G. m. b. H., Breslau Nr. 10.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, h[illegible] Nacht 1½ Uhr meine innigstgeliebte Frau, meine treusorgende Mutter, unsere liebe Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Gutsbesitzer Carl Schwieters
Christine geb. Hüsing

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Sie starb nach kurzer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, wohlvorbereitet durch einen frommen Lebenswandel und versehen mit den hl. Sterbesakramenten im 35. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme und ein frommes Gebet für die teure Verstorbene bitten

Die trauernden Angehörigen.

Ammeln b. Ahaus, den 19. April 1926.

Die Beerdigung findet statt am Donners[illegible] den 22. April, morgens 8½ Uhr, gleich darauf das feierliche Seelenamt, wozu freundlichst [illegible]laden wird.



Annahmestellen:
Ahaus, Bahnhofstr. Frau A. L. Gumpert.
Gronau, Poststr., Frl. Maria Wilmsen.
Epe, Aenne Sommer.

Lebewohl
das ärztlich empfohlene Mittel gegen
Hühneraugen
und Hornhaut
Blechdose (8 Pflast.) 75 Pfg.
Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß (2 Bäder) 50 Pfg.
In Drogerien und Apotheken. Sicher zu haben in [illegible] Adler-Drog. Engelbert Hoogen, in Epe: G. Nacke, Med.-Drog., H. Terrahe's Drogerien in: Gronau, Stadtlohn und Vreden.

Empfehle mein
Sägegatter zum Lohnschneiden
Hobelmaschine zum Lohnhobeln
Liefere auf Bestellung
Ia. nordische Fußbodenbretter
in gewünschten Stärken, Längen und Breiten.
⅞ Zoll stark zu M 2.38 per qm.
nordische Latten 1 mal 2 Zoll zu M 0.12 per m.
Fr. H. Hengemühle,
Altstätte Tel. Nr. 19.

Jede angesehene Firma muß Wert auf gut ausgestattete Drucksachen legen. Nicht die billigsten Drucksachen sind die besten. Wir leisten Qualitätsarbeit und verwenden nur gute Papiere. Verlangen Sie Muster und Vertreterbesuch.

Buch- und Kunstdruckerei
Gebr. Lensing
Ahaus i. W.
Fernsprecher Nr. 50

Schulbücher
Schulhefte
hält vorrätig
Gebr. Lensing
Gronau,
Buchhandlung.

Zum Hochzeitstag
Roßkamp
Gronau
Namenstags-
Geburtstags-
Verlobungs-
und
Hochzeits-
Geschenke

Wieder eingetroffen:
schwefels. Ammoniak
Kartoffeldünger: Am. Sup.
Kalkstickstoff
ferner:
Leinmehl
Erdnußmehl
Klee- und Grassamen
in allen Sorten.
Fr. Jungkamp
Ahaus.

Zum Hochzeitstag
Roßkamp
Gronau
Namenstags-
Geburtstags-
Verlobungs-
und
Hochzeits-
Geschenke

Auto-verkehr
Am Mittwoch, den 21. April zum Reyer-Markt
ab Legden 7 Uhr,
ab Ahaus 7½ Uhr bis Gastwirtschaft Feldhues,
ab Fressum 7.20 Uhr bis Kirchplatz,
ab Ottenstein 7½ Uhr,
Fahrpreis M 1.—
Am Donnerstag, den 22. April zum Borkener Markt,
ab Legden 7 Uhr,
ab Ahaus 7¼ Uhr,
ab Wüller 7,20 Uhr.
Fahrpreis M 1.50.

Kath. Gesellenverein
Ahaus
Heute abend 8½ Uhr im Jugendheim:
Versammlung
zu der die Mitglieder frdl. eingeladen sind.
Der Vorstand.

M.-G.-V. Ahaus
Mittwoch, 21., abends 8½ Uhr
Gesangprobe
Schloßhotel Weber.

Anton Degeling
Motor- Fahrrad- und Nähmaschinenhandlung
Ausführung und Verkauf von Elektroartikeln
Reparaturwerkstatt
Heek, Kreis Ahaus

Suche für sofort
jungen
Schneidergehilfen
zur weiteren Ausbildung in Herren- und Damenmoden. Kost u. Logis im Hause.
Josef Benölken,
Heek i. W.
Gronau i. W.

Vertreter
für den Verkauf eines gangbaren Artikels gegen hohe Provision per sofort gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung in Gronau.

Zum Hausputz!
Bohnerwachs, Möbelpolitur, Stahlspäne, Fensterleder, Aufnehmer usw. gut und preiswert.
Terrahe's Med.-Drog.
Stadtlohn, Vreden, Gronau.

Saat- u. Speisekartoffeln
in den besten und gangbarsten Sorten
hat stets preiswert abzugeben
H. Fander, Gronau.
Samengroßhandlung, Schulstraße 32,
Fernruf 211.

Zwei redegewandte
Leute
gutes Auftreten, für den Vertrieb eines gewinnbringenden Artikels gegen hohe Provision per sofort gesucht.
Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung in Ahaus.

Im Monat Mai fallen Sprechstunden aus
Sanitätsrat
Dr. Decking
Augenarzt,
Stadtlohn.

Bis 25 M. täglich nachweislich verdient. Prospekt gratis
Buka-Versand-Abt. 16
Leipzig, Schließfach 34

Aus dem Kreise Ahaus.

Ahaus, 20. April.

:: **M.-G.-V. Ahaus.** Der M.-G.-V. Ahaus hat morgen abend 8,30 Uhr wie üblich seine Generalprobe im Schloßhotel. (Siehe Inserat.)

:: **Die Reichsbahndirektion Münster** beabsichtigt, am Sonntag, den 9. Mai d. J. einen Gesellschaftssonderzug 4. Klasse mit 33⅓ Proz. Fahrpreisermäßigung von Rheine über Burgsteinfurt, Coesfeld, Dorsten nach Köln-Deutz und Königswinter und zurück zu fahren. Zu dem Zuge soll ein Flügelzug von Gronau bis Coesfeld gefahren werden. Der Plan ist folgender:

Hinfahrt: Gronau ab 5,49 vorm., Ahaus ab 6,10, Coesfeld ab 6,50, Köln-Deutz an 9,38, Königswinter an 10,20 vorm.

Rückfahrt: Königswinter ab 6,50 nachm. Köln-Deutz ab 7,32, Coesfeld an 10,35, Ahaus 11,23, Gronau 11,43.

Bei rechtzeitiger Anmeldung kann der Zug noch auf einigen weiteren Zwischenstationen halten, wenn mindestens 10 Reisende vorhanden sind. Für größere Gesellschaften und Vereine werden bei rechtzeitiger Bestellung ganze Wagen oder Abteile freigehalten.

Zu den Sonderzügen werden Sonderzugfahrkarten 4. Klasse zu folgenden Preisen ausgegeben:

Nach Königswinter von Ahaus 8,20 *M*, nach Coesfeld 7,40 *M*, nach Köln-Deutz von Ahaus 6,60 *M*, nach Coesfeld 5,90 *M*.

Gleichzeitig mit den Fahrkarten sind Zusatzkarten zum Preise von 3,30 *M* erhältlich.

Gegen Lösung dieser Zusatzkarten wird jedem Teilnehmer in Königswinter geboten.

Führung durch die Stadt zum Rheine, 1½—2stündige Motorbootfahrt auf dem Rhein nach Rolandseck (kurze Besichtigung des Rolandsbogens) weiter um die Insel Nonnenwerth und Grafenwerth vorbei an Höndorf und am Fuße des Siebengebirges, zurück nach Königswinter. Daselbst gegen 1 Uhr gutes und reichliches Mittagessen. Nach dem Mittagessen Führung über die Drachenburg, den Drachenfels, (Aufenthalt), Wolkenburg zurück auf angenehmen und aussichtsreichen Wegen nach Königswinter. Teilnehmer, die mit der Zahnradbahn zum Drachenfels fahren wollen, oder einen anderen Ausflug machen wollen, können sich im Zuge melden. Die Rückkehr nach Königswinter wird so früh gelegt, daß noch genügend Zeit zur Einnahme eines Abendbrotes übrig bleibt.

Ein Zwang zur Lösung der Zusatzkarte besteht nicht. Gelegenheit zum Besuche des Gottesdienstes ist in Königswinter für Kathliken um 11 Uhr, für Protestanten 10,30 Uhr.

Unverbindliche Bestellungen auf Fahrkarten werden schon jetzt von den Fahrkartenausgaben angenommen. Mit der Ausgabe der Fahrkarten wird am 1. Mai begonnen.

(Anm. d. Red. Es ist sehr erfreulich, daß sich auch die hiesige Bahnverwaltung für diese Vergünstigung im Sonntagsverkehr einsetzt. So bietet sich der Bevölkerung von Ahaus und Umgegend Gelegenheit, in einem Tage billig eine Rheintour zu unternehmen. Hoffentlich erkennt man diesen Vorteil und und nutzt ihn wirklich aus.)

★

:: **Stadtlohn**, 18. April. **Freiwillige Feuerwehr.** Die freiw. Feuerwehr hielt am Donnerstag ihre fällige Monatsversammlung ab. In liebenswürdiger Weise hatte sich die Stadtlohner Musikkapelle für den Abend kostenlos zur Verfügung gestellt. Nach der Uebung zog die Wehr unter Vorantritt der Kapelle mit einem flotten Marsche zum Vereinslokale. Nach Erledigung der Tagesordnung blieb die Wehr noch einige Stunden zusammen, wobei abwechselnd die flott vorgetragenen Weisen der Musikkapelle und humoristische Vorträge von Kameraden für Stimmung sorgten. Bemerkt sei noch, daß die Anzahl der benötigten Mitglieder beinahe erreicht ist, sodaß in aller Kürze die Liste geschlossen wird.

:-: **Stadtlohn**, 19. April. **Kriegerverein.** Gestern hielt im seinem Vereinslokale Frechen der Kriegerverein eine Generalversammlung ab. Die Versammlung war mäßig besucht und die einzelnen Punkte fanden schnelle Erledigung. Beschlossen wurde unter anderem, an zwei Sonntagen im Mai eine Schießen auf dem neuen Schießstande zu veranstalten. Ferner beteiligt sich der Verein geschlossen an der demnächst stattfindenden Denkmalseinweihung der Gemeinde Wessendorf. Die Beschlußfassung über die Beteiligung an dem Kreiskriegerverbandsfest in Schöppingen wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Viel Beifall fand auch ein kleiner Vortrag den der greise Veteran Albers über seine Kriegserlebnisse im Jahre 70-71 hielt. Wir wollen hoffen, daß bei der nächsten Versammlung der Verein vollständig zur Stelle ist, zumal in dieser die Neuwahl des Vorstandes stattfindet.

Legden, 20. April. **Spiel- und Sportverein 1911 D. J. K.** Die 1. Altersmannschaft, die heute das fällige Meisterschaftsspiel gegen die gleiche Mannschaft D. J. K. Velen in Legden austragen müßte, war durch verschied. Umstände gezwungen, den Velenern die Punkte kampflos zu überlassen. Die 1. Jugend, die nach Darfeld mußte, um dort gegen die gleiche Jugendmannschaft zu spielen, mußte ebenfalls den Gegnern die Punkte ohne Kampf abtreten. Die kleinen Legdener hätten ihren Gegnern die wichtigen Punkte nicht überlassen, wenn sie nicht durch Krankheit ihrer besten Spieler gehindert gewesen wären, die Fahrt nach Darfeld anzutreten. Am nächsten Sonntag wird anläßlich des Gau-Waldlaufes in Dülmen der Sportbetrieb im Bezirke ruhen. Die für den heutigen Sonntag angesetzten Spiele waren die letzten der Spielsaison 1925/1926. Die Hauptarbeit des Vereins wird jetzt Leichtathletik sein. Hoffentlich werden die Legdener in diesem Jahre wieder so schöne Siege nach Hause bringen, wie sie es in den letzten Jahren getan haben.

× **Epe**, 19. April. **Familienfeier.** Zum ersten Male veranstaltete gestern im Nackeschen Saale der hiesige Eisenbahnerverein eine Familienfeier. Zahlreich hatten sich die Mitglieder eingefunden und bald herrschte eine äußerst gemütliche Stimmung. Für die Damen war der Kaffeetisch gedeckt. Ein fideles Tanzkränzchen beschloß die schön verlaufene Feier.

÷ **Epe**, 19. April. **Arbeiterverein.** Die zweite Aufführung des Dramas „Der Teufelsschmied von Wien" seitens der Theaterabteilung des Arbeitervereins hat wiederum bewiesen, daß die Abteilung über gute Kräfte verfügt. Leider hätte der Besuch des schönen Stückes besser sein können.

Epe, 20. April. **Musikleben in Epe.** Das Musikleben in Epe hat sich in der letzten Zeit mächtig entwickelt. Ist doch Epe in der glücklichen Lage, zwei Gesangvereine sein eigen nennen zu können. Es sind dies der „Männergesangverein Epe" und der Pfarrcäcilienverein. Beide Vereine, der Männergesangverein unter Leitung des Herrn Lehrers Ameis, und der Cäcilienverein unter der Leitung des Herrn Lehrers Drees, leisten Vorzügliches, wovon die an den Ostertagen vom Cäcilienverein vorgetragene Messe für gemischten Chor, und die vom Männergesangverein veranstalteten Konzerte das beste Zeugnis geben. Außer diesen beiden Vereinen besteht dann noch die Kriegervereinskapelle und der Mandolinenklub. Die Kriegervereinskapelle hat ihr Können bereits soweit gefördert, daß sie sich fast mit jeder Musikkapelle aus der Nachbarschaft messen kann. Der jüngste von den angeführten Vereinen ist der Mandolinenklub „Froh und frei". Er besteht erst kaum ein Jahr, und begeht am 9. Mai d. Js. sein erstes Stiftungsfest, zu dem zahlreiche Vereine, etwa 10 an der Zahl, aus den Nachbarorten hier erscheinen werden. Nach einem nachmittags um 3 Uhr veranstalteten Festzuge durch den Ort findet im Saale des Herrn Meyer ein Konzert statt unter Mitwirkung der auswärtigen Vereine. Der Besuch des Konzertes kann nur jedem empfohlen werden, gilt es doch, einem neuen und bis jetzt noch kleinem Unternehmen zum Aufstieg und zur Blüte zu verhelfen.

★

Gronau.

Gronau, 20. April. **Vereitelter Einbruchsdiebstahl.** Am Samstag in später Abendstunde versuchten drei Männer in dem Kolonialwarengeschäft Veld an der Herzogstraße einen Einbruch zu verüben. Die Hausbewohner waren zu der fraglichen Stunde abwesend, worüber die Einbrecher wohl unterrichtet gewesen sein müssen. Die Täter wurden bei der Heimkehr des Hausfohnes verscheucht und entkamen. Waren wurden nicht vermißt.

Gronau, 20. April. **Unfall.** Einen Unfall erlitt der Knecht A. des Landwirts Terbenge im Buterland. Die vor einen Jauchewagen gespannten Pferde gingen durch; A. stürzte dabei vom Wagen, die Räder gingen ihm über den Kopf und Hals. Die erlittene nicht unerhebliche Verletzung machte ärztliche Hilfe notwendig.

Gronau, 20. April. **Sonntagskarten auch Montags gültig.** Die Sonntagsrückfahrkarten, mit denen bisher die Rückreise am Sonntag abend bis spätestens 12 Uhr angetreten sein mußte, gelten von Sonntag, den 25. April ab, versuchsweise auch noch am Montag oder am Tage nach den Festtagen zur Rückfahrt mit der Einschränkung, daß die Rückfahrt am Montag vormittag bis spätestens 9 Uhr angetreten sein muß, und dann nicht mehr unterbrochen werden darf.

× **Gronau**, 19. April. **Ausstellung hessischer Töpferkunst in der Tonhalle.** Ab Montag, den 19. April, mittags 1 Uhr bis einschl. Freitag, den 23. April, abends 7 Uhr, tagt in der Tonhalle eine karamische Kunstschau, das ist eine Ausstellung althessischer Töpferkunst. Im Hessenland war die Töpferkunst schon in uralten Zeiten heimisch; nur einige Musterwerkstätten haben sich jedoch bis in die neue Zeit erhalten köönnen. Bei der hessischen Töpferkunst handelt es sich so ziemlich um die einzige und letzte vom Industrialismus und von der Maschine noch unberührt gebliebene volkstümliche Kunstübung in Deutschland. Es ist ein letzter Rest volkstümlichen Könnens und Fleißes. Diese alte Handwerks- und Heimatkunst zu fördern ist der Zweck der Ausstellung, die in vielen Orten von Kunstgewerblern glänzend begutachtet worden ist. So sagt Prof. Meyer, Bünde, die Ausstellungsgegenstände waren unbedingt als künstlerisch hochstehend zu bezeichnen, wie sie anderseits auch als kulturell bedeutsam anzusprechen sind, da die getätigte Werbearbeit durchaus geeignet ist, dieser uralten Volkskunst mit rühmlicher Tradition neue Freunde zuzuführen, sowie das Interesse an handwerklichen Erzeugnissen zu fördern. Kunstmaler Koch-Osnabrück schreibt: Den Besuch dieser Ausstellung kann man mit gutem Gewissen empfehlen. Es wird dadurch die Achtung vor unserer bodenständigen Heimat- und Volkskunst gehoben und der Kauf solcher Kunstgegenstände ermutigt die Hersteller, das Echte und Gute in der Kunst zu pflegen. — Diese Auszüge mögen genügen, zu zeigen, daß die Ausstellung althessischer Töpferkunst auf hoher Kunststufe steht. Wir können den Besuch derselben, besonders auch, da alles Ausgestellte erläutert wird, nur empfehlen. Freunde alter Heimatkunst werden ihre Freude an den vielen Kunstwerken haben. Näheres siehe auch Anzeige.

= **Gronau**, 19. April. **Elektrizitätsdiebstahl.** Wiederholt wurden vom Schöffengericht in Münster Personen verurteilt, die elektrische Kraft unterUmgehung des Zählers verbrauchten. Jetzt hatte sich der Monteur St. deshalb zu verantworten. Der Angeklagte hatte vor dem Zähler den Strom abgeleitet und zu allerlei Arbeiten benutzt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 1 Monat. Das Gericht ließ es jedoch mit einer Geldstrafe von 150 *M* genug sein.

Aus dem Münsterlande.

:: **Münster**, 19. April. **Ueber das Befinden des Domkapitulars Wildermann** erfahren wir, daß sich leider die Abnahme des erkrankten rechten Fußes notwendig erwiesen hat. Die Amputation ist am Samstag im katholischen Krankenhause zu Lörrach bei Basel durch den Baseler Chirurgen Prof. Dr. Iselin vorgenommen worden. Der günstige Verlauf der Operation bestätigt die Hoffnung, daß dem Schwererkrankten das Leben erhalten werde.

▲ **Münster**, 19. April. **Betrug.** Der Kaufmann H. war von seiner Bielefelder Firma fristlos entlassen worden. Danach zog er unberechtigt noch Geldbeträge in der Höhe von 800 Mark ein. H. wurde deshalb vom Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde bei Zahlung von 100 *M* Buße und Bewährung ausgesetzt.

△ **Nordvelen**, 19. April. **Beamtennötigung.** Der schon 68 Jahre alte Landwirt K. war wegen Widerstandes angeklagt und sollte sich vor dem Amtsgericht in Borken verantworten. K. erschien jedoch nicht, sondern schützte als Hinderungsgrund eine Krankheit vor. Beamte, die den K. vorführen sollten, fanden die Türen versperrt. Erst abends gelang es den Beamten, K. soweit zu bringen, daß er ihnen folgte. Nun widersetzten sich aber K's Ehefrau, und ein Pächter Ke., die sich vor dem Schöffengericht in Münster nun wegen Beamtennötigung verantworten mußten. Die Eheleute K. waren vom Erscheinen wegen großer Entfernung — K. ist nach Baden verzogen — entbunden. Sie wurden in Abwesenheit verurteilt: Der Ehemann zu 3 Monaten Gefängnis, die Ehefrau zu 1000 Mark Geldstrafe und Ke. zu 100 Mark Geldstrafe.

)!(**Emsdetten**, 19. April. **Tarifbruch im Baugewerbe.** Der Bauunternehmer E. legte am Freitag seinen sämtlichen Bauarbeitern einen Revers vor, laut dessen sich diese verpflichten sollten, zu einem Stundenlohn zu arbeiten, der 27 Pfg. je Stunde unter dem Tariflohn liegt. Dieses Ansinnen wurde von sämtlichen Bauarbeitern einmütig zurückverwiesen, worauf alle Leute entlassen wurden. Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter beschäftigte sich am Sonntag in einer außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung mit diesem Vorkommnis und beschloß einstimmig die Sperre über dieses Geschäft zu verhängen. Gleichzeitig behält sich die Organisation die sich aus diesem Vertragsbruch ergebenden Schadenersatzforderungen vor. Es ist zu bemerken, daß die Firma Mitglied des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ist und infolgedessen rechtlich verpflichtet ist, die geltenden Tariflöhne zu zahlen.

:?: **Meppen** (Ems), 19. April. **Ein Moorbrand** brach am Sonnabend vormittag am Westufer des Süd-Nordkanals zwischen Rühlertwist und Schöninghsdorf aus. Er fand infolge der durch das worme, trockene Wetter der letzten Wochen erzeugten Dürre reichliche Nahrung und vernichtete zahlreiche Torfstapel der einer holländischen Firma gehörigen „Oldenburger Torfproduktenwerke". Zur Bekämpfung des Feuers, dessen Entstehen auf das nachlässige Hantieren eines Rauchers zurückgeführt wird, ist auf Veranlassung des hiesigen Landratsamtes ein größeres Aufgebot von Einwohnern der Gemeinde Rühlertwist abgegangen.

Zur Milchversorgung.

Auf eine Rundfrage des Deutschen Städtetages vom 30. Sept. 1925, die bei den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern über die Regelung der Milchbewirtschaftung und in die Kontrolle der Milch veranstaltet worden ist, sind Antworten aus folgenden 44 Städten eingegangen:

Aachen, Altona, Augsburg, Barmen, Berlin, Bochum, Braunschweig, Bremen, Cassel, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Essen, Frankfurt a. M., Gelsenkirchen, Halle, Hamborn, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Ludwigshafen a. Rh., Lübeck, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Mülheim-Ruhr, München, M.-Gladbach, Münster i. W., Nürnberg, Oberhausen, Plauen i. V., Saarbrücken, Stettin, Stuttgart, Wiesbaden.

1. Zentralisierung der Milcheinfuhr.

Milchhöfe oder Milchzentralen bestehen in 20 Städten, und zwar in

Barmen, Berlin, Bochum, Chemnitz, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Hamborn, Köln, Karlsruhe, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Mülheim-Ruhr, Nürnberg, Oberhausen, Saarbrücken, Stuttgart.

In Karlsruhe besteht eine städtische Milchzentrale neben einem genossenschaftlichen Unternehmen. In Mannheim ist die Milchzentrale in Form einer Aktiengesellschaft gebildet. In den übrigen Städten sind die Milchzentralen Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

2. Konzessionierung des Milchhandels.

Der Milchhandel ist konzessioniert in 35 Städten: Aachen, Altona, Augsburg, Berlin, Bochum, Bremen, Cassel, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Duisburg, Elberfeld, Erfurt, Essen, Frankfurt a. M., Gelsenkirchen, Hamborn, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Köln, Königsberg i. Pr., Leipzig, Ludwigshafen a. Rh., Lübeck, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Mülheim-Ruhr, München, Nürnberg, Oberhausen, Plauen, Stuttgart.

Von einer Konzessionierung des Milchhandels ist abgesehen worden in

Barmen, Braunschweig, Düsseldorf, Halle, M.-Gladbach, Münster, Saarbrücken, Stettin, Wiesbaden.

3. Milchproben.

Bei der Untersuchung der Frage, in welchem Umfange die Vornahme von Milchproben zu Beanstandungen geführt hat, ist zu unterscheiden zwischen den Städten, in denen eine Vorprüfung mit dem Laktodensimeter vorgenommen wird und in denen dann bei der Einfuhr der Milch in die Stadt bezw. im Kleinhandel die Milchkontrolle durchgeführt wird, und in solchen Städten, in denen ohne eine derartige Vorprüfung Proben bei Einfuhr der Milch in die Stadt entnommen werden.

1. In den Städten, in denen eine Vorprüfung stattfindet, sind von hundert durch das Untersuchungsamt vorgenommenen Proben — insbesondere wegen Abrahmung, Wässerung oder Schmutzgehalt — beanstandet in:

	1924	1925 1. Halbjahr
Bochum	9,0	12,2
Bremen	27,8	32,2
Dortmund	5,0	3,0
Elberfeld	3,43	2,26
Essen	16,8	6,8
Hamburg	18,36	10,63
Hannover	30,0	30,0
Karlsruhe	25.6	?
Kiel	19,3	11,4
Köln	20,0	12,0
Lübeck	6,6	14,6
Mainz	6,2	7,5
Mannheim	4,1	7,83
Mülheim	9,2	10,7
München	9,5	9,4
Nürnberg	5,5	2,3
Oberhausen	10,15	10,87
Wiesbaden	30,5	29,67

2. In den Städten, in denen ohne Vorprüfung die Milchproben dem Untersuchungsamt eingeliefert werden, wurden von hundert durch das Untersuchungsamt vorgenommenen Proben beanstandet:

	1924	1925 1. Halbjahr
Braunschweig	14,8	13,9
Cassel	19,7	12,8
Chemnitz	26,0	28,0
Dresden	28,6	14,9
Duisburg	5,95	9,3
Düsseldorf	5,0	2,9
Erfurt	10,0	7,0
Gelsenkirchen	19,78	15,98
Leipzig	26,67	21,84
Ludwigshafen	7,2	8,3
Magdeburg	7,2	4,4
M.-Gladbach	8,2	11,2
Plauen	23,9	23,1
Saarbrücken	21,3	15,0
Stettin	9,9	15,7
Stuttgart	20,0	28,0

Aus den beiden obigen Zusammenstellungen ergibt sich, daß die Annahme, es würden sich bei den nach Vorprüfung untersuchten Proben durchweg höhere Beanstandungszahlen ergeben als bei den ohne Vorprüfung untersuchten Proben, nicht zutreffend ist. Dies ist wohl daraus zu erklären, daß bei einem Teil der zuerst aufgeführten Städte ein gemischtes Verfahren besteht, indem Vorprüfungen nicht immer stattfinden, ferner daraus, daß die Anforderungen, die an die Beschaffenheit der Milch gestellt werden, nicht immer die gleichen sind, und sodann daraus, daß die Erheber der Proben bald eine größere, bald eine geringere Erfahrung in der Beurteilung der Milch aufweisen, ersterenfalls also die verdächtige Milch leichter herausfinden.

Schließlich spricht wohl noch mit, daß auch bei den wahllos erhobenen Proben unbewußt eine Auswahl statifindet, indem diejenigen Milchverkäufer öfters kontrolliert werden, die der Milchbehörde als unzuverlässig bekannt sind.

Jedenfalls ergibt sich aus den Zusammenstellungen, daß das für unsere Kinder und Kranken unentbehrliche Nahrungsmittel zum Teil in bedauerlich großem Umfange verfälscht wird.

3. In den Städten, in denen die Milch ganz oder größtenteils durch einen Milchhof (Milchzentrale) geht, wurden von hundert im Kleinhandel erhobenen Proben beanstandet:

	1924	1925 1. Halbjahr.
Dortmund	2,4	2,2
Bochum	0,5	0,2
Mannheim	0,7	0,3
Nürnberg	0,4	0,9

Stuttgart berichtet: Bei den Proben aus Verkaufsläden und beim Straßenhandel gab es hinsichtlich Verfälschungen und Verschmutzung nur ganz geringe Anstände.

Hieraus ergibt sich, daß in den Städten, in denen die Milch durch einen Milchhof (Milchzentrale) geht, die Fälschungen im Kleinhandel nahezu verschwinden, so daß die Bevölkerung eine gleichmäßig gute Milch erhält. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß die Milchhöfe bereits ihren Lieferanten gegenüber auf Lieferung einwandfreier Milch bedacht sind und die zu beanstandende Milch von der Verwendung als Trinkmilch ausscheiden, sowie darauf, daß die örtlichen Behörden in diesen Städten die Milchkontrolle leichter durchführen können.

Die Schaffung eines Reichsmilchgesetzes ist nach dem Ergebnis dieser Feststellungen ein Gebot der Stunde.

Aus aller Welt.

Fünf Selbstmorde und 7 Selbstmordversuche.

⊠ **Berlin**, 18. April. Mit 5 Selbstmorden und 7 Selbstmordversuchen hat der gestrige Sonntag für Berlin einen traurigen und erschütternden Rekord gebracht. Die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche hat eine Häufung erfahren, die bei Beginn des Frühlings in jedem Jahre festzustellen ist. Der gestrige Sonntag aber hat diese Selbstmordkurve weit über das Maß der bisherigen Jahre anschwellen lassen.

Familientragödie.

Berlin, 18. April. Einer Korrespondenzmeldung zufolge versuchte in Berlin die 31 Jahre alte Ehefrau eines Fahrstuhlführers aus bisher noch nicht festgestelltem Grunde ihren 43 Jahre alten Ehemann mit einem Beil zu erschlagen. Sie brachte ihm schwere Kopfverletzungen bei, die seine Ueberführung nach dem Krankenhause nötig machten. Die Frau selbst erlitt nach der Tat einen Nervenchok, durch den sie die Besinnung verlor. Sie wurde von der Polizei als Polizeigefangene ins Krankenhaus überführt.

Auf der Flucht von einem Polizisten erschossen.

=:= **Berlin**, 18. April. In der Nacht zum Sonntag wurden drei junge Leute im Kleinen Tiergarten von 8 jungen Burschen angefallen und mißhandelt. Die Ueberfallenen meldeten den Vorfall einer Polizeistreife, die die Verfolgung aufnahm. Als diese der Aufforderung, stehen zu bleiben, nicht Folge leisteten, gab ein Polizeibeamter einen Schuß ab, durch den ein 19jähriger Arbeiter getötet wurde.

Mit 120 Kilometern.

Eisenach, 18. April. Gegenwärtig finden im Bezirk der Eisenbahndirektion Erfurt, insbesondere auf der Thüringer Hauptstrecke Eisenach—Erfurt, Versuchsfahrten des Eisenbahnzentralamtes Berlin statt um eine schwere Einheits-Schnellzugs-Lokomotive zur Erhöhuug der Geschwindigkeiten auf 100 bis 120 Kilometer je Stunde auszuprobieren. Die gegenwärtigen Zuglasten betragen 7—800 Tonnen, die bisher von keiner Lokomotivgattung so schnell befördert werden konnten. Die bisherigen Versuche waren einwandfrei.

Deutschlands größter Volksschüler.

Jena, 18. April. Den Ruhm, der größte Volksschüler Deutschlands zu sein, nimmt der 14½ Jahre alte Schüler Hellmut Boot in Jena für sich in Anspruch. Der Junge mißt 1,87 Meter. Damit überragt er seinen Vater um 7 Zentimeter. „In Sachen des Vaters" kann der Sohn demnach nicht mehr erscheinen.

Spiel - Sport.

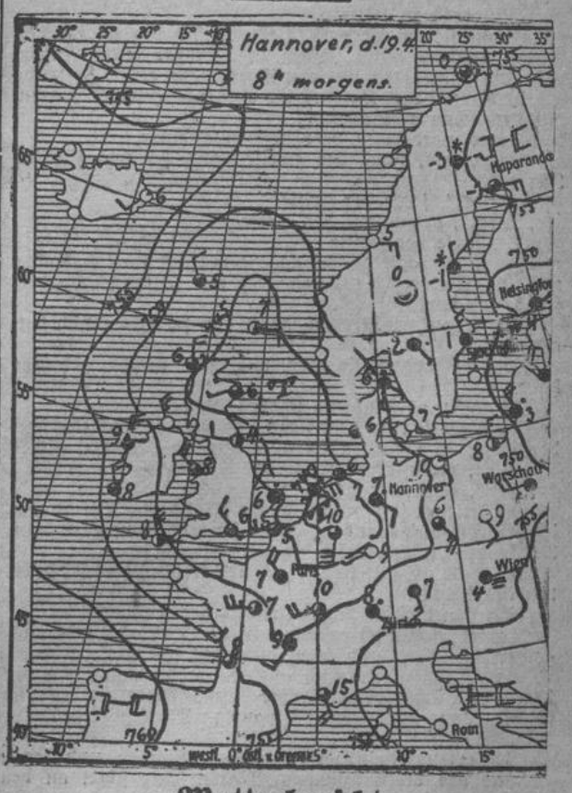
Motor- und Radfahrklub „Schwalbe" 22 Ahaus.

Am Freitag versammelten sich die Anhänger des Bundes deutscher Radfahrer (B. D. R.) Ortsgruppe Ahaus zu einer dringenden Monatsversammlung. Bei der Eröffnung betonte der Vorsitzende die Notwendigkeit noch intensiverer Arbeit der Vereinsmitglieder, wenn der Radsport in Ahaus, der an höherer Stelle in hohem Ansehen stände, weitere Erfolge zeitigen sollte. So wurde beschlossen, die Leitung des Festes, den Empfang der Delegierten usw. den Händen eines 5 er-Ausschusses zu übertragen. Die gewählten Herren rechtfertigten am Sonntag auch das in sie durch einstimmige Wahl gesetzte Vertrauen durch glatte Abwickelung des gesamten Festprogramms. Die ermahnenden Worte der Vereinsleiter verfehlten auch nicht ihre Wirkung, die sich in dem Start von ca. 40 Fahrern beim gestrigen Mannschaftsfahren äußerte. Bei gutem, etwas windigem Wetter wurden unter großer Anteilnahme des Publikums die Rennfahrer in Abständen von 1 Minute je Paar auf die ca. 35 km lange Strecke Ahaus — Graes Epe — Nienborg — Ahaus geschickt. Bei dem überaus scharfen Anfangstempo (Rückenwind) kam es bedauerlicherweise zu mehreren Stürzen, die durch Mitfahren nichtteilnahmeberechtigter, fremder Fahrer verursacht waren, doch zu keinen schweren Verletzungen führten. Ueber Erwarten schnell durchfuhren die ersten Mannschaften das Ziel am Kriegerdenkmal. Die schnellste Zeit des Rennens fuhr eine der außer der Konkurrenz fahrenden, eingeladenen Gronauer Rennmannschaften, doch läßt die fast ebenso schnelle Zeit der besten Ahauser Paare auf einen sehr hohen Stand des Radsports im R. C. „Schwalbe" schließen. Hervorzuheben ist noch, daß der Benjamin des Vereins — 15 Jahre alt und 65 Pfd. schwer — in 1½ Stunden die für sein Alter gewiß sehr lange Strecke in der guten Zeit von 1½ Stunden zurücklegte. Wir bemerken noch — und dies ist bei den gestrigen Stürzen wohl angebracht — daß der Sanitätsdienst bei derartigen sportlichen Veranstaltungen aufs straffste organisiert sein muß. Verletzte und Gestürzte dürfen nicht stundenlang auf die ihnen zustehende Hilfe warten. Nachstehend die Ergebnisse des Rennens:

Mannschaftsfahren:
1. Preis: Bienhüls — H. Busen, 58 Min.,
2. Preis: J. Busen — Heuker,
3. Preis: H. Busen — Hoge,
4. Preis: Büning — Wilmer,
5. Preis: Baumgarten — Röller.

Jugendfahrer: 1. Huntemann — Hoge.

Außer Konkurrenz:
Einzelfahrer: 1. Preis: Kinds.
Mannschafsfahren:
1. Walter — Ruhne 55 Min.,
2. Peddekau — Peddekau,
3. Kreps — Kunkel,
4. Koffe — Kallinowski.



Wetterbericht

Essen, 19. April. Der nordwestliche Tiefdruck hat sich südwerts verlagert und an seiner Südseite ein kräftiges Teiltief entwickelt, das heute morgen über Holland und Belgien liegt und uns bereits Trübung und zeitweise Regen bringt. Wir bleiben vorläufig noch im Bereich des Tiefdrucks, werden dabei mehr der Wirkung seiner Rückseite ausgesetzt sein. Vorhersage bis Mittwoch: Zeitweise sonnig bei wechselnder Bewölkung, vereinzelt Niederschläge in Schauern bei kühlen, auffrischenden, südwestlichen bis westlichen Winden.

Welt und Wissen

An den Ufern des Nils.

Memphis. — Das Gräberfeld von Sakkara. — Die Pyramiden.

Von Anton Lübke.

Eine Tagesreise erfordert der Besuch des alten Memphis und des Gräberfeldes von Sakkara. Wechselvoll ist die Szenerie, die sich dem Blick bietet, wenn man die Bahn von Kairo aus benützt. Jenseits des Stadtviertels Bulak von Kairo überquert die Bahn den Nil. Nilbarken mit ihren charakteristischen langen Segelstangen schaukeln am Uferrande oder treiben auf dem träge dahinfließenden Wasser. Altkairo mit der es von Neukairo unterscheidenden alten arabischen Bauweise, die Pyramiden von Gizeh, dem langen Rücken des Mokattamgebirges, das die Steine zu den Pyramiden und den Bauten von Kairo lieferte, der Höhenrand der lybischen Wüste, schöne Palmenwälder, dazwischen oft ein graues Nilschlammdorf, wo Esel und Kamele weiden und schmutzige Fellachen ihre Tagesfron verrichten, sind interessante Berührungspunkte auf dem Wege nach Bedraschen, das der Reisende verläßt, wenn er Memphis und Sakkara besucht.

An dem kleinen unscheinbaren Bahnhofe warten Reittiere. Beduinen überfallen einen wie Mückenschwärme, was man allmählich gewöhnt ist. Man kauft in dem kleinen Dorfe in einem kleinen schmutzigen Laden Mineralwasser für den Tagesritt und versorgt sich mit Kerzen für den Besuch der unterirdischen Grabkammern. Die Sonne brannte heiß auf die Landschaft Sie war jedoch gnädiger, wie die lästigen braunen Kerle, die einem alle möglichen Dienste anboten. Einer wollte mir sogar die Schuhe putzen für den Wüstenritt Ein anderer machte mich darauf aufmerksam, daß sein Pferd stärker sei, wie das was ich gemietet hatte. Endlich war das Ende des Dorfes Bedraschen erreicht. Ich befand mich inmitten eines herrlichen Palmenwaldes. Große Schutthügel, Reste von Ziegelmauern, Spuren von ehemaligen Straßenfluchten ließen jetzt erkennen, daß man sich an der Stelle einer ehemaligen menschlichen Siedlung befindet.

Das alte Memphis, eine der volkreichsten Metropolen der Antike, berührt der Fuß. Wenig zeugt mehr von der alten Pracht dieser alten Stadt. Nicht wie Rom aus hartem Marmor war diese Stadt gebaut. Luftgetrocknete Ziegel fanden Verwendung zum Bau der Häuser und nur Tempel wurden aus hartem Material erbaut. Bis in die Anfänge der historischen Zeit reicht die Geschichte dieser untergegangenen Stadt zurück. Nach der Ueberlieferung gründete der erste geschichtliche Herrscher Menes auf einem dem Nilsumpfe abgewonnenen Stück Land die „Weiße Mauer", eine Festung, durch die er die unterjochten Unterägypter beherrschen wollte. Schnell blühte die Stadt empor. In der 8. Dynastie residierte in einem neuen Stadtteile König Cheops I., nach dem die Stadt „Es bleibt die Schönheit des Cheops„ auch genannt wurde. Die große Blüte der Stadt fällt in die Zeit des alten Reiches, dessen Herrscher hier, in Gizeh oder in Abusir ihre Herrschersitze hatten. Auch als das alte Theben Mittelpunkt des alten Reiches wurde, verlor Memphis nicht an Bedeutung. Kambyses, der erste persische Herrscher, stürmt die Stadt. Auch als Alexandrien am mittelländischen Meere gegründet wurde, verlor Memphis noch nicht an Bedeutung. Auch als Christus geboren wurde, war die Stadt noch eine der volkreichsten Städte, wenn auch seine herrlichen Paläste bereits zerstört waren. Von den Tempeln stand zur Zeit Christi nur noch der Apistempel und der Tempel der Aphrodite. Kaiser Theodosius ließ auch diese Tempel im Jahre 379 n. Chr. vernichten. Nach und nach zerfiel die Stadt, besonders als die mohammedanischen Eroberer ihre Residenz auf das rechte Nilufer verlegten. Kairos Paläste und Moscheen wurden aus den Blöcken der zerfallenen Bauten des alten Memphis erbaut. Noch in späten Jahrhunderten erregten die Trümmer die Bewunderung der Reisenden. Abdellatif berichtet Ende des 12. Jahrhunderts, daß die Fülle der Wunder des alten Memphis den Verstand verwirre und die Beschreibung dieser Stadt selbst dem beredtesten Menschen nicht möglich sei.

Außer den unförmlichen Trümmerhaufen erinnern an die einstmalige Größe und Herrlichkeit nur noch die Kolosse Ramses II, denen man, nachdem man einen üppigen Palmenwald durchschritten hat, beim Dorfe Mit Rahine begegnet. Der Koloß, den man zuerst antrifft, wurde im Jahre 1888 gefunden und hat eine Länge von 8 Meter. Die aus Granit gefertigte Statue liegt auf dem Rücken. Auf Schultern, Brust, Gürtel und Armband stehen die Namen des Königs. Etwas weiter begegnet man einer kleinen Sphinx, die in einer Vertiefung steht, und einige Meter weiter in einer Lehmhütte einem zweiten Koloß, der in seiner künstlerischen Form vortrefflicher gearbeitet ist, wie der erste. Er mißt 13 Meter. Das Gesicht gibt die weichen Züge des Königs sehr gut wieder.

Würden nicht diese kümmerlichen Reste und das gewaltige Gräberfeld, das man überblickt, wenn man die sandige Hochfläche, die an die lybische Wüste grenzt, erstiegen hat, von einer einstmaligen menschlichen ausgedehnten Siedlung zeugen, niemand würde ahnen, daß hier einst die größte Stadt der Welt gestanden hat. Immer wieder wurden zu allen Zeiten von den Byzantinern und Chalifen die Gräber durchwühlt. Ein schauerliches Memento mori tritt einem hier in dieser brennenden Sandwüste entgegen Auf einer weiten Strecke sieht das Auge unzählige braune Tonscherben von Krügen und Tellern. Weiße Beinknochen, Tuchfetzen, mit denen einst die Mumien eingewickelt wurden, Bruchstücke von Sarkophagen, zusammengeballte Mumienknäuel, weißgelbe lockere Sandhügel geben ein eindrucksvolles Bild der Vergänglichkeit. Ganz in der Nähe befinden sich die Ruinen des Klosters des hl. Jeremias, das im 5. Jahrhundert nach Chr. gegründet und im Jahre 960 von den Arabern zerstört wurde. Die Säulen der beiden zerstörten Kirchen kann man heute noch im Museum zu Kairo sehen. Refektorium, Bäckerei, Oelpressen und Weinkeltereien sowie das Zimmer des hl. Jeremias sind noch ziemlich gut erhalten. Grabsteine, koptische und arabische Inschriften sind ebenfalls noch zu sehen.

Als das Wahrzeichen des Wüstenrandes ragt als markante Silhouette die Stufenpyramide empor, die einst als Grabmal des uralten Königs Zoser galt. Sie ist neben der Cheopspyramide das älteste Bauwerk des alten Aegyptens. Sechs Stockwerke türmen sich stufenmäßig empor. Die Gesamthöhe beträgt etwa 60 m. Die mangelhafte Beschaffenheit des Baumaterials ist schuld daran, daß die Pyramide sehr unter dem Zahne der Zeit gelitten hat. Das Innere der Pyramide ist unzugänglich. Das ursprüngliche Innere enthielt nur eine einzige Sargkammer. Später wurden zahlreiche Gänge und Kammern eingebaut. In einer Entfernung von etwa 300 m befindet sich die Pyramide des Onnos. Man kann in das Innere der Pyramide gehen. In ihm findet man an den Wänden des Mittelraumes und der Sargkammer viele Inschriften, deren Hieroglyphen mit blauer Farbe ausgelegt sind und die ältesten religiösen Texte darstellen, die wir aus dem alten Aegypten besitzen. In der Sargkammer steht der Granitsarg des Königs Onos und rechts und links davon zwei Scheintüren aus Alabaster. Diesen Scheintüren begegnet man in vielen Mastabas. Man wollte damit dem Geiste des Verstorbenen wieder die Gelegenheit geben, in seinen Körper zurückzukehren. An der Ostseite der Pyramide wurde in den letzten Jahren ein kleiner Totentempel ausgegraben, der einen Hof mit Palmensäulen enthielt, dessen Reste umherliegen. Drei Schachtgräber aus der Perserzeit, zu denen man 25 Meter tief steigen muß, enthalten eine überwölbte Sargkammer des Oberarztes Wamtik, eines Zeitgenossen des Perserkönigs Darius 1. Man kann heute noch den Kalksteinsarg sehen, in dem früher noch ein Sarg aus Basalt stand.

Den mächtigsten Eindruck unterirdischer Grabkammern erhält man beim Besuche des Serapeums, ganz in der Nähe des Hauses Mariettes, des französischen Aegyptologen gleichen Namens, dem es im Jahre 1858 glückte, die Apisgräber (Serapeum) zu entdecken. Einst wurde im alten Memphis der hl. Stier des Gottes Ptah verehrt, dem König Menes südlich vom alten Memphis einen Tempel errichtete. Nach dem Tode dieser Apistiere wurden diese einbalsamiert und mit großem Pomp beigesetzt. Zuerst bestanden diese Apisgrüfte aus unterirdischen Sargkammern mit einer darüber liegenden Kapelle. Später ließ Prinz Chamweset als gemeinsame Begräbnisstätte einen 100 Meter langen Gang graben, in dem sich rechts und links die Grabkammern befanden. Heute sieht man noch die gewaltigen 24 Steinsarkophage, in denen die mumifizierten Stiere beigesetzt wurden. Im Nationalmuseum in Kairo findet man noch mumifizierte Stierköpfe, die aus diesen Grabkammern stammen. Viele Pilger wallfahrten einst zu den Grüften und brachten Weihegeschenke mit, vor allem kleine Denksteine, die in die Wände eingefügt wurden. In den kleinen Zellen des Serapeums hielten sich auch Mönche auf, die in strenger Klausur bis zu ihrem Tode lebten. Das Essen wurde ihnen durch ein kleines Fenster gereicht. Vom Wüstensande verdeckt ist jetzt die herrliche Sphinx, die den Tempel, der sich über den Apisgrüften erhob, mit einem anderen entfernten Apistempel verband. An einzelnen Stellen kann man noch die Häupter der Statuen aus dem Sande emporragen sehen. Auf den Mauern, die den Weg einfaßten, standen griechische Statuen. Ein angrenzender Platz war mit Statuen griechischer Philosophen geschmückt. Mariette, der Entdecker des Serapeums, hatte das Glück, noch eine Kammer zu finden, die 3700 Jahre unberührt war. Die Fingerabdrücke der ägyptischen Maurer, die den letzten Stein in die Türe einsetzten, konnte man noch sehen. „Nichts fehlte an der Stätte des Todes, wo fast viertausend Jahre ein einbalsamierter Stier ruhte," schrieb Mariette.

Den großartigen Zauber des ägyptischen Totenkultes sieht man aber erst in den Mastabas des Ti, an deren Wänden sich die mannigfaltigsten Reliefs befinden, die einen überraschenden Einblick in das Leben der alten Aegypter gewähren. Man sieht hier im Relief in wundervoll erhaltener Form beispielsweise das Niederwerfen eines Stieres, das Braten von Geflügel, Gänsestopfen, Füttern von Kranichen, Werfeln von Getreide, Mäher, Esel mit Aehrensäcken, Behauen eines Stammes zum Bau von Schiffen, Tischler bei der Arbeit, Herbeiführen der Dorfältesten zur Abrechnung, Pflügen, Zerhacken der Schollen, wie eine Rinderherde durchs Wasser getrieben wird, Bäuerinnen mit Opfergaben, Ti, den königlichen Oberbaumeister, auf der Fahrt in einem Papyrusdickicht u. s. w. Wie in keinem anderen Grabmal findet man hier ein lebendiges Bild vom Leben und Treiben der Menschen, die vor fünftausend Jahren die Erde bebauten, wo heute unfruchtbarer Wüstensand Trostlosigkeit verbreitet. Das Grab des Mereruka, bietet zwar auch eine Fülle von prachtvollen Reliefs, sie sind aber bei weitem nicht von so klarer Formenschönheit wie die im Mastaba des Ti. Auch nicht die in dem Mastaba des Ke-gem-ni und des Ptahhotep, die sich auf gleichem Gebiete befinden.

Ein gewaltiges Bild von Weltgeschichte, in der Macht, Größe, Glanz, blühende Kultur, aber auch Vernichtung und Untergang sich auswirkte, steht einem in der Seele, wenn man in den Abendstunden am Rande der Wüste durch fruchtbare Weizen-, Gurken- und Melonenfelder heimwärts reitet. Blühendes emsiges Leben hier, Dürre, Unfruchtbarkeit, vergangenes Leben und Tod dort im gelben Sande der Wüste, wo Jahrtausende in den dunklen Grüften der Mastabas oder in den Gängen und Grabkammern der unvergänglichen Pyramiden schweigen.

Türkische Bettler.

Von Franz Ackermann-Konstantinopel.

Die Menge ballt sich in der engen Großen Perastraße. Hanums in schweren seidenen Mänteln, mit leichtem, golddurchwirktem Tschartschaff verweilen musternd vor den zahllosen Läden, in deren Fenstern letzte Moden wirkungsvoll im sanften Lampenlichte schillern. Mit lautem Schwatzen, vielen Gesten und Gelächter erzwingen einige Russinnen sich leicht den Weg durch diese enggedrängten Menschenmassen. Die jungen Beys gehen würdig, Arm in Arm, gelassen durch das regellose, bunte Treiben.

Die elegante Welt macht ihren Abendbummel, bevor sie sich in Kinos und Bars verliert; denn andere Vergnügungsstätten kennt man kaum; Theatertruppen verweilen hier nur gastspielweise.

Und mitten in dem leicht erregten Auf und Ab der wohlgepflegten Müßiggänger bewegen sich gespenstisch fast die ungezählten Bettler. Da plaudert harmlos eine Gruppe Damen, Herren, bespricht den Plan der heutigen Abendunterhaltung, daß man noch nach dem Kino um halb zwölf sich in die Bar begeben wolle, und plötzlich, aus dem Boden schier gewachsen, steht ein Bettler mitten in dem Kreis. Ein löcheriger Kittel, der kaum den nackten Oberkörper schützt, und eine kurze, ausgefranste Hose ist sein Gewand. Der ganze Körper, Bart und Haare sind ein grauer Schmutz Die Linke in der Hosentasche, streckt er die Rechte, die eben noch die Zigarette an den Mund geführt, nicht bittend, sondern fordernd aus. Er will die fünf Piaster, die ihm aus irgend einem unbekannten Rechte zustehen. Die Gestörten wenden sich zum Gehen. Er stellt sich ihnen in den Weg, bläst einzelnen der Gruppe den Rauch der Zigarette ins Gesicht und fordert seinen „Durchgangszoll". Denn anders kann man diese „milde Gabe" kaum noch nennen.

In Häusernischen kauern Kinder, die, beinahe völlig nackt, vor Kälte zittern, heulen. Fast tierisch tönen ihre Stimmen über all den Lärm der Straße. Daß sie im Herbst und Winter, nie im Sommer, stets nur zur Zeit der kalten, feuchten Nebel anzutreffen sind, erregte doch das Interesse der Polizei. Man führte einzelne zur Wache und da gestanden sie, daß sie im Dienste einiger Leute ständen, die sie für den Beruf erzögen, die Kleidung ihnen stellten. Was sie erbettelt, ging bis auf zehn Piaster, die ihnen blieben, an diese „Kinderfreunde".

Vornehmlich aber sind es Frauen, die da betteln. Den Säugling an der Brust, im Mund die unvermeidliche Zigarette, verfolgen sie die Glücklicheren ihres Geschlechts:

„Madame! Madame! Schöne Madame! Kyrie eleison; Christe eleison; Madame eleison! Zehn Para! Nur zehn Para!"

Und damit hält sie der Verfolgten das Kind dicht vor die Nase, das, jäh der Brust entrissen, sofort schreit. Und voll Entsetzen sieht man, daß sie in Bälde zwei der Kinder nähren wird. Und gibt ihr fünf Piaster. Um schon im selben Augenblick von drei, fünf, neun der gleichen Weiber sich umringt zu sehen. Doch seltsam, kaum eine unter diesen, die zwei Kinder hätte. Man stutzt; erkundigt sich und gibt nachher nichts mehr. Die Kinder werden meistens ausgeborgt. Das Geld, das sie erbetteln, gelangt in eine Kasse, aus der allwöchentliche wüste, sittenlose Orgien bestritten werden.

Sind diese Typen Bettler von Beruf, aus Arbeitsscheu, die richtig mit dem Mitleid Unerfahrener rechnen, so birgt Pera auch noch ein Original. das fast schon Verühmtheit erlangt hat. Der Deutschen Schule beinahe gegenüber erregt ein seltsam „Haus" die Neugier eines jeden, der hier vorüber geht. Etwas den Hang hinan, der beiderseits die Straße säumt, steht eine Bretterbude, die etwas größer ist als eine Kiste, in die man zwei Klaviere packen kann. Am Wegrand selbst hockt der Besitzer dieser Wohnung, ein Marokkaner, tagaus, tagein, in stumpfem Müßiggang. Ein Fremder tritt heran und will ihm hundert Para geben. Mit stolzer Geste verweist der Kauz auf eine Schiefertafel, auf die er selbstbewußt die Worte geschrieben hat: „Beträge unter zehn Piaster werden hier nicht angenommen". Und damit bittet er den Gebefrohen, die hundert Para einem andern Bettler zuzustecken. Seit die Franzosen die alte Sultanstadt besetzten, mit denen er nach hier gekommen, lebt dieser Sonderling in dieser Hütte. Er selbst erzählt, ihn habe in Paris ein Weib um Hab und Gut gebracht und seitdem friste er auf diese Weise sein Dasein.

Doch auch an dieses Nachtbild von Stambul rührt der Wandel. Man will die Bettler sammeln, ja, hat sogar schon einen Teil gesammelt, und sie zum Wegebau nach Anatolien schicken. Man hat erkannt, daß beinah alle nicht aus Armut betteln, nein, aus Arbeitsscheu, aus der Erfahrung, daß ihre vorgetäuschten Leiden und Gebrechen der Fremden Mitleid immer noch erregen, daß deren mildes Geben noch stets Gelegenheit zu einem kleinen Diebstahl bietet, kurz, daß man von anderer Arbeit auch heute noch sein Dasein reichlich fristen kann. Die Stadt läßt alle Hütten, Winkel, Keller in Stambuls, Peras abgebrannten Vierteln niederreißen und raubt so diesem Volk die dunklen Zufluchtstätten, zwingt es auf die Straßen und kann es so viel leichter fassen und nützlicher Beschäftigung zuführen.

Literatur

Hochland, Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst. Herausgegeben von Professor Karl Muth. Jos. Kösel'sche Buchhandlung, München und Kempten.

Aus dem Inhalt des Aprilheftes. Die Säkularisierung des europäischen Geistes und ihre Ueberwindung in der Gegenwart. Von Professor Dr. Peter Wust. — Miguel de Unamuno. Ein spanischer Publizist und Philosoph. Von Professor Dr. Eberhard Vogel. — Die Eingeengten. Roman von Franz Herwig. — Eine Glosse zu Herwigs Roman „Die Eingeengten". Von Professor Karl Muth. — Die Eigenständigkeit der Wohlfahrtspflege gegenüber Kirche und Staat. Von Dr. Karl Neundörfer. — Die Konstitutionslehre und ihre Bedeutung für die heutige Medizin. Von Dr. Max Krabbel. — Auf einen toten Astronomen. Gedicht von Francis Thompson. — Kritik.

*

Worte des Lebens. Von P. Flashar, O. F. M., Franziskus-Druckerei, Werl 1926.

Der erfahrene Exerzitienmeister und der echte Sohn des hl. Franziskus sprechen aus diesem Büchlein. Viel Glauben, viel Poesie und viel Idealismus winden einen bunten Kranz religiöser Blüten. Nicht jedem sagt freilich die verallgemeinernde Art der Artikel zu. Aber für die Exerzitanten werden [illegible] heimatlich klingen.

D—r.

Das Motorrad.

Von Fritz Müller-Partenkirchen.

Ich begann aufzufallen. Ich hatte noch kein Motorrad. Spöttisch fragten mich die Freunde, ob ich Angst vor Motorrädern hätte.

„Angst? Zum Lachen! Ueberdrüssig bin ich ihrer."

Sie machten große Augen. Je größer solche Augen, desto dicker heißt es weiterzulügen. Zu einer Zeit, wo sie noch auf der Holzdräsine dahergescheppert wären, hätte ich schon motorgeradelt.

„Gemotorgeradelt", verbesserte mich einer.

„Gemotort", sagte der zweite, man sei jetzt für die Kürze.

„Motort", sagte der dritte.

„Toort", behauptete der vierte.

„T", sagte der fünfte.

Der sechste sagte gar nichts. Vermutlich, weil er dachte, daß für Motore, die bekanntlich alle „Zeiten" brechen, jedes Zeitwort Gift sei.

Gottseidank, sie streiten, dachte ich, sie haben dich vergessen.

Aber da fragten sie mich, wie mein System geheißen habe.

Ich sagte, es sei heute schönes Wetter.

Dann stritten sie heiß über Systeme. Ich schielte nach der Türe. Da packten sie mich wieder: „Wieviel PS?"

„PS", verbesserte der zweite.

„HP", sagte der dritte.

Sie stritten sich durchs ganze Alphabet. Bei Z war ich heimlich aufgestanden Aber sie erwischten mich beim Rockknopf: „Welcher Art die Uebersetzung?"

Ja, sagte ich, mir über die Stirn wischend, es sei heute wirklich schwül.

Und von welcher Beschaffenheit der Kühler?

Kühler? sagte ich erstaunt, in der Tat, es werde ausgesprochen kühler und man sollte jetzt ins Freie gehen.

Da schleppten sie mich auf die große Rennbahn vor der Stadt. Hic Rhodus, hic salta, sagten sie und ich könnte von den dreiundzwanzig Marken irgendeine wählen.

Ich erzeugte ein umfangreiches Gähnen und sagte, daß ich alle dreiundzwanzig Marken mir schon an den Sohlen abgelaufen hätte.

Aber da hatten sie mich auf ein Rad gesetzt, ein, zwei Hebel umgestellt — und heidi . . .

Ich bewahrte Haltung. Die paar breiten Kurven ließen sich schon nehmen auf dem Scheppertasten.

Eine Runde. Meine Miene gab Blasiertheit vor. Meinetwegen Kinder, wenn's euch Freude macht.

Zweite Runde. Meine Miene: Na, Kinder, habt ihr jetzt genug?

Dritte Runde. Miene: Blödsinnig. diese tolle Fahrerei.

Vierte Runde. Miene: Der Teufel soll mich holen, wenn ich jetzt nicht Schluß —

„Abstellen!" hörte ich sie rufen.

Ich wagte einen Hebelgriff. Der rote Zeiger springt von 30 auf 60 Kilometer. Noch ein Hebelgriff. Ergebnis: 90 Kilometer.

Ich rase die fünfte Runde. Hören kann ich nichts mehr. Sie machen ihre Hände hohl. Sie brüllen. Ich brülle auch: „Halt's mi auf! Halt's mi auf!"

Sechste Runde. Sie fechten mit den Händen Hebelstellungen in die Luft. Ich überlege. Erwische ich die Bremse, wirft es mich mit 90 Kilometern aus der Bahn.

Siebente Runde. Die Hände klammern sich im Krampf. Ich markiere: Ich will ja gar nicht runter.

Sss, achte Runde. Ich hänge bleich im Radgestell. Ich markiere: Prachtvoll, Kinder, herrlich, dieser Luftzug.

Sss, neunte Runde. Kalter Schweiß bricht aus. Ich verkrampfte ein Lächeln: Doch wunderbar, wenn der Geist die rohe Maschinenkraft siegreich beherrscht.

Zehnte Runde. Verbissenheit: Wollen doch mal sehen, wer es länger aushält, dieses Rasselstinktier oder ich?

Zwölfte Runde. Allgemeine Wurschtigkeit in der Richtung, wo ich meine Freunde vermute: Ich habe Zeit, ich habe eine Menge Zeit . . .

Ob freilich der geehrte Leser auch so viel hat — also kurz und gut, da ich nicht nachgab, die Maschine auch nicht, tat es das Benzin. Gegend Abend, um die dreiundfünfzigste Runde herum, war es erschöpft. Stöhnend puffte die Maschine aus. Ich schlotterte von ihr herunter. Mit der letzten Kraft markierte ich noch einen Tritt: „Wie ich sagte, Freunde, überdrüssig bin ich ihrer."

Die Kirchenerweiterung.

Aus „Rheinisches Narrenschiff"
von Theo Seidenfaden.

Die Waxweiler saßen im Krug und berieten, wie es möglich sei, ihre Kirche, die schon seit Jahren so eng war, daß die Männer die Sonntagsmesse lieber vom Kirchhofe her hörten schnell und billig zu erweitern. In der Eifel ist es wie überall: Die dicken Bauern, deren Truhen die Taler bergen, finden immer Gründe, einen solchen Bau auf unbestimmte Sicht zu verschieben; von ihren gemieteten Plätzen aus erscheint ihnen das Kirchlein, mag es auch eher einem Stall als einem Gotteshause gleichen, reichlich groß, während die kleinen Leute, die sich jeden Sonntag ihren Platz erkämpfen müssen, nicht genug Kohlen in die Glut tragen können, die den Willen zum Neubau schüren soll.

So konnten auch die Waxweiler trotz ihres Redens und Trinkens — sie saßen wohl das dreißigste Mal der neuen Kirche wegen zusammen — nicht einig werden. Da machte denn der Schneider, ein Windhund, dessen Wort etwas galt, einen Vorschlag, dem schließlich alle, am stärksten aber die dicken Bauern, zustimmten: Man solle die ganze Gemeinde in die Kirche führen, an die Seitenwände stellen und diese auseinander drücken lassen, so weit, wie es ihnen beliebe; wenn man dazu rings um die Außenseiten Leintücher mit Erbsen lege, gehe es leichter, weil die Mauern beim ersten Ruck auf die Erbsen glitten und sich dann selbst weiterschöben.

Während am nächsten Morgen die Sonne über die Berge stieg, waren die Waxweiler schon in der Kirche und drückten gegen die Seitenwände, derweil draußen, fest um die Mauern, die Leintücher mit den Erbsen lagen. Der Klosterhalfen, dem der Bauch wie ein Kartoffelsack hing, stemmte als der Reichste, der zur Erweiterung seinen Kräften entsprechend beisteuern mußte, die Schultern gegen die Quadern des Chores, die für Jahrhunderte gefügt waren. Er stampfte beide Füße so mächtig auf, als wollte er ein Loch durch die Mauer rennen, um aus ihm nach der Morgensonne zu greifen. Da auch die Köpfe der andern, die hinter ihm natürlich nicht zurückbleiben durften, immer heißer wurden und der Schweiß in dicken Tropfen zur Erde rann, sprang der Schneider hinaus, zu sehen, wieviel die Mauern bereits von der Stelle gerückt seien.

Darüber kam ein Handwerksbursche des Weges und fragte, was Erbsen und Laken bedeuteten. Er meinte, wie der Schneider gesprochen hatte und sich wichtig den dünnen Spitzbart strich: Bei so gutem Willen werde der Plan ohne Zweifel gelingen! Des freute sich der Schneider, lief zurück und rief in die Kirche: Das Werk schreite gut fort, nach wenigen Stößen stünden die Mauern auf den Erbsen, und dann sei es getan! Worauf denn unter Pusten und Stöhnen die seltsame Arbeit ihren Fortgang nahm.

Unterdessen griff der Bursche, ein junges Blut, dem der Schalk aus den Augen lachte, die Laken, steckte sie mit den Erbsen ins Felleisen, ging davon und sah an der Wegbiegung noch einmal, ob der Schneider nicht wieder nach den wandernden Mauern schaue. Der aber stand noch als Bauherr im Kirchlein und trieb die Bauern mit blitzigen Worten gegen die Wände. Endlich kam er und schrie, wie er die Tücher nicht mehr sah, hell und frech: Die Mauern stehen auf den Laken! Da machte sich der Bursche fort, indes die Waxweiler aus der Kirche stürzten, um die Mauern liefen, mit Rockärmeln und bunten Taschentüchern den Schweiß trockneten und schmunzelten: Das sei ein feines Stück.

Seit dem Tage war die Kirche groß genug für alt und jung. Den Schneider aber wählten sie auf Wunsch des Klosterhalfen in den Schöffenrat; denn, sagte der, wem derart das Gemeinwohl am Herzen liege, dem gebühre ein Ehrenplatz. Und so führte der windige Kerl für die nächsten zwanzig Jahre die gewichtigste Stimme in allen Angelegenheiten der Gemeinde.

Heitere Welt.

„...Vater sein, dagegen sehr!"

Im Eisenbahnabteil sitzen sich zwei Herren gegenüber. Der eine, der von einem kleinen Mädchen und einem kleinen Jungen beegleitet ist, stiert mit verzweifeltem Gesichtsausdruck ins Leere und hat kein Auge für den Unfug, den die losen Sprößlinge treiben. Um so größeren Anstoß nimmt sein Gegenüber an dem Treiben der unartigen Rangen, und er hat auch allen Anlaß dazu, denn der Junge hat sich soeben auf seinen neben ihm liegenden steifen Hut gesetzt, während das Mädchen einen Koffer aus dem Netz gezerrt hat, der ihm unsanft auf die Knie fällt. Seine Geduld ist endlich erschöpft. Wütend wendet er sich an den in stumpfer Gleichgültigkeit versunkenen Vater mit den Worten: „Mein Herr, wenn Sie nicht imstande sind, Ihre Kinder zur Raison zu bringen, muß ich mich beim Zugführer beschweren." Der Vater schreckt aus seinem Sinnen auf und sagt mit müdem Lächeln und einem tiefen Seufzer: „Wenn Sie schon klagen, was soll ich erst sagen? Mein Mädel hat die Fahrscheine zerkaut und heruntergeschluckt, mein Junge hat im Nachbarabteil eine Fensterscheibe zerschlagen, und ich selbst habe mein Portemonnaie verloren. Beim Durchfahren der letzten Station habe ich mich überzeugen müssen, daß wir im falschen Zuge fahren."

Der Praktikus.

Die Lehrerin hat sich fast eine ganze Stunde mit ihren Kindern geplagt, um in ihnen den rechten Geschmack für Kunst, vor allem Literatur, zu wecken. Nachdem sie den Kindern Teile aus „Hamlet" vorgelesen hat, fragt sie Willi: „Nun, Willi, wie heißt der Dichter, der „Hamlet" geschrieben hat?" — „Shakespeare." — „Gut. Was möchtest du denn lieber sein: Shakespeare oder Charlie Chaplin?" Ohne sich zu besinnen, schmettert Willi heraus: „Charlie Chaplin." Entsetzt fragt die Lehrerin: „Warum denn gerade Chaplin?" — „Na, weil er noch nicht tot ist!" kam prompt Willis Antwort.

Er braucht nicht mehr zu lachen.

„Meier, warum lachen Sie nicht, wenn der Chef einen Witz macht?"

„Ich habe zum Ersten gekündigt."

Schwierige Frage.

„Haben Sie mich nun verstanden? Sie nehmen also von dieser Medizin nach jeder Mahlzeit einen Teelöffel voll."

„Jawohl, Herr Doktor, wo soll ich aber die Mahlzeiten hernehmen?"

Aus der Schule.

„Wer von euch kann mir von der Falschheit der Katze ein Beispiel nennen?"

Fritz: „Sie gibt sich gern für Hasenbraten aus.

XI. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer über Wohnungs- und Siedlungswesen.

Dortmund, 19. April.

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages sprach zunächst

Generalsekretär Otte-Berlin

über die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft. Da die augenblickliche Krisenzeit, so führte er u. a. aus, die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung erschwere, müsse eine Zwischenlösung erfolgen, durch Staffelung der Unterstützungssätze nach Lohnklassen. Die Abgrenzung der Zuständigkeit in der Erwerbslosenfürsorge und die Errichtung einer Beschwerdestelle gegen nichthaltbare Beschlüsse der Verwaltungsausschüsse sei dringend notwendig. Auch die Neuregelung der Kurzarbeiterunterstützung genüge nicht, hier müsse eine gerechtere Lösung gefunden werden. Redner fordert weiter die beschleunigte Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes. De rStaat müsse das Recht haben, in das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzugreifen, wenn auch freiwillige Vereinbarungen und Schlichtungsinstanzen, die von den Beteiligten selbst gebildet werden und Entscheidungen fällen, den Vorzug vor den staatlichen Eingriffen verdienten. Ein Werktarif, der von den Arbeitgebern meist zur prinzipiellen Forderung erhoben werde und der seine Spitze gegen die Gewerkschaften haben solle, müsse abgelehnt werden, ebenso Werksgemeinschaften, die ohne und gegen die Gewerkschaften gebildet werden. Die Arbeitszeitfrage sei nach den Londoner Verhandlungen in ein neues Stadium gerückt worden. Die christlichen Gewerkschaften würden der Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens zustimmen. Den schematischen Achtstundentag hätten sie nie vertreten, müßten aber fordern, daß notwendige Ueberarbeit auch höher bezahlt würde. Redner schloß: Wir kämpfen für eine Sozialpolitik, die das Gemeinschaftsleben unseres Volkes steigert. In dieser volkspolitischen Aufgabe der Sozialpolitik liegt zugleich ihre nationale Kraft.

Hierauf entwickelte sich eine

lebhafte Diskussion über die Sozialpolitik.

Der erste hierzu gemeldete Redner sprach im wesentlichen über die Invalidenversicherung und hob hervor, daß diese Versicherung an Wert und Bedeutung in der Nachkriegszeit bedeutend gestiegen sei.

Die Vertreterin des Zentralverbandes der Heimarbeiterinnen begrüßte es, daß es nach langen schweren Kämpfen endlich gelungen sei, die Heimarbeiterinnen in die Invaliden- und Krankenkassenfürsorge aufzunehmen. Auch wäre die Lohnregelung jetzt eine wesentlich bessere.

Eine weitere Vertreterin der weiblichen Arbeiterinnen führte Klage darüber, daß infolge der heutigen schlechten Lohnverhältnisse die verheiratete Frau gezwungen sei, mit zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Es sei ein bedauerlicher Zustand, daß fast jede dritte Textilarbeiteri verheiratet sei. Dies trage auch zu dem heutigen schlechten Gesundheitszustand der Frau wesentlich bei.

Der nächste Redner führte Beschwerde darüber, daß die Kriegsbeschädigten gezwungen würden, Arbeiten zu verrichten, zu denen sie infolge ihrer Verletzungen oder Amputationen nicht in der seien.

Nach der Mittagspause wurde um 3 Uhr die Debatte fortgesetzt. Die einzelnen Redner befaßten sich in der Hauptsache mit Wünschen über Verbesserungen in der Sozialpolitik und Verbesserungen der sozialen Lage der Landarbeiter, denen noch nicht alle bisher erreichten Vorteile der städtischen Arbeiter zugute gekommen seien.

Dann ergriff

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer

das Wort zu einem zweistündigen Referat über das Wohnungs- und Siedlungswesen. Er führte aus:

Die Wohnungsverhältnisse befinden sich zurzeit in einer Art von Uebergangsstadium: die Wohnungsbewirtschaftung, mit der wir — allzu lange schon — einen letzten Rest der durch den Krieg bedingten Zwangswirtschaft noch mit uns schleppen, wird, wenn die Neubautätigkeit in dem während des letzten Baujahres beobachteten Tempo anhält, in zunehmendem Maße gelockert werden können, sodaß — das darf man heute wohl schon ohne übertriebenen Optimismus sagen — der endgültige

Uebergang zur freien Wirtschaft

auch auf diesem Gebiete der Gütererzeugung bereits abzusehen ist, auf einem Gebiete, das mit Kleidung und Nahrung zu den elementarsten und wichtigsten Grundgütern menschlicher Lebensführung rechnet.

Ein solcher Zeitpunkt fordert zur Selbstbesinnung auf und rechtfertigt eine sachliche und leidenschaftslose Betrachtung, die in Rückblick und Ausblick Weg und Ziel der Entwicklung abzustecken versucht und daraus ihre Schlüsse für die Zukunft zu ziehen bemüht ist. Denn unserer Zeit ist als Pflicht und Berufung auferlegt, diese Zukunft vorzubereiten.

In der Erfüllung dieser Aufgabe wird es unser Bestreben sein müssen, diese Zukunft besser und glücklicher zu gestalten, als die Vergangenheit gewesen ist, jene so oft und heute immer wieder gepriesene Zeit vor dem Kriege.

Wie waren denn die Wohnungsverhältnisse in Deutschland in der Vorkriegszeit? Wir vergessen so leicht, und darum ist es vielleicht angebracht, den beredten Lobrednern der Vergangenheit einmal die Tatsachen in Erinnerung zu bringen. Haben diese Lobredner vergessen, daß

die Wohnungsverhältnisse in Deutschland vor dem Kriege

in Stadt und Land höchst dürftige gewesen sind, daß die Wohnungsbedürfnisse in den Städten wie auf dem platten Lande, gemessen an dem damaligen Wohlstande der Nation, durchaus unzureichend befriedigt waren? Haben sie vergessen, daß die Wohnungsverhältnisse des platten Landes unter jedem Maß der gewohnten Lebenshaltung und der berechtigten Lebensansprüche deutscher Arbeiter lagen, daß diese unzulänglichen Wohnungsverhältnisse Anlaß zu einer ungeheuren Abwanderung vom platten Lande zu einer wahren Landflucht geworden sind, daß diese Landflucht dann zu einem verderblichen Anwachsen des sog. Sachsengängertums geführt hat und zu einem Ersatz der einheimischen Landarbeiter durch ausländische Wanderarbeiter? Um von dieser Landflucht einen zahlenmäßigen Begriff zu geben: In dem Jahrfünft von 1895—1900 haben allein 416 preußische Landkreise mehr als eine Million Menschen an die Städte und Industriebezirke abgegeben, also rund 200 000 Menschen in einem Jahre, und in den letzten Jahren vor dem Kriege hatte sich diese Zahl sogar verdoppelt. Damals sind aus ländlichen Bezirken durchschnittlich etwa 400 000 Menschen im Jahre in die Städte abgewandert. Und so darf man sich nicht wundern, wenn in Deutschland überfüllten Städten und dichtbesiedelten Industriegebieten

nahezu entvölkerte ländliche Bezirke

gegenüberstanden. Im Jahre 1910 wohnten in den landwirtschaftlichen Bezirken des östlichen Deutschland auf 1 qkm nur 60 Menschen, während in den westlichen Industriebezirken im Durchschnitt 145 Menschen auf 1 qkm komen.

Unter dem wachsenden Zustrom immer neuer Arbeitermassen haben sich die Wohnungsverhältnisse auch in den Städten mehr und mehr verschlechtert. Es ist vielleicht der schwerwiegendste Vorwurf, der gegen den Städtebau der älteren Schule erhoben werden kann, daß es ihm nicht gelungen ist, die wichtigste Aufgabe, die ihm durch das plötzliche Anwachsen der Städte gestellt worden ist, nämlich

die Unterbringung der zuströmenden Bevölkerungsmassen und ihre Versorgung mit Wohnungen,

in befriedigender Weise zu lösen. Die Bevölkerungspolitische Bedeutung dieser Aufgabe blieb unbeachtet, ihre Lösung blieb dem Unternehmertum und der Bodenspekulation überlassen, die sie im freien Spiel der Kräfte, ohne andere Kontrolle als die der Bauordnung und der baupolizeilichen Vorschriften, auf ihre Weise zu lösen suchte. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist bekannt und steht vor unser aller Augen. Sie haben dazu geführt, daß das Eigenhaus,

das Kleinwohnhaus,

aus den deutschen Städten so gut wie vollständig verdrängt worden ist, und daß an seine Stelle das Vielfamilienhaus in der

Form der Mietskaserne

gesetzt worden ist, die Mietskaserne, die mit ihren Seitenflügeln, Quergebäuden und Hinterhäusern die denkbar schlechteste Hausform für die Anlage von Kleinwohnungen darstellt, von den Kleinwohnungen, die in den Städten erwiesenermaßen den Hauptanteil des Wohnungsbedarfs bilden.

Welchen Grad die Zusammenpferchung der Bevölkerung in diesen Mietskasernen erreicht hat, ergibt sich aus

den Behausungsziffern,

das sind die Zahlen, die angeben, wie groß die Anzahl der auf ein bebautes Grundstück entfallenden Bewohner ist. Diese Behausungsziffern betragen für die Städte mit vorherrschender Miethausbebauung, wie etwa Berlin und Charlottenburg, 77 bezw. 66 Bewohner auf das Grundstück, wohingegen in Städten, in denen das Einfamilienhaus heimisch ist, z. B. in Bremen, durchschnittlich nur 8 Bewohner auf ein Grundstück entfallen.

Es kommt hinzu, daß diese engen Massenquartiere vielfach noch überfüllt waren. Es gab Einzelwohnungen in Berlin, die aus einem bis zwei heizbaren Zimmer bestanden und in denen bisweilen Familien von 4—5 und mehr Köpfen hausten. Solcher überbelegten Wohnungen gab es allein in Großberlin im Jahre 1912 rund 100 000 mit einer Bewohnerschaft von rund 600 000 Menschen. Es ist klar, daß ein derart enges Zusammenwohnen die verderblichsten Folgen in gesundheitlicher, sittlicher und kultureller und damit auch nationaler Beziehung mit sich bringen mußte.

Ausbreitung der Volkskrankheiten, namentlich der Tuberkulose, Steigen der Sterblichkeitsziffer, besonders der Säuglingssterblichkeit, Abnahme der Militärtauglichkeit unter der städtischen Bevölkerung, ferner Rückgang der Geburtenziffer und dazu eine zunehmende Verrohung der Sitten und ein Anwachsen des Verbrechertums: das sind, um nur einige hervorzuheben, die Symptome, die hinreichend deutlich die Wohnungszustände der Vorkriegszeit charakterisieren. Und nun zuletzt ist auch jene

tiefgreifende soziale Unzufriedenheit,

die breite Schichten unserer Bevölkerung in der Vorkriegszeit ergriffen hatte, in ihren Urgründen zurückzuführen auf das unerträgliche Wohnungselend, das in den Massenquartieren der großstädtischen Mietskasernen herrschte.

Meine Damen und Herren! Man hat sich damals bemüht, die schwersten Mißstände, wie auf anderen Gebieten, so auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens durch

Maßnahmen der sozialen Fürsorge

zu lindern. Man hat versucht, den ärgsten Schäden mit Hilfe einer ausgedehnten Sozialpolitik zu begegnen. Man darf aber billig fragen, ob denn die Methoden unserer vielgerühmten Sozialpolitik richtig waren, wenn vor dem Kriege von Jahr zu Jahr Millionenbeträge aus der Krankenversicherung aufgewendet werden mußten für gesundheitliche Schäden, die durch die verhängnisvollen Wohnungsverhältnisse in den Städten verursacht worden sind, statt daß diese Summe zunächst einmal dazu verwandt worden wäre, die eigentliche Ursache dieser Schäden, nämlich die schlechten Wohnungsverhältnisse selbst zu beseitigen.

Nun, meine Damen und Herren, angesichts der bedenklichen sozialen Krankheitserscheinungen, von denen ich vorher gesprochen habe, hat esselbstredend auch vor dem Kriege nicht an Bemühungen gefehlt, die auf eine Besserung der ungesunden und unzureichenden Wohnungsverhältnisse abzielten. Mit der Propagierung und Einführung der sogenannten „Generalbebauungspläne" war der Weg zu solcher Besserung erschlossen und sollte die Bahn freigemacht werden zu einer Lokkerung der städtischen Bebauung, zu einer Dezentralisation durch

Anlage von Kleinhauskolonien

in den Außenbezirken und durch Errichtung von Wohnhäusern in Flachbauweise. Auf der Grundlage verbesserter Bebauungspläne haben dann zahlreiche Faktoren auf eine Hebung der Wohnungsverhältnisse hingewirkt. Insbesondere haben sich in dieser Beziehung die Baugenossenschaften und gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften hervorragende Verdienste erworben. Für den Gedanken einer Dezentralisation der Großstädte hat daneben

die Gartenstadtbewegung

lebhaft geworben, die sich die Gründung neuer selbständiger Siedlungen mit begrenzter Einwohnerzahl zur Aufgabe gemacht hat, von Siedlungen, deren Eigenart darin besteht, daß sie Industrie- und Landstätte zugleich sind und in dieser Form wirtschaftlich selbständige Gebilde darstellen. Diese gemeinschaftlichen Bestrebungen haben dahin geführt, daß auch in der Vorkriegszeit bereits in Deutschland an einzelnen Stellen

vorbildliche Kleinsiedlungen

entstanden sind, Siedlungen, in einer weiträumigen Bauweise, in der zu jedem Haus ein wenn auch bescheidenes Stück Gartenland gehört und somit die Beziehung des Bewohners zur Natur,

die Verbindung mit dem Boden

und mit der heimatlichen Scholle wieder hergestellt ist. Auch die Industrie hat es sich übrigens wenigstens zum Teil angelegen sein lassen, in diesem Sinne an der Besserung der Wohnungsverhältnisse praktisch mitzuwirken durch Schaffung mustergültiger Arbeitersiedlungen und Werkwohnungen, und sie hat dadurch, wenn auch diese Wohnungen zahlenmäßig gegenüber dem Gesamtbedarf keine entscheidende Rolle spielen konnten, auch an ihrem Teil mit dazu beigetragen, das Angebot zu verbessern und damit den Wohnungsdurchschnitt zu heben. Und auch weiterzielende Pläne zu einer Wohnungsreform im Großen, Pläne von der Art, wie sie heute die Grundsätze der Landesplanung verfolgen, waren im Keime schon in der Vorkriegszeit vorhanden. Ich erinnere hier an die Denkschrift des damaligen Beigeordneten, heutigen Verbandsdirektors Robert Schmidt, Essen, über die zukünftige Besiedlung des Gebietes zwischen den Städten Essen, Duisburg, Düsseldorf und Elberfeld-Barmen.

Alle diese tatkräftigen Bemühungen, die auf eine Besserung der Wohnungsverhältnisse und auf eine grundlegende

Reform des Wohnungswesens

sowie des gesamten Städtebaues hinzielten, erfuhren eine jähe Unterbrechung durch den Ausbruch des Krieges.

Der Krieg setzte der produktiven Arbeit des Volkes ein neues Ziel und spannte alle verfügbaren Kräfte ein für die Zwecke der Landesverteidigung. Das private Baugewerbe, und vor allem die Wohnungsproduktion, kam, unter den wachsenden Ansprüchen, welche die Not der Landesverteidigung an die Arbeitskräfte, an die Rohstoffe und natürlichen Hilfsquellen der Nation erhob, mehr und mehr zu völligem Erliegen. Infolge des völligen Stillstandes jedweder Neubautätigkeit, der unseligerweise zusammenfiel mit einem Zustrom gewaltiger Menschenmassen an den Zentren der Rüstungsindustrie, erschöpfte sich der vorhandene Wohnungsbestand sehr rasch, sodaß sich alsbald drohende Anzeichen eines zunehmenden Wohnungsmangels bemerkbar machten. So wandelten sich die lebhaften und bereits erfolgreichen Bestrebungen um eine Wohnungsreform, die die letzte Zeit vor dem Kriege charakterisieren, noch während der Kriegszeit in einen schweren und mühevollen

Kampf gegen die wachsende Wohnungsnot:

Und im Zeichen dieses Kampfes stehen wir noch heute, wenngleich sich, wie eingangs angedeutet, inzwischen die ersten Anzeichen einer Entspannung und Erleichterung der Lage bemerkbar zu machen beginnen.

Durch die anormalen Verhältnisse des Krieges sind die Grundlagen der privaten Wohnungsproduktion vollständig erschüttert worden und diese Erschütterung — wie ausdrücklich betont werden muß: eine unmittelbare Folge des Krieges und der durch ihn bedingten Umstellung der Wirtschaft — hat auf dem Gebiete des Wohnungswesens ständige Eingriffe der öffentlichen Gewalt notwendig gemacht. Eingriffe, die nicht nur zu weitgehender

Einschränkung des freien Eigentums

und der Unverletzlichkeit der Wohnung geführt, sondern allmählich auch die Wohnungsproduktion mehr und mehr in Abhängigkeit von der staatlichen Fürsorge gebracht haben. Bereits während des Krieges erwiesen sich staatliche Maßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungswesens notwendig, um die Mieter vor unrechtmäßiger Ausnutzung und vor willkürlicher Kündigung seitens der Vermieter zu schützen. Damals bereits wurden in den Bezirken einzelner Generalkommandos die ersten Mieteinigungsämter ins Leben gerufen, und noch während des Krieges, als sich die Lage mehr und mehr verschärfte, hat auch die Preußische Staatsregierung, um den Gefahren der Wohnungsnot wirksam begegnen zu können, sich die Schaffung einer zentralen Stelle angelegen sein lassen, bei der die Befugnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens, die bis dahin auf 5 Ministerien verteilt waren, nunmehr vereinigt wurden. Eine solche Zentralstelle wurde im Mai 1918 durch Einsetzung eines

Staatskommissars für das Wohnungswesen

ins Leben gerufen. Seine Aufgaben sind dann ein Jahr später auf das im Mai 1919 gegründete Ministerium für Volkswohlfahrt übergegangen.

Vom Preußischen Wohlfahrtsministerium ist in den folgenden Jahren dann die gesamte Fürsorge für das Wohnungswesen, mit Ausnahme des ländlichen Siedlungswesens, das beim Landwirtschaftsministerium verblieben ist, betrieben worden.

Ihre erste und eigentliche Aufgabe mußte die staatliche Wohnungsfürsorge nach dem Kriege nun aber darin sehen,

die völlig darniederliegende Bautätigkeit wieder zu beleben

und in Schwung zu bringen. Welche ungeheuren Schwierigkeiten und Hemmungen stellten sich der Lösung dieser dringlichen Aufgabe aber immer wieder und wieder entgegen!

Kein anderes Gebiet der Güterproduktion ist durch den Krieg und die Kriegsfolgen in den Grundlagen so schwer betroffen worden wie die Wohnungsproduktion Und von den Gewerben, die durch den Krieg in der Erfüllung ihrer lebenswichtigen volkswirtschaftlichen Aufgaben behindert worden sind, hat kein Zweig so schwer gelitten wie das Baugewerbe, der Träger der Wohnungsproduktion. Die Bauarbeiter, die mit dem Erliegen der Bautätigkeit während des Krieges aus ihrem Beruf gerissen wurden, waren in großen Scharen in andere Gewerbe abgewandert und konnten nur allmählich in ihren eigentlichen Beruf zurückgeführt werden. Dazu kam das Fehlen jedlichen Nachwuchses, wodurch in den ersten Jahren nach dem Kriege ein empfindlicher Mangel an Bauarbeitern hervorgerufen wurde, der ebenfalls nur langsam und durch besondere staatliche Maßnahmen, wie die Förderung der Lehrlingshaltung, Umschulungsmaßnahmen usw. behoben werden konnte. Ebenso fehlte es anfänglich infolge des durch den Krieg verursachten Kohlenmangels an den notwendigen Baustoffen, vor allem an Ziegeln, sodaß allenthalben nach brauchbaren Ersatzmöglichkeiten gesucht und in breitem Umfang praktisch bewährte Spar- und Ersatzbauweisen in die Bauwirtschaft eingeführt werden mußten. Vor allem aber wurde

die Finanzierung des Wohnungsbaues

infolge der einsetzenden Geldentwertung immer schwieriger. Die Baukosten stiegen infolge der Erhöhung der Löhne und Baustoffpreise immer mehr an, sodaß der Wohnungsbau auf privat-kapitalistischer Grundlage schließlich unmöglich wurde, einmal, weil bei den schwankenden Währungsverhältnissen eine dauernde Verzinsung der Baukosten durch die Zwangsmiete nicht gewährleistet war, zum anderen aber auch, weil es an ausreichenden Beleihungsmöglichkeiten, an einem Realkredit überhaupt fehlte. Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, um die Neubautätigkeit anzuregen und den Wohnungsbau zu fördern, wurden von Seiten des Staates in großem Umfang Baukostenzuschüsse aus öffentlichen Mitteln gewährt, mit deren Hilfe die Baukosten soweit herabgemindert wurden, daß sie aus

---

Der gelbe Marquis.

Roman von Knud Jaxwiller.

Aus dem Dänischen übersetzt von E. von Kraatz.

48) (Nachdruck verboten)

Kaum waren sie alle in Deckung, als auch schon ein höllisches, von polterndem Donner gefolgtes Dröhnen entstand. Die zersprungenen Scheiben der Salonfenster rasselten wie eine Bö nach unten, und eine Riesenfaust schien das Schiff unten am Kiel zu packen, es von vorn bis achter zu rütteln, so daß alle durcheinander und gegeneinander fielen — um es schließlich hoch in die Luft zu schleudern.

Das letzte, was Holm wahrnahm, als er sich schützend über Molly warf, war ein Knäuel bewußtloser Körper, die auf dem schräg liegenden krachenden und splitternden Kajütengang durcheinander rollten, während über ihm unzählige Geschosse hämmernd und dröhnend auf dem Deck niedersausten und einen Höllenlärm verursachten.

Kapitän Lowell stand mit fünf von seinen Offizieren auf der Kommandobrücke der „Kentucky" und verfolgte die Fahrt der vier Dampfbarkassen mit spähenden Blikken. Diese waren auf Dicks und Sjöströms inständiges Bitten umgehend herabgelassen und mit bewaffneten Leuten bemannt worden, sobald Dick aus weiter Entfernung und hoch aus der Luft durch Funspruch gemeldet hatte, daß er die mißhandelte Jacht erkannt habe und daß im Innern des Kraters ein furchtbarer Kampf vor sich gehe.

So rasch die Motoren es vermochten, hatten die Flieger den Rückweg nach dem Kreuzer eingeschlagen, um selbst in einer der Barkassen in den Krater einzudringen und sich an dem Kampf zu beteiligen. Und beide standen bereits wohlbewaffnet in dem raschesten Stafettenboot des Kreuzers, das zum abfahren bereit in seinen Davits hing, als die Detonation erfolgte.

Von der furchtbaren Detonation betäubt und durch den Luftdruck, der den großen Kreuzer erzittern machte, zu Boden geworfen, hatten sie nicht gleich zu fassen vermocht, was sich ereignet hatte.

Ueberall auf dem Deck lagen um- und übereinandergefallene Mannschaften, und kaum waren sie wieder auf den Beinen, als die kaum eingetretene tiefe Stille durch mannigfache pfeifende und sausende Laute aus der Luft unterbrochen wurde, und größere und kleinere Felsstücke heulend und zischend in hohem Bogen durch die Luft flogen und beim Niederstürzen ins Wasser turmhohe Wassersäulen emporsandten.

Auf Deck suchte jeder in größter Hast Deckung unter allen Oberbauten, um nicht von den Sprengstücken getroffen zu werden, die in großer Anzahl auf den Kreuzer herabhagelten — ohne indessen ernstlichen Schaden anzurichten.

Nur Nick blieb, jeder Gefahr hohnsprechend, aufrecht in dem schwingenden Boot stehen und rief Sjöström durch das Getöse zu er solle nach den Vulkanen hinübersehen.

Der große tote Krater, den sie soeben umflogen hatten, war gesprengt — so daß nur noch eine niedrige, zerrissene Felsenzinne übers Meer emporragte — und auf einem mächtigen, meilenlangen Wogenkamm, der ihnen schäumend und siedend entgegenrollte, sahen sie den abgetakelten Rumpf der „Stella", der schwankend und sich drehend wie ein totes Wrack auf sie zugetragen wurde.

Die vier Dampfbarkassen, die im Augenblick der Explosion bereits den halben Weg bis zur Vulkanreihe zurückgelegt hatten, schienen keinen Schaden erlitten zu haben und lagen nun, aus aller Kraft zurückstoppend, mit den Steven gegen den ungeheuren, rollenden Wasserberg gewendet, während von der Kommandobrücke heftige Befehle ertönten und das Schiff unter seinen kräftigen Maschinen erbebte, indem das elektrische Spill brummte, um den Anker zu lichten.

Nun erscholl durch all dies Getöse eine weibliche Stimme, die laut schrie:

„Dick — Sjöström! Hört ihr denn nicht? . . . Kommt doch 'runter, eh' die Flutwelle uns erreicht!"

Es war hohe Zeit.

Der Rumpf des großen Kreuzers war zu schwer, um ihn in wenigen Minuten dem Wogenberg zuzuwenden.

Dick und Sjöström brachten es gerade noch fertig, hinunterzuspringen und mit Kirsten zwischen sich hinter einem Panzerturm Schutz zu suchen, als die Riesenwelle die „Kentucky" traf, während sie den heranbrausenden Wassermassen noch die Breitseite zuwandte.

Sie holte so stark über, als ob sie kopfüber untergehen wollte. Ungeheure Wassermengen donnerten und schäumten über Deck und rissen das soeben von Dick und Sjöström verlassene Stafettenboot mit sich.

Mit Kirsten zwischen sich und selbst fest an die unerschütterlichen Zylinder des Panzerturms angeklammert, fühlten sie, wie sich der Kreuzer langsam wieder aufrichtete und sachte zu rollen begann, während das Wasser in Strahlen durch alle Speigatten hinausrann. Triefend naß gelangten sie endlich auf die Kommandobrücke.

Gerade voraus trieb der Rumpf der „Stella", umringt von den vier Dampfbarkassen, die den Wogensturm glücklich überstanden hatten, indem sie gleich leichten Möven über seinen Kamm hinwegschaukelten.

Kapitän Lowell wies mit der Hand auf die Jacht, die nun, da die Woge ihre anfängliche Gewalt eingebüßt hatte, langsam einhertrieb.

„Well, Herr Bradley," sagte er bekümmert, „wenn wir nur nicht trotz alledem zu spät kommen. Das da sieht aus wie ein Totenschiff!"

Bald darauf hatte der Kreuzer das Wrack eingeholt.

Es lag vorn schon so tief im Wasser daß es unbedingt leck geworden sein mußte, und indem das Gangspill der „Kentucky" die nachschleppenden Trossen einholte, wurde das Wrack vorsichtig an die Langseite herangeschleppt.

Ein paar Bootsleute, die unten in den Kajüten gewesen waren, kamen wieder auf das Deck gestürzt.

„Klar zum an Bord nehmen — mit Bahren und Aerzten!" riefen sie eifrig. „Hier sind Massen von halbtoten Menschen an Bord."

Auf der „Kentucky" wurde es fieberhaft geschäftig, und als das Wrack endlich längsseits des Kreuzers lag, waren Dick und zwei andere die ersten, die an Bord sprangen, während Kapitän Lowell ihnen mit Aerzten und zahlreichen Mannschaften auf dem Fuße folgte.

Wenige Minuten später glaubte man alle Lebenden aus dem Wrack herausgeholt zu haben. Aber unten in einer Achterkammer stand ein Matrose noch über ein Häufchen Frauengewänder gebückt, das ihn zum Stolpern gebracht hatte.

Es kam ihm vor, als ob sich darunter etwas regte.

Hastig schleuderte er die Kleider beiseite und entdeckte eine kleine Japanerin, die sich in ihrer Angst darunter verkrochen hatte.

Mit einem Ruck riß er sie an sich, warf sie über seine Schulter und rannte durch den Kajütengang, wo das eindringende Wasser schon um seine Füße plätscherte.

Wenige Sekunden später hatte er das Wrack als letzter verlassen . . .

Unten im Offizierslazarett standen Dick und Kirsten. Die Aerzte hatten sie beruhigt.

Tatsächlich befand sich kein einziger von der Besatzung in wirklicher Gefahr. Die Explosion und der mächtige Luftdruck hatten sie betäubt, das war alles.

Nur um den Riesen dort drüben stand es bedenklich: man hätte fast glauben können, daß er mit einem Tiger oder einem anderen reißenden Tier gekämpft hätte, so zerfetzt und zerkratzt war sein Kopf und sein ganzer Oberkörper.

Sie waren im Begriff, das Lazarett zu verlassen, als der Matrose mit der kleinen Japanerin hereingestürzt kam, die ihm wie eine Puppe über die Schulter hing.

Erst meinten sie, daß sie ebenso wie die anderen bewußtlos wäre. Aber sobald sie sah, wer da vor ihr stand, glitt sie wie ein Aal aus den Armen des Matrosen und warf sich Kirsten mit einem Freudenschrei um den Hals.

„Chin Yo . . . kleine Chin Yo!" —

Kirstens Freude über dies Wiedersehen war fast ebenso groß, wie die der kleinen Japanerin, die sich fest an ihre weiße Schwester klammerte, als ob sie nie wieder von ihr lassen wollte.

Doch ein dumpfer Lärm oben auf Deck des Kreuzers machte sie plötzlich erbeben, und sie versteckte ihr Köpfchen an Kirstens Brust, indem sie allerlei murmelte, was Kirsten nicht recht verstehen konnte. Deshalb nahm sie an, daß die Kleine meinte. Doktor Nuchitu finge auch hier an, sein Wesen zu treiben, strich ihr sanft übers Haar und versuchte sie zu beruhigen.

„Hab' keine Angst, kleine Chin Yo, der gelbe Marquis ist tot und wird uns nie wieder in seine Gewalt bekommen."

Aber das Lärmen dort oben hörte nicht auf, und da Chin Yo sich nicht beruhigen ließ, sah Kirsten sich nach Dick um. Als sie ihn nicht sah und gerade nach ihm rufen wollte, ertönte seine Stimme plötzlich von oben herab.

„Kis! Komm schnell mal herauf. Hier gibt's etwas, wobei du mir vielleicht helfen kannst."

Hurtig überließ sie Chin Yo einer der Krankenschwestern und rannte nach oben.

Drüben an der Reeling stand Dick, und als sie ihn erreicht hatte, legte er den Arm so schwer auf ihre Schulter, als ob er sich auf sie stützen wollte, um nicht zu wanken. Erschrocken blickte sie ihm in die Augen, indem sie fragte, was sie für ihn tun könne, und sie fühlte die tiefe Wehmut, die aus seinen Worten sprach, als er antwortete:

(Fortsetzung folgt.)

en tatsächlich erhobenen, aber unter den Produkonskosten liegenden Mieten noch verzinst werden konnen. Aber auch diese Hilfsmaßnahmen stießen ins Leere, olange die öffentlichen Zuschüsse und Beihilfen unter em Einfluß der fortschreitenden Geldentwertung den mpfängern unter den Händen in Nichts zerrannen.

Dieses unselige und niederdrückende Zwischenstadium nd endlich mit der

Stabilisierung der Währung

u Beginn des Jahres 1924 sein ruhmloses Ende. Erst urch die Stabilisierung der Währung wurde es möglich, die verzweifelte Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in gewissen Grenzen zu überwinden und uch der Fürsorge auf dem Gebiete des Wohnungsesens eine neue geordnete Grundlage zu bereiten.

Lassen Sie mich nun in knappen Umrissen, gleichsam tichwortartig, diese neuen Grundlagen schildern, auf denen die Wohnungsbeschaffung und die staatliche Wohnungsfürsorge gegenwärtig ruhen.

Um mit dem Nächsten zu beginnen, womit sich jeder Baulustige, noch ehe er sein Vorhaben ins Werk setzt, zu beschäftigen hat: die Beschaffung des Baulandes. Es ist Ihnen bekannt, daß vor dem Kriege alle wohnungsreformatorischen Bestrebungen, insbesondere die Bemühungen, den Flachbau in größerem Umfang einzubürgern und die Wohnungsverhältnisse durch Errichtung von

Kleinhäusern mit Garten

wirksam zu verbessern, daran gescheitert sind, daß geeignetes Bauland zu angemessenen Preisen nicht zur Verfügung stand. Unter dem Einfluß der Terrainspekulation stiegen die Grundstückspreise auch in den Außenbezirken derart in die Höhe, daß sich die Errichtung von Kleinhäusern verbot, und eine gesteigerte Ausnutzung des Baulandes sowohl in der Fläche wie in der Höhe, d. h. die Errichtung von Vielfamilienhäusern im Stockwerksbau, unvermeidlich wurde. Die bekannte

Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot,

die unmittelbar nach dem Umsturz von der Reichsregierung erlassen wurde, hat nun den Bezirks-Wohnungskommissaren u. a. auch die Vollmacht gegeben, geeignetes Wohnungs- und Siedlungsland, nötigenfalls durch Enteignung, zu beschaffen und zwar durch Enteignung zu angemessenem Preis. Diese bedeutsame Verordnung hat es in vielen Fällen überhaupt erst ermöglicht, für die Anlage von Kleinsiedlungen geeignetes Land in passender Lage und zu angemessenen Preisen zu beschaffen, und gerade hier, im Bereich des Ruhr-Siedlungsverbandes, hat die Behebungsverordnung in vielen Fällen segensreich gewirkt. Aber auch sonst hat allein schon der Hinweis auf das Bestehen dieser Verordnung und der mit ihr begründeten Befugnisse ausgereicht, um eine Herabsetzung der Bodenpreise und eine freiwillige Abgabe von Bauland zu erwirken, und die Errichtung gesunder Wohnungen im Flachbauweise zu ermöglichen. Auch die Befugnisse zur Herabzonung von Bauland sowie die Bestimmungen des Reichsheimstättengesetzes bieten wirksame Möglichkeiten, Einfluß auf die Gestaltung der Bodenpreise zu nehmen. Den Gemeinden ist ferner in der Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Juni 1919 eine weitgehende Handhabe geboten, die Grundstückspreise regulierend zu beeinflussen und durch eine weitsichtige Bodenpolitik eine Verbesserung der städtischen Wohnungsverhältnisse anzubahnen. Ich weise nachdrücklich auf diese vielfachen Möglichkeiten hin, da die häufig von Interessentenkreisen vertretene und geäußerte Auffassung, daß der Bodenpreis heute bei den Produktionskosten der Wohnungsherstellung keine wesentliche Rolle mehr spiele, keineswegs den Tatsachen entspricht. Die Verhältnisse liegen vielmehr so, daß die Grundstückspreise in der letzten Zeit wieder eine steigende Tendenz zeigen, daß sie mehrfach sogar die Friedenssätze erreicht oder gar überschritten haben. Es schweben daher auch Erwägungen, in den Entwurf zu einem Städtebaugesetz Bestimmungen aufzunehmen, die über die bereits erwähnten gesetzlichen Möglichkeiten hinaus wirksamere Handhaben zu einer Beeinflussung und Regulierung der Bodenpreise bieten. Aber auch die Gemeinden und Gemeindeverbänden müssen in Zukunft der Entwickelung der Bodenpreise wieder eine viel größere Beachtung schenken.

Was nun zweitens

die Frage der Finanzierung

betrifft, so läßt sich die entscheidende Bedeutung dieser Frage am treffendsten dadurch kennzeichnen, daß man sagt: Die Wohnungsfrage ist heute in überwiegendem Maße noch eine finanzielle Frage. Die herrschende Kreditnot, der immer noch bestehende Mangel an Kapital machen es zurzeit noch immer unmöglich, daß sich das Privatkapital in größerem Umfang dem Wohnungsbau zuwendet. Somit bleibt kein anderer Ausweg, als daß die Neubautätigkeit auch für die nächste Zukunft noch öffentlich unterstützt und gefördert wird.

Um die Bauvorhaben gewissermaßen schon in ihrer Entstehung zu fördern, werden den Baulustigen sogen. Zwischenkredite in bestimmter Höhe und natürlich auch nur gegen bestimmte Garantien gewährt und zwar durch besondere Institute, die Preußische Landespfandbriefanstalt sowie andere Kreditanstalten und Banken. In großem Umfang werden Zwischenkredite auch von den provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften gewährt, und zwar als Vorschuß auf die staatliche Hauszinssteuerhypothek.

Was nun den eigentlichen Realkredit, die Beschaffung erster Hypotheken betrifft, so kommen dafür in Betracht einmal die eigentlichen Pfandbriefinstitute, das sind diejenigen Anstalten und Banken, die sich die Beleihungsmittel durch Verkauf ihrer Pfandbriefe besorgen. Zum andern andere öffentliche und private Institute, zu denen vornehmlich zählen die öffentlichen Sparkassen und Landesversicherungsanstalt für Angestellte, daneben auch private Versicherungsgesellschaften, Stiftungen, Genossenschaften und Pensionskassen. Das Ministerium für Volkswohlfahrt, als Aufsichtsbehörde über die Hypothekenbanken und städtischen Realkreditanstalten, hat es sich jederzeit angelegen sein lassen, auf eine

Verbilligung des Realkredits

hinzuwirken. Und es darf von dieser Stelle aus mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Hypothekenbanken diesen Bestrebungen ein bereitwilliges Entgegenkommen gezeigt haben. Trotzdem ist der Realzins, der den Schuldner belastet, heute, im Vergleich mit den Friedenssätzen, immerhin noch sehr hoch. Er bewegt sich zwischen 9,5 und 10,5 v. H., zeigt aber im Vergleich zu den Vorjahren immerhin schon eine absteigende Tendenz. In disem Zusammenhang darf auch darauf vorwiesen werden, daß das Reich soeben einen Kredit von 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat, der in Form von Zwischenkrediten und später erster Hypotheken zur Förderung des Kleinwohnungsbaues gewährt werden soll.

Entscheidenden und ausschlaggebenden Anteil an der Finanzierung des Kleinwohnungsbaues hat aber die sog.

Hauszinssteuerhypothek

ein Begriff, mit dem diejenigen Mittel bezeichnet werden, die aus öffentlicher Hand und zwar aus dem Aufkommen der sog. Hauszinssteuer für die Förderung des Wohnungsbaues gewährt werden. Ohne auf das Verfahren und die Einzelheiten näher einzugehen, möchte ich nur hervorheben, daß die öffentlichen Mittel, die in Form sogenannter Hauszinssteuerhypotheken gegeben werden, ausschließlich für Kleinwohnungen gewährt werden, die nach Größe, Anordnung, Raumzahl und Ausstattung die notwendigsten Anforderungen nicht überschreiten, wobei vorzugsweise Berücksichtigung finden die jenigen Bauvorhaben, die in Form von Ein- und Zweifamilienhäusern mit Gartenland geplant sind. Bei Bauvorhaben für minderbemittelte, kinderreiche Familien sowie für Kriegsbeschädigte kann außer der Hauszinssteuerhypothek noch eine Zusatzhypothek gewährt werden, um die Finanzierung zu erleichtern.

Daß im übrigen auch heute keine Häuser verschenkt werden können, und daß niemand bauen kann, wenn er nicht auch aus eigenen Ersarnissen Mittel für den Hausbau bereit hat, versteht sich von selbst.

Um nun auch einige Worte über

die Technik der Wohnungsherstellung

zu sagen, so sei vor allem hervorgehoben, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Städtebaugesetzes, dessen Entwurf im Ministerium für Volkswohlfahrt aufgestellt worden ist, auch der Wohnungs- und Siedlungsbau auf eine neue Grundlage gestellt wird. Das Gesetz schafft den Gemeinden ein Machtmittel zu einer einheitlichen und ordnungsmäßigen Aufschließung ihres Gemeindegebietes und gibt ihnen vor allem mit der Einführung der sogen. Flächenaufteilungspläne eine wirksame gesetzliche Handhabe, um das Band denjenigen Zwecken, die es im Interesse einer gesunden Entwicklung der Wohzentren zu erfüllen hat, nicht nur zuzuführen, sondern auch dauernd seiner Zweckbestimmung zu erhalten, sodaß eine spekulative Verwertung ausgeschlossen bleibt. Damit ist nicht nur für die Bereitstellung des Wohnbodens, sondern, wie zu hoffen ist, auch für die Gestaltung und Regulierung der Bodenpreise ein entscheidender Fortschritt erzielt. Auf die weiteren Bestimmungen des Gesetzentwurfs, die auf eine Verbesserung der Plangestaltung und damit der Wohnverhältnisse abzielen, vermag ich in diesem Zusammenhang nicht näher einzugehen. Hervorheben aber möchte ich, daß in dem Gesetz auch die Verleihung von Vollmachten vorgesehen ist, um über die zufälligen politischen Grenzen der Gemeinden hinaus eine Planung im Großen zu betreiben und für zusammenhängende Wirtschaftsgebiete einheitliche Siedlungspläne aufzustellen, die die künftige Bebauung derart regeln, daß den vielfältigen Zwecken der Wohnung, der Arbeit, des Verkehrs und der Erholung geeignete Gelände in genügendem Ausmaß vorbehalten werden.

Wirtschaftliche Fragen spielen heute auch in der

Technik der Plangestaltung

überall die entscheidende Rolle. Allein schon die gesteigerten Baukosten machen es zur unabweisbaren Notwendigkeit, alles daran zu setzen, durch sparsames Bauen, durch rationelle Technik, den Kostenaufwand soweit als möglich herabzumindern. Bereits bei der Aufstellung der Bebauungspläne kann auf solche Kostenherabminderung hingewirkt werden, wenn die Anlage überflüssiger und unnötig breiter Straßen vermieden, wenn von vornherein grundsätzlich zwischen Wohn- und Verkehrsstraßen unterschieden wird. Während die breiten Verkehrsstraßen gemäß ihrer höheren Inanspruchnahme einen starken Unterbau erfordern, können die schmalen Wohnstraßen leicht und einfach befestigt werden, was wesentlich zur Verringerung der Straßenkosten und damit auch der Kosten des Wohnbodens beiträgt. Um die Aufschließungskosten weiter herabzusetzen, wird überdies soweit als möglich auch auf eine Vereinfachung der Leitungsanlage durch Zusammenlegung der Hausparzellen usw. Bedacht zu nehmen sein.

Wie bei der Aufteilung des Baulands, spricht auch bei der Planung und Anlage der Wohnungen, bei der

Gestaltung der Wohnungsgrundrisse,

die Verpflichtung zur Sparsamkeit und der Zwang, die Baukosten in möglichst engen Grenzen zu halten, das entscheidende Wort. Dieser Zwang bringt es mit sich, daß das Ausmaß der Räume beschränkt und daß die neuen Wohnungen in ihrer Ausstattung so einfach als möglich gehalten werden.

Diese Uebung wird übrigens auch dadurch gerechtfertigt, daß die meisten Haushaltungen sich zu weitgehenden Einschränkungen gezwungen sehen und besonders junge Hausstände sich heute mit einem äußerst bescheidenen Inventar an Möbeln behelfen müssen. Diese Enthaltsamkeit und die Einschränkungen im Ausmaß und in der Ausstattung der Wohnung brauchen aber durchaus nicht auf Kosten der Wohnlichkeit zu gehen. Eine sorgfältige Durchbildung der Grundrißtypen wird auch in einer verhältnismäßig beschränkten Kleinwohnung eine bequeme und einfache Hantierung des Haushalts gewährleisten, sodaß auch im Kleinhaus die Wohnlichkeit gewahrt bleibt.

Was schließlich

die Frage der Hausform

angeht, so möchte ich an dieser Stelle wieder und mit aller Entschiedenheit aussprechen, daß für die Schaffung von Kleinwohnungen das Kleinhaus — entweder in halboffener Bauweise als Doppel- und Gruppenhaus, oder in geschlossener Bauweise als Reihenhaus ausgeführt — in hygenischer und gesundheitlicher, aber auch in religiöser und kultureller Beziehung dem Großhaus, dem Mehrfamilienhaus, weit überlegen bleibt. Zweifellos stellt das sogenannte Mittelhaus, das Drei-Stockwerkhaus mit höchstens 6 Wohnungen, das als ein neuer Haustyp nach dem Kriege mit weitgehenden baupolizeilichen Erleichterungen versehen wurde, gegenüber dem alten Vielfamilienhaus, vor allem in der völlig unzureichenden Form der überlebten Mietskaserne, schon eine wesentliche Verbesserung dar. Und dieser neue und gesundheitlich einwandfreie Haustyp wird auch in vielen Fällen, namentlich in großstädtischen Verhältnissen, nicht zu entbehren sein. Aber selbst diesem Haustyp gegenüber weist das Kleinhaus mit Gartenland noch so viele Vorteile in sozialer und bevölkerungspolitischer Hinsicht auf, daß es schlechthin als

die Idealform im Kleinwohnungsbau

bezeichnet werden muß. Beim Kleinhaus stehen Wohnung und Garten in unmittelbarer Verbindung. Und allein diese Eigenschaft, die dem Bewohner die Möglichkeit gibt, durch dauernde und tätige Berührung mit der Natur die Kräfte des Körpers und der Seele zu erneuern, ist ein unschätzbarer Wert für die Hebung der Volksgesundheit. Im Kleinhaus können die Kinder frei im Garten aufwachsen, ein Umstand, der vom günstigsten Einfluß auf den Gesundheitszustand des Nachwuchses ist, auf dem die Zukunft unseres Landes beruht. Und wenn ich mich hier erneut und mit aller Entschiedenheit zum Kleinhausbau bekenne, so geschieht es nicht zuletzt auch in der staatsbürgerlichen Erkenntnis, daß die innige Verbindung mit der heimatlichen Scholle stets auch das Heimatgefühl und damit das Staatsgefühl und die Vaterlandsliebe stärkt und belebt. Eine Erkenntnis, aus der die Wohnungs- und Siedlungspolitik der Vorkriegszeit, sehr zum Schaden unseres Volkes, leider nicht die notwendigen praktischen Folgerungen gezogen hat. Wir dürfen es in dieser Hinsicht als einen besonders glücklichen Umstand begrüßen, daß die staatliche Wohnungsfürsorge heute, durch die Gewährung von öffentlichen Beihilfen für den Wohnungsbau, in die Lage gesetzt ist, auch auf die Gestaltung der Hausformen und des Wohnwesens Einfluß zu üben und die Einbürgerung und Verbreitung des Kleinhauses tatkräftig zu fördern.

Fragen wir nun,

in Wessen Händen die Wohnungsversorgung heute liegt,

so sehen wir, daß auch hier gegenüber der Vorkriegszeit eine bemerkenswerte Veränderung vor sich gegangen ist. Vor dem Kriege wurde der größte Teil der Wohnungen durch die private Bautätigkeit erstellt während ihr gegenüber die gemeinnützige Bautätigkeit nur einen bescheidenen Anteil an der Gesamtzahl der erstellten Wohnungen hatte — einen Anteil, der im Durchschnitt etwa 4—5 v. H. betrug. Heute dagegen sind die gemeinnützigen Unternehmungen, die Bauvereine, die Bau- und Produktivgenossenschaften, die eigentlichen Träger der Wohnungserstellung geworden. Um die Arbeit dieser gemeinnützigen Unternehmungen zu erleichtern, um ihre Bauvorhaben in technischer und finanzieller Hinsicht zu fördern und sie insbesondere bei denjenigen Aufgaben zu unterstützen, deren Durchführung Mittel erfordern, die ihre eigene Kapitalkraft übersteigen, sind in Preußen für die einzelnen Provinzen

Provinzielle Wohnungsfürsorgegesellschaften

ins Leben gerufen worden. An diesen Gesellschaften sind Staat und Komunalverbände mit größeren Stammeinlagen beteiligt. Zu den Aufgaben dieser Gesellschaften gehört in erster Linie die Förderung des Kleinwohnungsbaues und des Siedlungswesens durch Aufschließung geeigneten Baulandes, durch Bereitstellung von Geldmitteln, ferner durch Ausarbeitung von Bauentwürfen und Kostenanschlägen sowie von Typen, dazu die Beschaffung preiswerter Baustoffe durch Vermittlung gemeinsamer Bezüge und Lieferung im Großen. In der Erfüllung dieser Aufgaben haben die Wohnungsfürsorgegesellschaften eine segensreiche Wirksamkeit entfaltet, die neben den gemeinnützigen Bauvereinigungen und kleinen Gemeinden vor allem auch den

Einzelsiedlern

zugute gekommen ist. Der praktische Erfolg dieser Wirksamkeit drückt sich zahlenmäßig darin aus, daß in dem vergangenen Jahre 1925 durch Mithilfe der Wohnungsfürsorgegesellschaften in Preußen rd. 19 000 Wohnungen geschaffen worden sind. Die Bedeutung dieser Institutionen für die Förderung des Wohnungsbaues zeigt sich ferner darin, daß der Anteil der Wohnungs-Fürsorgegesellschaften an der Wohnungsherstellung, z. B. in der Provinz Ostpreußen und in der Grenzmark etwa 58 v. H., in der Provinz Schleswig-Holstein und Oberschlesien nahezu ein Drittel der Gesamtherstellung betrug.

Daß demgegenüber aber auch

die private Bautätigkeit

keineswegs, wie oft und sehr zu Unrecht behauptet wird, heute gänzlich aus der Wohnungsproduktion ausgeschaltet ist, daß vielmehr auch sie einen regen, und, wie sich erfreulicherweise für das vergangene Baujahr feststellen ließ, ständig steigenden Anteil an der Wohnungserstellung hat, geht daraus hervor, daß von den rd. 81 000 Neuwohnungen, die in Preußen in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 1. Oktober 1925 fertiggestellt wurden, etwa 18 000, d. h. also nahezu ein Viertel, von der privaten Bautätigkeit ohne jede Unterstützung mit öffentlichen Mitteln erstellt worden sind.

Meine Damen und Herren! Die angeführte Zahl von 81 000 Wohnungen, die das Ergebnis der Bautätigkeit des vergangenen Jahres darstellt, bleibt hinter der durchschnittlichen Jahresproduktion der Vorkriegszeit, die in Preußen etwa 150 000 Wohnungen betrug, um etwa 50 v. H. zurück. Trotzdem darf dieses Ergebnis, angesichts der großen finanziellen Schwierigkeiten, mit denen der Wohnungsbau noch immer zu kämpfen hat, angesichts vor allem aber der gedrückten Gesamtlage, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, auch zahlenmäßig als außerordentlich günstig angesehen werden, sodaß wir, wenn die Neubautätigkeit in gleichem Maße zunimmt, die Hoffnung haben dürfen, die Wohnungsnot, die uns als ein unglückseliges Erbe der Kriegszeit noch verblieben ist, in absehbarer Zeit endgültig überwunden zu haben.

Die Anschauungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens aber haben sich in den letzten Jahren so grundlegend gewandelt, daß sich auch nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt die Wohnungspolitik und die Wohnungsfürsorge im wesentlichen in den Grundlinien bewegen wird und bewegen muß, die ich Ihnen hier geschildert habe. Wenn künftig die Herrschaft der Terrainspekulation endgültig gebrochen, wenn der Begriff der Mietskaserne in Deutschland, das jahrelang den wenig ehrenvollen Namen gehabt hat,

das klassische Land der Mietskaserne

zu heißen, in Zukunft nicht mehr heimisch sein wird, wenn das Kleinhaus mehr und mehr an Boden gewinnen, wenn der gesetzliche Schutz wirtschaftlich schwacher Mieter auch künftig — nach Aufhebung der Zwangswirtschaft — als eine selbstverständliche Pflicht der öffentlichen Gewalten anerkannt und geübt werden wird — wie er übrigens schon in Friedenszeiten von keinem Geringeren als von dem ehemaligen Preußischen Finanzminister von Miquel gefordert wurde — so verdanken wir diesen grundlegenden Umschwung der Anschauungen, ihren raschen Durchbruch und ihre Autorisierung nicht zuletzt auch dem Druck der Wohnungsnot, der uns auf dem Gebiete des Wohnungswesens in manchen Dingen hat umlernen lassen.

Und in diesem Sinne, in diesem einzigen Sinne, wird ein kommendes Geschlecht dereinst vielleicht sagen, daß — wie alle Not — auch die Wohnungsnot, die der Zeit nach dem Weltkrieg soviel Sorgen bereitet hat, und an deren endgiltiger Ueberwindung wir gegenseitig noch mit allen Kräften arbeiten, auch ihr Gutes für unser Volk gehabt hat. (Lebh. Beifall.)

Die Ausführungen des folgenden Redners,

Verbandssekretär Dudey-Duisburg

zu dem Thema „Ländliches Siedlungswesen", gipfelten in der Forderung nach Bereitstellung größerer Reichsmittel als langfristige Kredite zu niedrigem Zinsfuß, Gewährung angemessener Baudarlehen für Siedler, Urbarmachung aller dazu geeigneten Oedlandsflächen, Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, Bau von Landarbeiterfamilienwohnungen, Schaffung eines neuen Pachtrechts und Durchführung des Reichsheimstättengesetzes. Zur Sicherstellung unserer Ostgrenze, zur Wiederanbahnung des Gleichgewichts zwischen städtischerund ländlicher Bevölkerung sowie zur Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes möglichst aus eigenem Bodenertrag müsse die tatkräftige Förderung der inneren Kolonisation verlangt werden.

Darauf wurden die Verhandlungen auf Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Neues aus aller Welt.

Kühne Rettungstat eines Verkehrspolizisten.

Berlin, 8. April. In Dahlem wurde Sonntag nachmittag eine 8jährige Schülerin von einem Privatauto angefahren. Der Verkehrsposten, Polizeioberwachtmeister Söhnel, warf sich im letzten Augenblick dem langsam fahrenden Auto entgegen und hob mit übermenschlicher Kraft am Vorderteil das Auto. Dadurch wurde das Kind vor größerem Schaden bewahrt. Es trug lediglich Hautabschürfungen davon.

Ein schweres Autounglück.

A Leipzig, 19. April. Hinter dem Bahnhof Böhler fuhr gestern abend ein Leipziger Automobil in den Tagebau der Böhlener Braunkohlenwerke hinein, überschlug sich an dem Drahtseil und stürzte die 18 Meter tiefe Böschung hinab. Beide Insassen wurden herausgeschleudert. Ein Insasse wurde getötet, eine Frau schwer verletzt.

Rückgang der Einwohnerzahl von Paris.

:: Paris, 17. April. Nach der am 7. März in Frankreich veranstalteten Volkszählung beläuft sich die Zahl der Einwohner von Paris auf 2 838 416, d. h. 25 070 weniger als bei der letzten Volkszählung am 6. März 1921.

Kreisvertretertagung der Westfälischen Zentrumspartei.

× Hamm, 18. April.

Zu einer wichtigen Tagung hatte die kommunalpolitische Vereinigung der Zentrumspartei die Mitglieder der Kreistage der Landkreise der Provinz Westfalen nach Hamm zusammenberufen, um wichtige Fragen der Kreiskommunalverwaltung zu besprechen. Die Tagung, welche unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der kommunalpolitischen Vereine der Zentrumspartei, Dr. Heinen-Köln, stattfand, hatte einen äußerst starken Besuch aus dem westfälischen Industriebezirk, dem Sauerland, Siegerland und Münsterland. Unter den erschienenen Kreistagsabgeordneten befanden sich viele Amtmänner und auch mehrere Provinziallandtags- und preußische Landtagsabgeordnete der Zentrumspartei. Der Vorsitzende der kommunalpolitischen Vereinigung, Justizrat Mönnig-Köln, war durch Erkrankung am Erscheinen verhindert. Als Vertreter des Vorstandes der Westfälischen Zentrumspartei wohnte Generalsekretär Brandt-Münster den Verhandlungen bei.

Nach einem kurzen Grußwort des Vorsitzenden erläuterte Landtagsabgeordneter Bürgermeister Beck-Angermund die Bestimmungen des dem Landtage vorgelegten

Entwurfes einer Reform der Kreisverordnung.

Der Entwurf einer preußischen Landgemeindeordnung sei von dem betr. Ausschuß des Preußischen Landtages in Angriff genommen. Ueber ihn herrschten tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Bezügl des Entwurfes einer neuen Kreisverordnung sei bisher kaum etwas getan worden. Er stehe auf dem Standpunkt, daß dieser Entwurf in mancher Beziehung geändert werden müsse. Der Kreisverwaltung müsse eine größere Selbständigkeit nach außen hin gegeben werden. Vor allem trat der Redner für eine Mitwirkung des Kreistages bei Besetzung der Landratsstelle ein. Der Entwurf lasse die Befürchtung aufkommen, daß durch ihn die Selbstverwaltung der Kreise nicht unwesentlich beeinträchtigt werde. Dieses müsse bekämpft werden. In den Bereich seiner kritischen Erörterung zog der Redner das Verhältnis des Landkreisverbandes zu dem Kreise und der Gemeinde. In dem Entwurfe komme die Mitwirkung der Kreiseingesessenen in der Kreisverwaltung zu kurz. Bei Ausgemeindung von Gemeinden des Kreises müßten vorher die Kreiseingesessenen gehört werden. Die betreffenden Bestimmungen über Ausscheidungen von Landgemeinden müßten erweitert werden. Es gehe nicht an, daß man den Städten weitgehendere Rechte einräume als den Landgemeinden. Man solle sich in dieser Frage nicht an die Einwohnerzahl klammern, sondern die Leistungsfähigkeit und die Steuerkraft in Betracht ziehen. Die Bestimmungen über die Beschlußfähigkeit des Kreisausschusses bedürften gleichfalls einer Abänderung. Auch die Frage der Vertretung des Landrates im Reichstage sei in dem Entwurfe nicht hinreichend geklärt. Der Redner vertrat die Ansicht, daß bei Besetzung der Landratsstelle ein weitgehenderes Recht in der Vorschlagung geeigneter Kandidaten dem Kreistage eingeräumt werden müsse. Der Landrat als Exponent der Staatsgewalt werde vom Staate ernannt, aber dem Kreistage müsse das Recht eingeräumt werden, der Regierung drei Kandidaten vorzuschlagen. Bezügl. der Frage der Wahl zum Kreistage werde man die Beibehaltung des Verhältniswahlsystems fordern. Auch in der Besetzung der Verwaltungsausschüsse müsse der Kreistag weitere Rechte erhalten dadurch, daß eine Reihe Mitglieder des Kreistages in diese gelangten. Nicht tragbar sei die bisherige Bestimmung, daß die höheren Beamten des Kreises vom Kreisausschuß gewählt würden; dies sei Sache des Kreistages. Der Redner zog auch die Frage der Kreisblätter in den Bereich seiner Erörterungen. Diesbezügl. machte er bemerkenswerte Vorschläge. Bei der Neuordnung der Dinge sei endlich mit Nachdruck eine klare Abgrenzung der steuerlichen Befugnisse des Kreises gegenüber den Gemeinden zu fordern.

Provinziallandtagsabgeordneter Pfarrer Jansen aus Lamersdorf (Krs. Monschau) behandelte in seinem tiefgründigen Referate die

Aufgaben der Kreisverwaltung unter Berücksichtigung der Leitsätze des kommunal-politischen Programms der deutschen Zentrumspartei

Insbesondere behandelte er die Aufgaben des Kreises zur Linderung der Wohnungs- Erwerbslosen- und Jugendnot. Bezügl. der Wohlfahrtspflege forderte er das Recht einer größeren Beteiligung der freiwilligen Liebestätigkeit. Dann behandelte er die Frage der ländlichen Berufs- und Fortbildungsschulen. Hier verlangte er zur Hebung der Charakterbildung die obligatorische Einführung des Religionsunterrichtes. Bezüglich der Berufsschulen müsse gesetzlich anerkannt werden, daß Gemeinden und Kreise den Zwang für den Besuch der Berufsschule durch Orts- oder Kreisstatut verfügen dürfen.

Der Redner erörterte dann die Stellung des Kreistages zu den übergeordneten Kommunalverbänden und das Verhältnis der Kreistagsmitglieder zu den Landesverbänden. Hierzu legte er der Tagung folgende

Entschließung

vor, die einstimmige Annahme fand:

„Die Provinzialkonferenz der westfälischen Kreisverordneten der Zentrumspartei fordert von dem Preußischen Landkreisverband und seinen Unterverbänden eine organisatorische Umänderung und Zusammensetzung. Gemäß Kreisverordnung ist der Kreistag die Vertretung des Kreises und nicht des Landrates. Mag darum auch laut Statut der Landkreisverband eine Möglichkeit der Teilnahme der ehrenamtlichen Kreiskommunalvertreter vorsehen, so ist der Landkreisverband tatsächlich ein Parlament der Landräte. Die westfälische Provinzialkonferenz fordert daher, daß die paritätische Teilnahme der ehrenamtlichen Kreiskommunalvertreter aus einer Kann- zu einer Mußvorschrift umgewandelt wird und zwar für Vorstand und Hauptausschuß. Für die Fachausschüsse und die Mitgliederversammlung muß ebenfalls eine gerechte Vertretung der ehrenamtlichen Vertreter festgelegt werden, dahin, daß in letzteren jeder Kreis neben dem Landrat mindestens noch einen ehrenamtlichen Vertreter hat, für größere Kreise entsprechend mehr; die Stimmabgabe muß vollkommen frei sein. Die Konferenz beauftragt den Vorstand der kommunalpolitischen Vereinigung, mit zäher Energie diese Forderungen bei den betr. Verbänden durchzusetzen. Die Versammlung ermächtigt den Vorstand der kommunalpolitischen Vereinigung, erforderlichenfalls den Kreistagsfraktionen die Weisung zu erteilen, die Beiträge zum Landkreisverband zu sperren. Darüber hinaus wird bei einem Scheitern der Verhandlungen der Gedanke zu erwägen sein, einen neuen Verband der Landkreise für die Westprovinzen zu schaffen, der durch seinen Aufbau der Bedeutung und Rechtstellung den ehrenamtlichen Kreisvertretern von Anfang an Rechnung trägt."

Im Anschluß an die Entschließung wird der Vorstand der kommunalpolitischen Vereinigung beauftragt, an sämtliche Zentrumsfraktionen der Kreis- und Bezirkstage folgenden

Beschlußentwurf

zu senden mit dem Ersuchen, denselben beim Vorsitzenden des Kreistages als Antrag einzureichen:

„Der Kreistag beschließt, den preußischen Landkreisverband und seine Unterverbände zu ersuchen, sich auf demokratischer und gesetzlicher Grundlage derart zusammenzusetzen, daß ihrem Vorstande und den Ausschüssen ehrenamtliche Kreis-, Bezirks-, Kommunal-Vertreter in gleicher Anzahl wie die Landräte angehören; ferner fordert er für die Mitgliederversammlung, daß jeder Kreis neben dem Landrat mindestens noch einen ehrenamtlichen Vertreter hat, für größere Kreise entsprechend mehr. Die Abstimmung aller Kreisvertreter muß völlig frei bleiben."

In der mehrstündigen Aussprache fanden die beiden Referate von den anwesenden Kreistagsmitgliedern aus ihrer praktischen Erfahrung heraus bemerkenswerte Ergänzungen. Das Wesen der kleinen Splitterparteien wurde entschieden verurteilt. Eingehend wurde die Frage der Kreisblätter und das Recht des Kreistages auf eine Besetzung der Landratsstellen erörtert. Es wurde dringend verlangt, daß in Zukunft man sich mehr mit der Besetzung der Landratsstellen beschäftigen und auch scharfes Augenmerk auf die Personalpolitik im Kreise richten soll.

So nahm der Verlauf der wichtigen Tagung für die Arbeit der Kreisvertreter des Zentrums einen ergiebigen Verlauf. Man sprach sich einmütig für die Wiederholung derartiger Konferenzen aus und wünschte die Bildung von Ortsvereinigungen der großen kommunalpolitischen Vereinigung der Zentrumspartei. Der Vorsitzende der Westfälischen Zentrumspartei, Abg. Herold, war durch seine Tätigkeit im preußischen Landtag an der Teilnahme an der Tagung verhindert.